WERKSTATT-BERICHTE

IM RAHMEN DES MASTERPLANS INDUSTRIE
FÜR DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

WERKSTATT-BERICHTE

IM RAHMEN DES MASTERPLANS INDUSTRIE FÜR DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Frankfurt am Main, November 2015

EINFÜHRUNG
WERKSTATTBERICHTE ZUR WEITERENTWICKLUNG INDUSTRIEPOLITISCHER HANDLUNGSFELDER

Die Werkstattberichte geben die Ergebnisse verschiedener Arbeitsgruppen wieder, die im Rahmen des Masterplans Industrie auf industriepolitischen Handlungsfeldern Ziele und Maßnahmen entwickelt haben.

Mit der im Januar 2014 vorgestellten „Industriestudie Frankfurt am Main“ wurde der wesentliche industriepolitische Handlungsbedarf aufgezeigt. Durch eine breit angelegte Befragung von Industriebetrieben identifizierte sie zentrale Handlungsfelder. Die Industriestudie wurde vom Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main im Auftrag der Wirtschaftsförderung Frankfurt erstellt. Sie ist dem Masterplan Industrie als eigene Publikation angehängt.

Ausgehend von der Industriestudie wurden acht Arbeitsgruppen gebildet, welche die Aufgabe hatten, die Ausgangssituation ihres Arbeitsgruppenthemas in Frankfurt am Main zu untersuchen, themenspezifische Ziele und Leitvorstellungen zu formulieren und geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Der Arbeitsgruppenprozess war vor allem auf eine breite Akzeptanz angelegt und erstreckte sich von März 2014 bis März 2015.

Den Arbeitsgruppen wurden mehrere grundlegende Dokumente zur Verfügung gestellt: Industriestudie Frankfurt am Main, Bericht der Zukunftsinitiative Metropolregion-Infrastruktur Frankfurt (ZMI-Bericht), Leitbild für den Industriestandort Hessen, Industriepolitisches Leitbild von 1994. Darüber hinaus war es Aufgabe der Arbeitsgruppen, die Herausforderungen des Industriestandorts Frankfurt am Main durch Sichtung weiterer handlungsfeldspezifischer Materialien darzustellen.

Die Arbeitsgruppen befassten sich mit den folgenden Handlungsfeldern:

- Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept
- Digitale Infrastruktur
- Energie
- Logistik
- Attraktivität der Industrie: Kommunikation & Positionierung
- Arbeit und Qualifizierung
- Verwaltungsprozesse & Behördenservice
- Innovation, Arbeitsplätze & Wertschöpfung der Zukunft

Das „Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept“ wurde von der Projektgemeinschaft regioconsult Konzepte für Politik und Wirtschaft und Spath+Nagel Büro für Städtebau und Stadtforschung im Auftrag der Wirtschaftsförderung Frankfurt erstellt und ist dem Masterplan Industrie als eigene Publikation angehängt. In der Arbeitsgruppe wirkten die Projektbüros, die Wirtschaftsförderung Frankfurt und das Stadtplanungsamt Frankfurt mit.

In der Arbeitsgruppe zum Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept und den weiteren sieben Arbeitsgruppen waren insgesamt mehr als 70 Experten – darunter auch Mitglieder des Beirats Industrie und aus deren Institutionen – beteiligt. Die Ergebnisse dieser sieben Arbeitsgruppen sind in dem vorliegenden Band als „Werkstattberichte“ zusammengefasst.

Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Handlungsfeldthemen und der daraus ableitbaren kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Frankfurt am Main, der verfügbaren Materialien sowie der personellen Zusammensetzung von Experten aus Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft erhielten die Arbeitsgruppen ein hohes Maß an Selbstorganisation hinsichtlich der ihnen gestellten Aufgabe („Bottom-up-Ansatz“). Die Arbeitsgruppenleiter berichteten regelmäßig im Beirat Industrie über Zwischenergebnisse. Eine Verzahnung der Arbeitsgruppenergebnisse erfolgte in regelmäßigen Koordinationsrunden der Arbeitsgruppenleiter bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt und durch die Erörterung im Beirat Industrie.

Die vorliegenden Werkstattberichte geben die gruppenspezifischen Arbeitsweisen wieder, sind einheitlich strukturiert und auf eine überschaubare Anzahl an Projektvorschlägen angelegt. Die eingereichten Werkstattberichte wurden im Sinne der Eigenständigkeit der jeweiligen Arbeitsgruppen grafisch nur leicht aufeinander angepasst. Die Arbeitsgruppen waren angehalten, aus der Vielzahl an möglichen Maßnahmen eine Priorisierung von jeweils drei Projektvorschlägen vorzunehmen.

Der gewählte „Bottom-up-Ansatz“ der unterschiedlichen Arbeitsgruppen führte in einigen Bereichen auch zu ähnlichen Projektvorschlägen. Die Maßnahmen an den Schnittstellen der industriepolitischen Handlungsfelder sollten im weiteren Masterplanprozess gezielt angegangen werden. So bescheinigen die Werkstattberichte einen besonderen Handlungsbedarf bei übergreifenden Querschnittsthemen wie Digitales Gewerbegebiet, Fachkräftesicherung, Imageaufbau, Industrie 4.0, Infrastrukturausbau, Innovation und Nachhaltigkeit.

Der Beirat Industrie dankt allen Mitgliedern der Arbeitsgruppen für Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft, mit ihrer Expertise am Masterplan Industrie mitgewirkt zu haben. Der Dank gebührt insbesondere den Leitern der Arbeitsgruppen für Ihr besonderes Engagement.

INHALTSVERZEICHNIS

ARBEITSGRUPPE DIGITALE INFRASTRUKTUR 7

ARBEITSGRUPPE ENERGIE 13

ARBEITSGRUPPE LOGISTIK 23

ARBEITSGRUPPE ATTRAKTIVITÄT DES INDUSTRIEPLATZES: KOMMUNIKATION UND POSITIONIERUNG 31

ARBEITSGRUPPE ARBEIT UND QUALIFIZIERUNG 43

ARBEITSGRUPPE VERWALTUNGSPROZESSE UND BEHÖRDENSERVICE 57

ARBEITSGRUPPE INNOVATION, ARBEITSPLÄTZE UND WERTSCHÖPFUNG DER ZUKUNFT 61

WERKSTATT-BERICHT

ARBEITSGRUPPE DIGITALE INFRASTRUKTUR

ALBRECHT KRAAS, GERD JOACHIM SIMON,
REINHARD FRÖHLICH, BARBARA BREHLER-WALD,
MARTIN WEISS, CHRISTIAN SCHNEIDER,
ANDREAS GERHARDT, JOHANNES SCHÄFER

ALLGEGENWÄRTIGE DIGITALISIERUNG

Produktionsprozesse in allen Branchen, somit auch industrielle Arbeitsprozesse, werden von Digitalisierung erfasst. Stellte das Internet in den ersten zwanzig Jahren seiner gesellschaftlichen Präsenz eine weitere Verkaufsplattform dar, einen weiteren Kommunikationspfad, so gilt für die Digitalisierung heute der Status der Allgegenwärtigkeit.

Während bei dieser Ausbreitung viele Entwicklungen bedeutsam erscheinen, sind für industrielle Prozesse besonders neue Informationskanäle, neue Steuerungs- und Kontrollmechanismen relevant.

In seinen Anfangsjahren diente das Internet bei maschinellen, industriellen Produktionsprozessen häufig als „short cut“, eine Abkürzungsmöglichkeit, mit der man z.B. schneller als per Post manuell erstellte Wartungsprotokolle einer Produktionsanlage eingescannt als E-Mail Anlage versenden konnte.

Informationen wurden in dieser Phase in der entsprechenden Wartungs-Abteilung konsolidiert, evtl. notwendige Ersatzteile ermittelt, und die Kommunikation lief dann weiter in die Materialbeschaffung, es folgten Einkauf von Material bzw Auswertung der Daten, der entsprechende Rückfluss in die Unternehmensteile, die die Produktionsanlagen beherbergen, die Buchhaltung erhielt Rechnungen, die Verantwortlichen vor Ort bestätigten notwendige Einkäufe und oder planten ihre Prozesse entsprechend der Informationen in den Berichten usw usw. Im Zentrum all dieser Arbeit standen manuelle, „analoge“ Arbeitsschritte.

All diese Schritte werden zunehmend zusammengefasst, Messungen werden übernommen von Sensoren in Maschinen, digital erfasste Berichte werden ausgewertet durch Software, werden weitergereicht und münden in Einkaufs- , Wartungs- und Kontrollprozesse, die eine enorme Erhöhung der Effizienz mit sich bringen. **Die Digitalisierung verändert die Prozesse von Grund auf.**

Nicht der Monteur reist, prüft und meldet in Zukunft seiner Abteilung einen Schaden, der dann von anderen repariert wird. Die Walzstraße meldet vor einem Schaden bereits via Internet direkt an Einkauf und Wartungstrupp, dass sie in Kürze ein neues Kugellager braucht.

SOFTWARE EATS THE WORLD – HARDWARE IST DIE GRUNDLAGE

Während der Slogan „Software eats the world“ die Berechnungs-, Kontroll- sowie Meldesysteme und deren Verknüpfung in den Vordergrund stellt, hat sich die Arbeitsgruppe 2 des Masterplanes Industrie 4.0 mit den Voraussetzungen beschäftigt, die gegeben sein müssen um die oben beschriebene Entwicklung zu ermöglichen.

Kein System, keine Produktionsanlage wird in den informationstechnisch hochgerüsteten Produktionsanlagen der Zukunft funktionieren, wenn nicht die **Datenanbindung** gewährleistet ist.

Für Investoren kann Frankfurt am Main seine herausragende Rolle als Industriestandort auch in Zukunft behaupten, weil in der Stadt eine zur Zeit hervorragende digitale Infrastruktur an den großen „Hauptschlagadern“ der Digitalwirtschaft bereits besteht, und die Ausgangslage für die Umrüstung auf die Industrie 4.0 somit sehr günstig erscheint.

Die Industrie 4.0 vorbereiten heißt daher für Frankfurt am Main seine digitale Infrastruktur weiter ausbauen, heißt im Kern sein Glasfasernetz in die Gewerbegebiete auszudehnen. Leitungen **aus Glasfaser sind das Währungssystem der Industrie 4.0, Bandbreite selbst ist die Währung.**

AUSGANGSPUNKT

Basierend auf zum Teil Jahrzehnte zurückliegenden Entwicklungen bildete sich in Frankfurt am Main ein Internetknotenpunkt von heute weltweiter Bedeutung. Als ein Sammelpunkt für Telekommunikation aus alten Zeiten der Deutschen Bundespost bündelten sich in der Stadt Kabelstränge aus ganz Deutschland, die schlussendlich zu den europäischen Übergabepunkten für Transatlantikkabel führten.

Eine Folge der starken Präsenz von Telekommunikationsunternehmen, die mit ihren Leitungen das Internet erst ermöglichten, war die Herausbildung des **DECix**, des deutschen Internet-Knotens, der als **Haupt-„Umschlagsplatz“** für kabelgebundene Kommunikation in Frankfurt am Main beherbergt ist. Anders als durch den Namen verdeutlicht hat der DECix nicht nur eine nationale Bedeutung, sondern ist ein Austauschpunkt mit weltweiter Reichweite, und bedient über angebundene nationale Systeme von Nachbarländern den gesamten europäischen Kontinent als Netzknoten.

Als weiterer Faktor arbeitete die **Dynamisierung durch Privatisierung**: Die Stadt Frankfurt am Main ermöglichte privaten Unternehmen die Nutzung öffentlicher Infrastruktur. Konkret wurde es Telekommunikationsunternehmen ermöglicht, auf Basis mietrechtlicher Vereinbarungen Glasfaser durch öffentliche Leerrohre zu verlegen, um in der Vergangenheit vor allem die in Frankfurt am Main stark vertretene Finanzindustrie miteinander und letzten Endes auch weltweit zu verbinden. Im Innenstadtbereich, im Osten der Stadt und entlang der großen Straßentrassen der Stadt entwickelte sich ein Raum mit einer der besten digitalen Infrastrukturen weltweit.

All dies bedeutete aber in der Vergangenheit nicht notwendigerweise eine gute digitale Anbindung der Gewerbe- und Industriegebiete. Oftmals waren diese Gebiete sogar eher abgeschieden und weniger „digital entwickelt“.

Jüngste Entwicklungen, vorangetrieben durch gemeinsame Arbeitsgruppen verschiedener Akteure, die in direktem Kontakt mit Telekommunikations-Anbietern stehen, verdeutlichen eine positive Entwicklung.

So hat die Telekom mittlerweile Glasfaser und Leerrohre von 6000 bis 7000 Kilometern Länge in der Stadt verlegt. Zum Vergleich: Das Stromnetz umfasst 8000 Km, das Gasleitungsnetz etwa 4400 Km.

Hinzu kommen jeweils einige hundert Kilometer Glasfaser von anderen „Carriern“ wie COLT und Versatel. Unitymedia erreicht mit seinem Koaxialkabel nach eigenen Angaben 97 Prozent der Adressen und kann mindestens 200 Mbit synchron und mehr leisten.

Nach Sichtung von Kartenmaterial der Telekom und Versatel kann die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main bestätigen, dass die meisten Gewerbegebiete nicht komplett, aber in hohem Maße mit Glasfaser-Leitungen erschlossen sind. Das Glasfasernetz in Frankfurt ist so dicht wie in kaum einer anderen Stadt. Neue Anschlüsse sind daher nur wenige hundert Meter von einem Glasfaserkabel entfernt. Einige Carrier haben recht weitreichende Investitionsprogramme (z.T. mehrere hundert Meter Neuverlegung zuschuss-kostenfrei). Insofern ist Frankfurt heute in der bevorzugten Lage, dass die meisten Unternehmen ohne zusätzliche Anschlusskosten einen Glasfaser- bzw. Koaxialkabelanschluss erhalten können.

Aufbruchgenehmigungen für neue Anschlüsse sind jedoch langwierig (siehe weiter unten Hindernisse und Handlungsempfehlungen), und die Nachfrage der Unternehmen nach Glasfaser-Produkten ist noch nicht so breit, wie man dies unter dem Stichwort Industrie 4.0 erwarten könnte. Daher würde ein rein technikgetriebener Lückenschluss ohne konkrete Nachfrage in den Gewerbegebieten ökonomisch wenig Sinn machen. Der gegenwärtige marktgetriebene Ausbau hat bereits zu einer Verdichtung geführt, so dass eine wachsende Nachfrage grundsätzlich befriedigt werden kann. Gleichzeitig gilt jedoch der Grundsatz des vorausschauenden Ausbaus von digitaler Infrastruktur (siehe weiter unten).

AUFGABE

Bei den im weiteren Verlauf geschilderten Kriterien nimmt die Arbeitsgruppe weder Lobbying-Interessen der Telekommunikationsunternehmen wahr, noch weist sie der Stadt oder anderen Handlungsträgern Budget Verantwortung und damit Kostenstellen zu. Die Arbeitsgruppe weist auf **Notwendigkeiten** hin, auf zu erfüllende Auflagen oder Erfordernisse, um das digitale Industriegebiet der Zukunft ermöglichen zu können vor dem Hintergrund der Anforderungen, die die Digitalisierung in allen Produktionsbereichen entstehen lässt.

Die Gruppe hat die folgenden Eckpfeiler betrachtet: Erstens sind die Branchen diskutiert worden, die trotz der umfassenden Ausbreitung der Digitalisierung vorrangig von der Digitalisierung betroffen sind, dann standen die Trends im Vordergrund, die sich abzeichnen. Schließlich wurde die Technologie beschrieben, die zukünftig nach dem derzeitigen Stand der Entwicklung eingesetzt wird.

Aus dieser Auflistung resultieren die **Handlungsempfehlungen**, die abschließend gegeben werden. Die Branchen und Trends werden hier nur kurz angesprochen, um zum Kernpunkt Technologie und Handlungsempfehlungen zu gelangen.

BRANCHEN

Die hohe Präsenz der Finanzindustrie in Frankfurt am Main lässt auch zukünftig eine starke Anzahl der dort arbeitenden konventionellen Dienstleister vermuten (Banken), aber auch die Präsenz neuartiger Dienstleister aus dem Bereich, der sogenannten FinTechs, sowie eine zunehmende Zahl an Unternehmen aus den Bereichen Kreativwirtschaft und Medien, die eine starke Versorgung mit Bandbreite benötigen. Im Bereich Industrie rechnet die Gruppe stark mit Pharma, Chemie, Medizintechnik und Logistik/Mobilität.

TRENDS

Hier sind vor allem das Internet der Dinge zu nennen, ein Begriff, der im weitesten Sinne für die Weiterentwicklung der Internets von der „Ergänzung“ der Kommunikation hin zu zentraler Steuerung und Kontrolle steht. In dem Zusammenhang ist hier

- die **digitalisierte Gebäudesteuerung** zu nennen (Zugang, Klima, Energie),
- die Kommunikation der Produktionsanlagen untereinander (**machine to machine**, auch M2M),
- die sogenannte **„Cloud“**, die für die Auslagerung von IT-Dienstleistungen aller Art in zentrale Rechenzentren steht und
- die generell zunehmende **Mobilität** der Arbeitnehmer, die in immer höherem Maße digitalen Zugang von z.B. Heimarbeitsplätzen braucht mit den entsprechenden Bandbreiten.

TECHNOLOGIE

Grundlage aller Entwicklungen bei der Versorgung mit höheren Bandbreiten ist **Glasfaser**. Diese Technologie hält Geschwindigkeiten vor, die von keiner anderen Technologie flächendeckend und auf hohe Entfernungen arbeitend vorgehalten werden können. Während immer wieder Modelle auftauchen, die suggerieren, eine Versorgung mit Bandbreite sei auch mit alter, Kupferbasierter Technologie durch Aufrüstung und Einsatz neuer Signalverstärkungen zu erreichen, so ist dies erstens nur kurzfristig in der Form haltbar, und zweitens gilt dies vorrangig für den Privatsektor. Der **Datenbedarf der Industrie** führt zu Anforderungen, die nur Glasfaser lösen kann. Wenn Experten z.B. aus dem Umfeld der SAP mit einer Zunahme des Datenvolumens in den kommenden Jahrzehnten um das **1000fache** rechnen, wird klar, warum nur Glasfaser eine Lösung bereitstellt.

Im Bereich der Infrastrukturen ist mit einem hohen **Energiebedarf** zu rechnen, da die Auslagerung in **Rechenzentren** generell (wiederum Stichwort Cloud) als auch das zunehmende Datenvolumen generell mit der damit verbundenen Verarbeitung Energie konsumieren werden in hohem Maße.

Ein weiteres Merkmal der technischen Strukturen, das vor allem die Bereiche kommunale Planung und Planungssicherheit betrifft, ist der **kontinuierliche, schrittweise Ausbau aller Komponenten**, die Modularität der Strukturen. Bedingt vor allem durch kurzfristige Amortisationsmodelle, die den Wertschöpfungsketten der IT Industrie zugrunde liegen, wird erst gebaut, wenn etwas in lukrativem Umfang gefordert wird. Hier müssen Kommunen entgegenwirken, und Regelwerke aufbauen, die alle Marktteilnehmer und die Verwaltungen motivieren, **Infrastruktur vorausschauend aufzubauen**, um weiteren Ausbau und Kapazitätserhöhungen zu ermöglichen.

HANDLUNGS-EMPFEHLUNGEN

Aus dem zuvor Dargelegten ergeben sich die folgenden Handlungsempfehlungen:

Die **Entwicklung** bzw. Ausweisung neuer **Gewerbegebiete** muss mit Blick auf die Nutzung durch Betriebe, die unter die Kategorie „Industrie 4.0“ fallen, seitens der Stadt **von Beginn an begleitet** werden durch **„digitalen Sachverstand“** aus den zuständigen Dezernaten und Ämtern. Diese müssen bei allen Baumaßnahmen und Erweiterungen darauf achten, dass die **digitale Infrastruktur Bestandteil der gesamten Infrastruktur** ist.

Die heutige Realität zeigt kostenintensive digitale Nachrüstung von Industriegebieten, die die Ämter, die Marktteilnehmer und letzten Endes die Endkunden immens belastet, finanziell, zeitlich und mit Verzögerungen der Lieferungen von Produkten an den Markt. Dieser **Anteil der Nachrüstungen muss mit vorausschauender Planung reduziert werden**.

Konkret müssen bei allen Baumaßnahmen **Leerrohre** verlegt werden, die eine **Erreichbarkeit durch mit aller Wahrscheinlichkeit auch weiterhin wachsenden Glasfasertrassen** in Gewerbegebieten ermöglicht. Die zu gewährleistende **Mindestbandbreite**, die Experten bereits heute als mittelfristig überschritten ansehen, liegt bei **150 Mbit/s**. Diese Annahme weist deutlich darauf hin, dass die Lösung, um Industrie 4.0 zu gewährleisten, nur in der **Glasfasertechnologie** zu finden ist.

Hinsichtlich des mit der Anwendung umfangreicher Digitaltechnik verbundenen hohen **Energiebedarfes** ist bei der Nachrüstung bzw. Planung von Gewerbegebieten dafür zu sorgen, dass für die IT Komponenten der Gebiete Kapazitäten von 10 kVA mindestens zur Verfügung stehen, geeigneter erscheinen Kapazitäten im Umfang von **30 kVA bis 150 kVA**, mit einem in erreichbarer Nähe vorhandenen **Umspannwerk**.

Dieser Hinweis auf die zweite große Komponente der **digitalen Infrastruktur**, Energie, zeigt aber auch die Notwendigkeit eines insgesamt **reformierten Planungsprozesses**. So wie die Prozesse der Industrie 4.0 früher nicht zusammengehörende Prozesse zusammenführen aus Information, Logistik, Wartung, Produktion, Qualitätskontrolle usw., so werden auch die Anforderungen an die Planung und die Entwicklung dieser Strukturen zunehmend einen gemeinsamen Prozess in der Verarbeitung fordern.

Die letzte Handlungsempfehlung lautet daher, sich in den Planungsprozessen von den bisher praktizierten Einzelbereichen Genehmigung, Planung, Aufsicht, Finanzierung zu lösen und in einer **gemeinschaftlichen Vorgehensweise** den Ausbau digitaler Infrastruktur voranzutreiben. Die **serielle Abarbeitung** von Genehmigungsschritten, Planungs- und Baumaßnahmen, mit den darin zwangsläufig auftretenden Verzögerungen durch Nachfragen und Weiterreichungen, stellen für den Industriestandort Frankfurt am Main **eine enorme Benachteiligung dar**.

Wenn Industrieunternehmen der Zukunft, bedingt durch die Digitalisierung in allen Bereichen, digitale Infrastruktur besser ausgebaut anderswo finden, oder Nachrüstungen an anderen Standorten schneller genehmigt bekommen, wird dies zu **Abwanderungen** führen.

Die Aufteilung der städtischen Zuständigkeiten für Maßnahmen betreffend die digitale Infrastruktur in **separate Verwaltungseinheiten** für Planung, Liegenschaften, Aufsicht, Verkehr, Trassen, Wirtschaft und Reformen ist ein **Standortnachteil**. Die begonnene Zusammenfassung der Prozesse in einem einzigen **Dezernat für Reformen** erscheint in diesem Zusammenhang als Schritt in die richtige Richtung.

WERKSTATT-BERICHT

ARBEITSGRUPPE ENERGIE

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG UND AUFGABENSTELLUNG 15

2. INDUSTRIEPOLITISCHES HANDLUNGSFELD 15
2.1. Ausgangssituation 15
2.2. Bestehende Maßnahmen unter Berücksichtigung von Stärken und Schwächen 18

3. ZIELE / LEITVORSTELLUNG 19
3.1. Grundsätzliche Ziele und Leitvorstellungen 19
3.2. Projektvorschläge 21
3.2.1. Projektvorschlag 1 21
3.2.2. Projektvorschlag 2 22
3.2.3. Projektvorschlag 3 22

1. EINLEITUNG UND AUFGABENSTELLUNG

In die Arbeitsgruppe Energie zum Masterplan Industrie des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main haben die folgenden, in alphabetischer Reihenfolge aufgeführten Organe bzw. Institutionen und Unternehmen Vertreter entsandt:

- Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main; Matthias Eberling
- Hessische Landesregierung, HMWEVL; MR Rüdiger Schweer
- Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main; Luise Riedel
- Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) / Clariant Produkte GmbH; Kai-Uwe Hemmerich
- Infraserv GmbH & Co. Höchst KG; Dr. Michael Frank
- Mainova AG; Julia Brähler
- Siemens AG; Norbert Krause
- Stadt Frankfurt am Main, Energiereferat; Wiebke Fiebig
- Süwag Energie AG; Dirk Plumplun
- TU Darmstadt Energy Center; Prof. Dr.-Ing. Rolf Katzenbach (Vorsitz)

- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU); Dr. Vladimir von Schnurbein
- Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH; Dr. Bernd Rentmeister

Neben einem Vorgespräch bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt am 14.03.2014 fanden in dem Zeitraum von April 2014 bis Januar 2015 insgesamt sechs Arbeitsgruppensitzungen an folgenden Terminen statt:

- 29.04.2014
- 03.06.2014
- 30.06.2014
- 15.09.2014
- 26.11.2014
- 14.01.2015

Zentrale Aufgabe der Arbeitsgruppe Energie ist es, unter Berücksichtigung und Analyse der Ausgangssituation sowie Einbeziehung der bestehenden Maßnahmen den energierelevanten Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der Erstellung des Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main aufzuzeigen.

2. INDUSTRIE-POLITISCHES HANDLUNGSFELD

2.1 AUSGANGSSITUATION

Für den vorliegenden Abschlussbericht, insbesondere für die Analyse und Beschreibung der Ausgangssituation, wurden die folgenden Arbeitspapiere und -materialien gesichtet:

- Koalitionsvertrag (Frankfurt am Main) „CDU + Die Grünen, 2011-2016“
- Gemeinsame Erklärung der Ständigen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-konferenz (SWAK) der Stadt Frankfurt am Main zum Industriestandort FrankfurtRheinMain (2011)
- Industriestruktur Frankfurt am Main 2013 (Wirtschaftsförderung Frankfurt)
- Industriestudie Frankfurt am Main 2013 (Goethe-Universität Frankfurt a.M.)
- Werkstattbericht „Nachhaltige Stadtentwicklung“ der Zukunftsinitiative Metropolregion-Infrastruktur Frankfurt (ZMI) 2013 (Stadt Frankfurt a.M. und Partner der Wirtschaft)
- „Hessen in die Top 5 der innovativsten Industriestandorte Europas bringen“ – Ein Leitbild für den Industriestandort Hessen, 2013 (HMWVL, VhU)
- Entwurf Masterplan 100% Klimaschutz – Frankfurt am Main – Generalkonzept (IBP-Bericht ES-342-01/2014), Stand: 19.09.2014
- Energie- und Klimaschutzkonzept für die Stadt Frankfurt am Main 2008, Endbericht

<u>Sektorenübergreifende Betrachtung der energetischen Fragestellungen – Keine Beschränkung auf Industrie</u>
Für die energetischen Fragestellungen ist im Hinblick auf den Masterplan Industrie eine sektorenübergreifende Betrachtung notwendig, da sich alle energetischen Maßnahmen in der Regel auf alle Sektoren auswirken, insbesondere auch auf die industrienahen und sonstigen Dienstleistungen.

Dies bedeutet sowohl die Einbeziehung und Berücksichtigung **aller** Verbraucher, das heißt *<u>Industrie</u>, <u>Gewerbe/Handel/Dienstleistungen</u>, <u>Verkehr</u>,* etc. als auch **aller** Energieträger und -formen, nämlich <u>Wärme/Kälte</u>, <u>Treibstoffe</u> und <u>Strom</u>. Eine Fokussierung auf den Sektor Strom, wie sie in der öffentlichen Diskussion – nicht erst seit der Energiewende – häufig stattfindet, ist nicht lösungsorientiert.

Wie aus **Bild 1b** anschaulich hervorgeht, entfällt der Hauptanteil des Endenergieverbrauchs in Frankfurt am Main auf Energie in Form von Wärme (50%), Strom macht 30% aus und auf Treibstoffe entfallen rund 20%.

Bild 1a: Endenergieverbrauch Deutschland/Frankfurt am Main, aufgeteilt nach Verbrauchssektoren

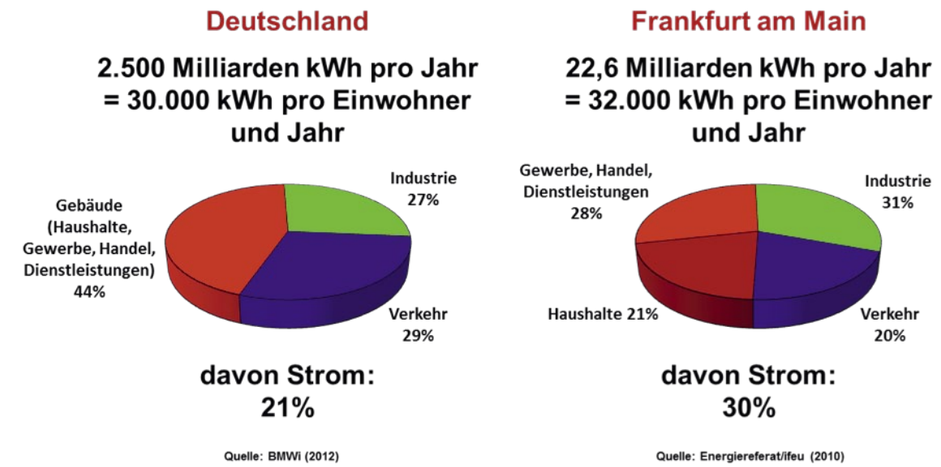
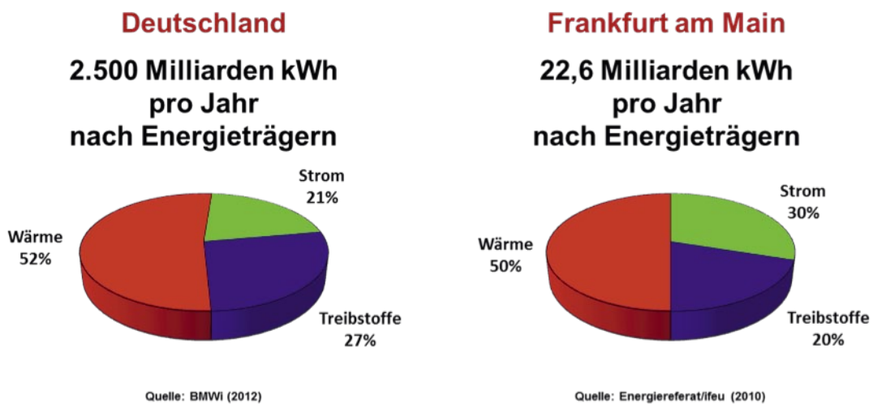


Bild 1b: Verteilung des Endenergieverbrauchs nach den Energieträgern Wärme, Treibstoffe und Strom



Strukturelle Besonderheiten der Stadt Frankfurt am Main

Im Rahmen einer Bestandsanalyse wie auch hinsichtlich der darauf aufbauenden Erörterung von energetischen Fragestellungen für die Stadt bzw. den Industriestandort Frankfurt am Main sind verschiedene strukturelle Besonderheiten zu berücksichtigen.

Hier ist an erster Stelle auf den **Flughafen** Frankfurt mit seiner herausragenden Bedeutung sowohl für den internationalen Luftverkehr als auch für die Stadt Frankfurt am Main bzw. die Region als Wirtschaftsfaktor zu verweisen. Der Flughafen gehört mit 85 Megawatt elektrischer Anschlussleistung zu den Großverbrauchern der Stadt.

Besonderes Augenmerk ist auch auf die **Internetrechenzentren/-knoten** zu legen. Über den deutschen und europäischen Internetknotenpunkt Frankfurt am Main werden allein rund 80% des deutschen Internetverkehrs abgewickelt. Europaweit ist Frankfurt am Main die Stadt mit den meisten Server- und Rechenzentren. Ihr jährlicher Strombedarf lag im Jahr 2010 bei ca. 0,63 Milliarden Kilowattstunden und betrug somit bereits damals rund ein Zehntel des Frankfurter Stromverbrauchs. Heute liegt ihr Anteil am Frankfurter Gesamtjahresstromverbrauch sogar schon bei rund 20% - Tendenz steigend. Besonders in den Sommermonaten entstehen aufgrund des zur Kühlung benötigten, verstärkten Strombedarfs hohe Lastspitzen.

Schließlich ist auf den **Industriepark Höchst** zu verweisen, welcher grundsätzlich und auch in energetischer Hinsicht eine besondere Stellung innerhalb von Frankfurt am Main einnimmt. Dies belegt bereits die Tatsache, dass mit rund 30% mehr als ein Viertel des gesamten jährlichen Frankfurter Stromverbrauchs auf diesen entfallen (2,0 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr im Industriepark Höchst gegenüber 6,6 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr für Frankfurt am Main gesamt). Im Wärmesektor entfallen rund 28% des Frankfurter Gesamtverbrauchs auf den Industriepark Höchst (3,3 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr gegenüber 11,7 Mrd. Kilowattstunden pro Jahr). Der Wärmeendenergieverbrauch des Industrieparks Höchst wird über eigene Kraftwerke und Abwärmenutzung vollständig selbst gedeckt.

Auch das Beispiel Industriepark Höchst zeigt deutlich, dass die Trennung Industrie-/Dienstleistungssektor bei der Erörterung energetischer Themenkomplexe nicht zielführend ist, wenn man berücksichtigt, dass der Industriepark Höchst insgesamt mehr als 90 Unternehmen beherbergt, welche teilweise der Industrie im Sinne des produzierenden Gewerbes zuzurechnen sind, teilweise aber auch dem Dienstleistungssektor zuzuordnen sind.

Neben diesen Großverbrauchern verdienen auch die grundsätzlichen Besonderheiten des Wirtschaftsstandortes spezielle Berücksichtigung. Für die – im Verhältnis zu Einwohnerzahl und Fläche – große Zahl von insgesamt rund 60.000 Unternehmen (sektorenübergreifend einschließlich Dienstleistungssektor), welche zudem zahlreich in besonderem Maße international ausgerichtet sind, muss die Standortpolitik zur Sicherung und Steigerung der hohen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes auch in energetischen Fragestellungen den besonderen Bedürfnissen der Unternehmen Rechnung tragen und vor allem ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit gewährleisten. Dies gilt für den Flughafen und den Bereich der Rechenzentren sowie für die Finanzwirtschaft umso mehr.

Grenzen kommunaler Energiepolitik durch landes- bzw. bundespolitische und europäische Rahmen- und Randbedingungen

Es ist klar, dass im Energiesektor – im Unterschied zu den meisten übrigen Handlungsfeldern bzw. Arbeitsgruppenthemen des Masterplan Industrie – die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Akteure durch landespolitische, bundespolitische und europäische Rahmen- und Randbedingungen beeinflusst werden bzw. stark begrenzt sind. Nichtsdestotrotz müssen die kommunalen und regionalen Aspekte der Energieversorgung im Sinne eines Bottom-Up-Prozesses in den landes- und bundespolitischen Diskurs eingespeist werden.

2.2. BESTEHENDE MASSNAHMEN UNTER BERÜCKSICHTIGUNG VON STÄRKEN UND SCHWÄCHEN

Entwicklung „nachhaltiges/grünes Gewerbegebiet“
Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Entwicklung eines Gewerbegebietes hin zu einem „grünen Gewerbegebiet“ ist bereits in der Planung. Das Ziel ist die Kombination neuer Konzepte der Mobilität, energetisch optimierter Bauten und eine nachhaltige Ressourcennutzung durch die ansässigen Betriebe und somit ein Beitrag zur modellhaften Weiterentwicklung des Industriestandortes Frankfurt am Main.

Im Rahmen der weiteren Planungen für das nachhaltige Gewerbegebiet sollte vor dem Hintergrund des Modellcharakters gezielt geprüft werden, inwieweit der notwendige Ausbau der Wärmeversorgung der Stadt Frankfurt am Main (vgl. Projektvorschlag 2) hier in besonderem Maße berücksichtigt werden kann.

Bestehende kommunale Förderprogramme
Als konkret bestehende Maßnahmen im Bereich der Energie, welche sich an die Industrie richten, sind vor allem die Energieeffizienzprogramme der Stadt Frankfurt am Main zu nennen. Dies sind insbesondere das Programm „Ökoprofit“ und „Frankfurt spart Strom für Gewerbe“.

Bei Ökoprofit handelt es sich um ein Einstiegsprogramm für Unternehmen in den Bereich des betrieblichen Umweltmanagements. Das Programm, welches als Kooperationsprogramm von der Stadt Frankfurt am Main und der IHK Frankfurt am Main sowie der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main getragen wird, dient der Einsparung betrieblicher Kosten im Umwelt- und Energiebereich der Unternehmen, am Ende steht hier eine Zertifizierung. Es richtet sich insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen.

Am Beispiel dieses Programms wird eine grundsätzliche Schwäche der derzeit bestehenden kommunalen Förderprogrammstruktur erkennbar. Im vergangenen Jahr nahmen insgesamt nur 26 Unternehmen an diesem Programm teil – hiervon waren rund 60% kommunale Unternehmen – dies trotz intensiver Bewerbung des Programms durch die Kooperationspartner; in den Vorjahren war der Anteil der nichtkommunalen Wirtschaftsunternehmen höher. Hieraus folgt, dass – mehr noch als die finanziellen Belastungen (je nach Unternehmensgröße von 2000,- EUR bis zu 5000,- EUR), hinzu kommen die (mittelbaren) Personalkosten für die Abstellung eines Mitarbeiters – die zeitintensiven Belastungen und die damit verbundene Ressourcenbindung bei Absolvierung des Programms durchaus ein Hindernis darstellen. Daran vermögen, insbesondere für die kleinen Unternehmen, auch die etwaigen, langfristigen Amortisationskosten durch ermittelte Energieeinsparmöglichkeiten nichts zu ändern.

Projekt „Lernende Energie Effizienz-Netzwerke (LEEN)“
Die Stadt Frankfurt am Main ist eine von 30 Regionen, die an dem durch das Bundesumweltministerium geförderten Pilot-Netzwerk-Projekt LEEN teilnehmen. Umgesetzt wird das Projekt primär vom Energiereferat der Stadt Frankfurt am Main gemeinsam mit Kooperationspartnern.

LEEN sind Netzwerke, die das Ziel der Steigerung der Energieeffizienz für Unternehmen verfolgen. Mehrere Unternehmen arbeiten zusammen, mit dem Ziel, kosteneffektiv Energie zu sparen, indem sie voneinander lernen. Wesentliche Ansatzpunkte der gemeinsamen Arbeit im Netzwerk sind Effizienzverbesserungen, zum Beispiel in den Bereichen Druckluft, Kraft-Wärme-Kopplung, elektrische Antriebe, etc.; mit Hilfe einer Initialberatung, durchgeführt von u.a. der ABGnova, erfolgt eine umfassende Energieverbrauchsanalyse für die Unternehmen sowie die Erarbeitung von Maßnahmenvorschlägen zur Energieeffizienzsteigerung.

Das im Wege einer freiwilligen Zielvereinbarung gemeinsam gesetzte Ziel der teilnehmenden Betriebe war eine Energieeffizienzsteigerung von 7% bei gleichzeitig vereinbarter 7%iger Reduktion der CO2-Emissionen. Diese Zielsetzung wurde bereits übertroffen.

Masterplan 100% Klimaschutz
Der im Koalitionsvertrag der Stadtregierung niedergelegte Masterplan 100% Klimaschutz ist seit Anfang des Jahres 2013 in der Entwicklung und soll Anfang 2015 verabschiedet werden.

Am 01.03.2012 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Frankfurt am Main bis spätestens zum Jahr 2050 zu 100% aus erneuerbaren Energien zu versorgen; dies war die Voraussetzung, um am Projekt Masterplan 100% Klimaschutz der Bundesregierung teilzunehmen. Bei diesem Projekt bündelt die Stadt Frankfurt am Main ihre Klimaschutzmaßnahmen und entwickelt diese weiter. Dabei soll der künftige Bedarf zu 25% mit erneuerbaren Energien aus dem Stadtgebiet und zu 25% mit erneuerbaren Energien aus der Region gedeckt werden. Voraussetzung für die Umstellung auf 100% erneuerbare Energien ist vor allem die Senkung des Energieverbrauchs um 50%. Das übergeordnete Ziel ist die Reduktion der CO2-Emissionen um rund 95% bis zum Jahr 2050.

Zum Masterplan 100% Klimaschutz ist festzustellen, dass der primäre Fokus nicht auf der Industrie bzw. dem Unternehmenssektor liegt.

3. ZIELE / LEITVORSTELLUNG

3.1. GRUNDSÄTZLICHE ZIELE UND LEITVORSTELLUNGEN

Sämtliche Zielsetzungen und Leitvorstellungen im Rahmen der Erörterung von energetischen Fragestellungen bzw. Optimierungsprozessen müssen unter der Prämisse der Beibehaltung und Stärkung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Frankfurt am Main im Sinne der Nachhaltigkeit stehen. Bei allen kommunalen Maßnahmen, die energetische Fragestellungen bzw. Entwicklungen betreffen, muss die übergeordnete Handlungsmaxime sein, dass es keinesfalls zu weiteren Belastungen oder sonstigen Nachteilen für die Frankfurter Industrie kommen darf.

Entsprechend sind sämtliche Zielvorstellungen geleitet von der Notwendigkeit, zur langfristigen Standortsicherung konstante, innovations- und industriefreundliche Rahmenbedingungen im Bereich der Energie bzw. Energieversorgung zu schaffen.

Bei sämtlichen kommunalen energiepolitischen Maßnahmen muss daher für die Industrie in Frankfurt am Main weiterhin in einem hohen Maß der Aspekt der Planungs- und Investitionssicherheit im Vordergrund stehen. Der zentrale Faktor der **Planungs- und Investitionssicherheit** kann nur dadurch gewährleistet werden, dass durch energiebezogene kommunale Maßnahmen keinerlei politische/administrative Restriktionen, bürokratische Hürden, Beratungszwänge oder sonstige Belastungen für den Industriesektor implementiert werden.

Vielmehr müssen kommunalpolitische Energieaktivitäten und -konzepte sich auf den Grundsatz der **Freiwilligkeit** fokussieren: statt restriktiv-verpflichtender Maßnahmen muss insbesondere die Kommunalpolitik die ihr verbleibenden Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten nutzen und noch stärker als bisher auf Anreize, beispielsweise durch Förderprogramme und Unterstützungsmaßnahmen setzen.

Handlungsziel muss die zielgerichtete Individualisierung und Differenzierung energetischer Themenkomplexe hinsichtlich der unterschiedlichen Unternehmensstrukturen (groß/klein, Industrie, industrienahe Dienstleister, usw.) sein. Umgekehrt ist die Auferlegung absoluter Einsparziele nicht zielführend und Arbeitsplatz gefährdend, da solche Vorgaben ein nicht zu kompensierender Standortnachteil sind.

Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit (vor allem im Stromsektor)

Für die wirtschaftsstarke Region des Rhein-Main-Gebietes allgemein und Frankfurt am Main als starkem Unternehmensstandort im Besonderen ist die Zuverlässigkeit der Stromversorgung von überragender Bedeutung und Notwendigkeit.

Trotz des zuvor dargelegten Erfordernisses einer grundsätzlich ganzheitlichen Betrachtung aller Energiesektoren für die Beantwortung und Lösung energetischer Fragestellungen muss im Hinblick auf die Versorgungssicherheit dem Stromsektor ein besonderes Augenmerk gelten.

Dies gilt umso mehr, als – nicht zuletzt durch die Energiewende und dem daraus resultierenden, steigenden Anteil an erneuerbaren Energien – durch die Zunahme dezentraler Einspeisestellen und wegen der Volatilität von Wind- und Solarstrom die Schwankungen im deutschen Stromnetz erheblich zugenommen haben. Entsprechend ist bereits in den vergangenen Jahren die Anzahl kleinerer wie größerer Stromausfälle bundesweit signifikant angestiegen. Erheblich zugenommen haben auch die notwendigen Eingriffsmaßnahmen der Übertragungsnetzbetreiber zur Aufrechterhaltung der Systemsicherheit **(vgl. Bild 2)**.

Bild 2: Eingriffe der Übertragungsnetzbetreiber; Quelle: TenneT, 50hertz.

Nach den statistischen Angaben der Bundesnetzagentur in puncto Versorgungssicherheit steht Frankfurt am Main derzeit zwar positiv da, im Jahr 2013 betrug die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung (je angeschlossenem Letztverbraucher) in Frankfurt am Main lediglich 7,8 Minuten, während der entsprechende Wert im Bundesdurchschnitt bei 15,3 Minuten lag.

Dennoch muss die zu gewährleistende Versorgungssicherheit, insbesondere im Sinne der Netzstabilität, einen zentralen Schwerpunkt bei kommunalen Überlegungen und Planungen im Bereich der elektrischen Energieversorgung bilden.

Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund der besonderen Struktur von Frankfurt am Main mit seinen Großverbrauchern (Flughafen Frankfurt, Internetknoten, Rechenzentren, Finanzwirtschaft u.a.), bei denen Ausfälle oder Beeinträchtigungen zu erheblich nachteiligen Auswirkungen weit über Frankfurt hinaus führen würden und deshalb zu einer besonderen Gefährdung des Standortes beitragen würden.

Neben der Versorgungssicherheit steht die **Bezahlbarkeit** der Stromversorgung im Zentrum der Standortsicherung.

In noch stärkerem Maße als vor Beginn der Globalisierung werden Standortfragen von Unternehmen im Wesentlichen auf die Faktoren Arbeitskosten (Lohn) und **Energiekosten** reduziert, Energiekosten sind daher entscheidungsrelevant.

Die Strompreisentwicklung in den vergangenen Jahren ist stetig ansteigend. Der – nicht nur aufgrund der Energiewende – kontinuierlich starke Anstieg des Strompreises birgt für deutsche Unternehmen bereits heute Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit: seit dem Jahr 2000 hat sich der Strompreis – jährlich – im Schnitt um rund 7% für Unternehmen verteuert **(vgl. Bild 3)**.

Im Zuge der Energiewende belasten zusätzliche Steuern, Abgaben und Umlagen die Strompreise der Unternehmen; so werden mittlerweile rund 55% des Strompreises staatlich bestimmt und nur die verbleibenden rund 44% durch den Markt selbst. Die Marge des Versorgers liegt lediglich noch bei rund 1%.

Soweit der Kommune hier überhaupt Handlungsspielräume eröffnet sind, muss sich im Sinne der Verhinderung von Standortnachteilen jedenfalls mit größtmöglicher Nachdrücklichkeit dafür eingesetzt

werden, für Bedingungen zu sorgen, die einen weiteren Anstieg der Stromkosten vermeiden.

Für den Frankfurter Wirtschaftsstandort gelten daher als unbedingte Forderungen im Sinne der Standortsicherung, dass – soweit die Kommunalpolitik Einfluss nehmen kann –

- **Versorgungssicherheit** und
- **Bezahlbarkeit**

bei jedweden energiepolitischen Maßnahmen auf kommunaler Ebene oberste Priorität genießen müssen.

3.2. PROJEKTVORSCHLÄGE

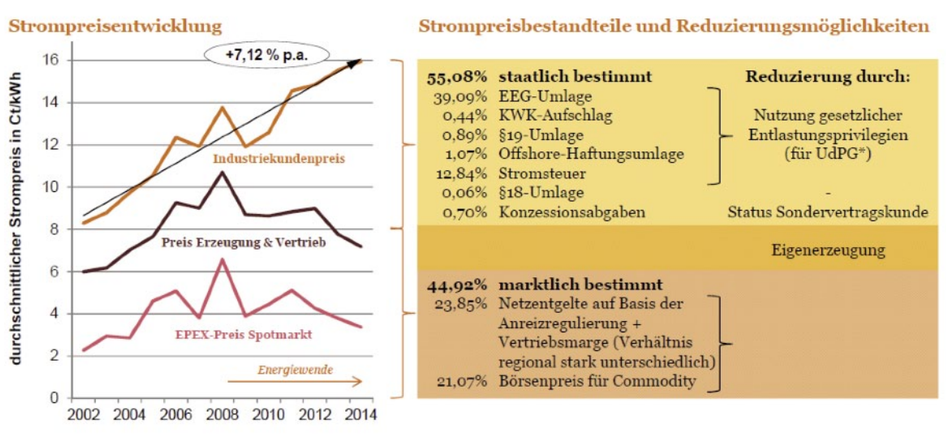
3.2.1. PROJEKTVORSCHLAG 1

Energiepolitik grundsätzlich und die Fragestellungen im Zusammenhang mit einer zuverlässigen Energieversorgung im Besonderen gehören zum wirtschaftlichen Kernbereich und sind wesentliche Eckpfeiler eines erfolgreichen, zukunftsfähigen und nachhaltigen Industriestandortes Frankfurt am Main.

Vor diesem Hintergrund wurde die Zusammenfassung aller städtischen, energierelevanten Dienststellen im Dezernat IX Wirtschaft erörtert, wie dies auch auf Landes- und Bundesebene erfolgreich praktiziert wird, und wird von der Arbeitsgruppenleitung und den Vertretern der Privatwirtschaft, Verbänden und Kammern angeregt.

In diesem Kontext besteht die Notwendigkeit der Stärkung der energetischen, personell untersetzten Expertise der Wirtschaftsförderung Frankfurt.

Bild 3: Abnahmefall: Jahresverbrauch von 160 bis 20.000 MWh, Mittelspannungsseitige Versorgung; Abnahme 100kW/1.600h bis 4.000kW/5.000h. Quelle: BDEW, energate EPEX, PwC



3.2.2. PROJEKTVORSCHLAG 2

Angesichts der großen, quantitativen Bedeutung von Energie in Form von Wärme bzw. Kälte (rund 50% des Endenergieverbrauchs) wird – nicht zuletzt im Hinblick auf die günstigen Standortbedingungen von Frankfurt am Main – empfohlen, diesen Energieversorgungssektor für alle Verbrauchersegmente unter Beiziehung aller technischen Möglichkeiten, wie zum Beispiel

- Nah- und Fernwärmenetze,
- Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmespeicher, Kältespeicher, Power-to-Heat,
- Kompressionsanlagen, Absorptionsanlagen, Adsorptionsanlagen,
- Wärmerückgewinnung (z. B. bei Passivenergiehäusern, Abwasser und Rechenzentren),
- oberflächennahe Geothermie zur Energiespeicherung (Wärme/Kälte)
- und die mitteltiefe Geothermie zur Wärmegewinnung

gezielt auszubauen. Damit werden über einen langen Zeitraum kommunale und regionale Wertschöpfungsketten im Handwerk, in der Industrie und im Consulting initiiert, und es wird die derzeit nahezu totale Abhängigkeit von der Versorgung mit fossilen Brennstoffen auf ein Minimum reduziert. Die sich ergebende, erhebliche Reduktion der CO2-Emissionen ist ein zusätzlicher wichtiger Effekt derartiger Zukunftsinvestitionen, die entscheidend zur Einhaltung der Klimaschutzziele beitragen.

Zur Hebung der in den oben genannten Elementen vorhandenen energetischen Potenziale sind komplexe, multidisziplinäre, ingenieurwissenschaftliche und sozioökonomische Analysen erforderlich.

Diese Ausbauüberlegungen zum Bereich Wärme sollten in jedem Fall auch ihren Niederschlag bei der weiteren Planung des „nachhaltigen Gewerbegebietes“ finden.

3.2.3. PROJEKTVORSCHLAG 3

In Ergänzung zu kommunalen, föderalen und nationalen Förderprogrammen sollten die kommunalen Handlungsspielräume genutzt werden, die Unternehmen und Unternehmensverbände bei der Vermarktung, Ausgestaltung und Durchführung ihrer eigenen – sehr zielgerichtet zugeschnittenen – Energieeffizienzförderprogramme in stärkerem Maße als bisher unterstützen.

Hier bedarf es kommunalerseits insbesondere der Ausweitung der Beratungsförderung und Zinsverbilligung für energieeffizienzsteigernde Investitionen; gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang die Prüfung weiterer Maßnahmen, beispielsweise von Zuschussinstrumenten erforderlich, wie dies bei wohnungswirtschaftlichen Programmen bereits der Fall ist.

Notwendig ist in diesem Kontext die engere Abstimmung der zuständigen kommunalen Stellen im Hinblick auf entsprechende Programme und Angebote des Landes, um die Effizienz von kommunalen und föderalen Förderinitiativen und -maßnahmen zu erhöhen und Überschneidungen zu vermeiden.

Als Ergebnis des Hessischen Energiegipfels wurde durch die Landesregierung und das RKW Hessen u.a. die Initiative „Hessische Initiative für Energieberatung im Mittelstand (HIEM)“ gegründet, mit dem Ziel, die zahlreich bestehenden Beratungsangebote zur Energieeinsparung bei Unternehmen – bspw. BAFA Energieberatung im Mittelstand und Hessen PIUS (Produktionsintegrierter Umweltschutz) – bekannter zu machen.

WERKSTATT-BERICHT

ARBEITSGRUPPE LOGISTIK

1. INDUSTRIEPOLITISCHES HANDLUNGSFELD

AUSGANGSSITUATION:

Die Logistik ist für den Industriestandort Frankfurt am Main von großer Bedeutung. Insgesamt kann die am Standort vorhandene Logistikinfrastruktur als „sehr gut“ bezeichnet werden, da Frankfurt am Main über alle Transportmedien (Straße, Schiene, Wasser und Luft) in einer hervorragenden Ausprägung verfügt. Hierzu leisten der Frankfurter Flughafen mit seiner Bedeutung im Cargo-Bereich als auch der Frankfurter Osthafen mit seinem benachbarten Containerterminal der Deutschen Bahn (DUSS) und dessen Anschluss an das europäische Eisenbahnnetz für ihre jeweiligen Transportmedien erhebliche Beiträge. Nicht zuletzt weil in den vergangenen Jahren in allen drei Infrastruktureinrichtungen erhebliche Investitionen vorgenommen worden sind. So wurde das Containerterminal der Deutschen Bahn im Jahre 2004 mit zwei Schienentransportkränen ausgestattet und der Frankfurter Flughafen legte mit dem Ausbau der Cargo-City Süd einen erheblichen Grundstein, um ausreichende Kapazitäten zur Abwicklung von Luftfracht anbieten zu können. Der Frankfurter Osthafen als ein historisch gewachsener Massenguthafen bietet umfangreiche Umschlagsanlagen für Produkte wie Sand und Kies, die mit ca. 60% des Umschlagvolumens das Bild des Hafens nach wie vor prägen. Allerdings gewinnt der Containerumschlag im Frankfurter Osthafen kontinuierlich an Bedeutung. Im Osthafen 1 stehen zwei Containerbrücken mit einer Gesamtkapazität von 45.000 TEU zur Verfügung. Eine ständig wachsende Zahl von Containern stellt den Hafen vor große Herausforderungen. Gerade hier zeigen sich die trimodalen Schnittpunkte des Hafens Frankfurt als gut gerüstet.

Darüber hinaus kann Frankfurt am Main mit vielen „Sondereinrichtungen“ im Bereich der Logistik aufwarten. Die Gefahrguthalle oder Schwerlastlagerflächen im Frankfurter Osthafen als auch der „Trimodalport“ mit seinen umfangreichen Gefahrgutlagerkapazitäten im Industriepark Höchst sind hier beispielhaft zu nennen, bieten sie potentiellen Kunden doch die Möglichkeit, besonders zu behandelnde Waren und Güter umzuschlagen und zu lagern.

Auf der Straße kann Frankfurt am Main mit den Autobahnen A3 und A5 hervorragende Anbindungen an das Straßenverkehrsnetz entlang der europäischen Transportachsen Rotterdam – Mailand bzw. Skandinavien bis in die Balkanstaaten aufweisen. Die Erreichbarkeit der Mainmetropole bietet damit beste Voraussetzungen für den An- und Abtransport von Gütern und Waren auf der Straße. Die Straßeninfrastruktur ist in einem hohen Maße durch eine starke Auslastung im Rhein-Main-Gebiet geprägt. Das Land Hessen hat daher die Initiative „Mobiles Hessen 2020“ gestartet, die Lösungen für eine optimierte und effiziente Nutzung der Verkehrsinfrastruktur entwickelt und anwendet. Ziel ist es, den Verkehrsfluss trotz der erwarteten Zunahmen sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr langfristig sicherzustellen. Die Prognosen gehen bis zum Jahr 2025 von einer Zunahme von 28% im Güterverkehr auf der Straße aus, womit Hessen bundesweit bei den Verkehrszuwächsen über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Somit ist festzuhalten, dass die Herausforderungen für den Logistikbereich im Bereich der zu erwartenden Verkehrszuwächse liegen, welche sich für die betroffenen Industriebetriebe insbesondere in einem regionalen Radius bemerkbar machen werden. Auf Ebene der Stadt Frankfurt am Main wird es darum gehen, dass die Güter und Waren zum „richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort“ sind und ihr Transport dabei auch den Aspekten von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in der Stadt gerecht werden. Bei den heutigen Produktionsprozessen wie „just in time“ oder „just in sequence“ müssen benötigte Rohstoffe oder Vorprodukte pünktlich und verlässlich an den Produktionsstandort geliefert und fertige Waren schnellstmöglich ohne aufwändige Zwischenlagerung zum Kunden geschafft werden. Um die Produktionsabläufe störungsfrei abwickeln zu können, gilt es daher, die Transportabläufe angemessen einzuplanen.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt wird in der effizienten Nutzung der vorhandenen Infrastruktur gesehen. Hierbei spielt eine möglichst optimale Auslastung der Transportträger, insbesondere des LKW’s eine wichtige Rolle. Eine optimale Auslastung trägt zu einer Entlastung der Verkehrs-infrastruktur bei und entlastet die Umwelt. In einem urbanen Umfeld wie Frankfurt am Main ist es wichtig, Umweltbelastungen durch Verkehre soweit wie möglich zu reduzieren bzw. langfristig zu minimieren.

Die Befragung der Unternehmen im Rahmen der Industriestudie im Jahre 2013 lässt wenige Rückschlüsse auf existierende Probleme im Bereich der Logistik zu. Bei genauerer Analyse der Industriestudie stellt sich vielmehr heraus, dass die Unternehmen die Infrastruktur als „hervorragend“ einstufen und in einigen Fällen das Thema „Logistik“ mit dem Thema „Mobilität“ vermengen. Hierzu gibt es wiederholt Testimonials von befragten Unternehmensvertretern, die im Zusammenhang mit der Logistik die hervorragenden Bahn- und Flugverbindungen für Dienstreisen loben. Die Bedeutung einer guten Erreichbarkeit sowohl auf der Mikro- als auch auf der Macroebene wird durch die Unternehmen immer wieder betont. Die Auswertung der Beurteilung über die Verkehrsinfrastruktur am Standort durch die befragten Betriebe belegt die Feststellung, dass der Industriestandort Frankfurt am Main mit besten Infrastruktureinrichtungen und Verkehrs-anbindungen aufwarten kann.

Allerdings stellt dieser Sachverhalt für die meisten der Betriebe auch eine elementare Grund-voraussetzung dar. Optimale Produktionsbedingungen, wobei die Anlieferung von Rohstoffen und der Abtransport von Waren dazu gerechnet werden, sichern die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen und des Standortes. Das dabei auch auf die zukünftige Entwicklung der Transportvolumina und die Anforderungen an Verkehrsinfrastruktur zu achten ist, um das zu erwartende Wachstum bei einem mindestens konstanten Angebot an die Transportinfrastruktur abbilden zu können, ist eine Grundvoraussetzung für die Unternehmen. Dem Flughafen Frankfurt am Main und seinen herausragenden Standorteigenschaften kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu, die es zukünftig zu sichern gilt und damit dem zunehmenden Wettbewerb im globalen Luftfahrtfahrtsektor als auch ordnungspolitischen Einschränkungen standhält.

Arbeitsgruppe Logistik

2. ZIELE/ LEITVORSTELLUNG

Trotz der geringen Kritik bzw. dem kaum genannten Optimierungspotential an dem Themenpunkt Logistik, gibt es Herausforderungen und Schwachstellen in der industriellen Logistik. Die Tatsache, dass diesen durch die befragten Unternehmen eine eher geringe Bedeutung zugemessen wird, mag zum einem an dem Umstand liegen, dass die meisten der Unternehmen über keine eigene Logistik verfügen und diese an Dienstleister „ougesourct“ ist, zu anderem sind die Folgen mit Ausnahme einer verspäteten Anlieferung in der Regel eher unmittelbar im Stadtgebiet sichtbar als auf dem eigenen Werksgelände.

Mit dem Masterplan „100 Klimaschutz, dem Regionalen Energiekonzept oder dem „European Whitepaper for Transport 2011“ der EU werden Schwerpunkte auf Ökologie und Nachhaltigkeit im Rahmen des innerstädtischen Transport gesetzt, der das Transportgewerbe vor hohe Herausforderungen und notwendige Investitionen stellt. Hiervon wird auch der Industriestandort Frankfurt am Main nicht unberührt bleiben und muss bei der Umsetzung seiner Logistikaktivitäten darauf entsprechend reagieren.

Durch die exponierte Lage Frankfurts am Wasser eignet sich die Einbindung des Mains als Wasserstraße in die Transportkette in besonderer Weise. Leider wird der Main als Transportweg in der Frankfurter Wirtschaft in seinem Potential noch wenig genutzt, so dass in den kommenden Jahren aktiv für das Transportmedium Schiff geworben werden muss und ein Bewusstsein für einen pünktlichen und nachhaltigen Transport zu Wasser sowohl bei den Spediteuren als auch bei den Versendern entwickelt werden soll. Denn selbstverständlich müssen Rohstoffe und Vorprodukte pünktlich und verlässlich am Produktionsstandort eintreffen, dafür aber nicht zwingend möglichst schnell transportiert werden.

Trends wie die zunehmende Globalisierung oder die Vermeidung von Lagerhaltungen im Rahmen von Produktionsprozessen erhöhen die Anforderungen, die Logistik zukünftig zukommt. Logistik muss als Teil des Produktionsprozesses abgebildet werden muss, damit eventuelle Störfälle im Bereich der Logistik nicht zu einem direkten Stillstand der Produktion führen

Am Standort Frankfurt am Main wird bereits eine Vielzahl von Projekten abgebildet, die dazu führen sollen, dass für vorhandene Schwachstellen oder zukünftige Herausforderungen im Bereich der Transportinfrastruktur Lösungen entwickelt werden. Eine Leuchtturmfunktion kommt hierbei dem „House of Logistics and Mobility“ (HOLM), welches von Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main gegründet wurde, um auf die heutigen und die zukünftigen Anforderungen in der Logistik und der Mobilität innovative Lösungen in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft zu entwickeln.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde auf folgende existierende Projekte verwiesen:

MASSNAHMEN & PROJEKTE	TRÄGER
Arbeitskreis „Frankfurter Wirtschaftsverkehre“	HOLM & IHK
DIEMO RheinMain	HOLM & IVM
Co-gistics	HOLM
Nachhaltige Innenstadtlogistik	IHK & BIEK
Autohofkonzept	Land Hessen
Orte mit regional bedeutsamer Logistikfunktion im Regionalplan Südhessen 2010/Regionalen Flächen-nutzungsplan	Regierungspräsidium Darmstadt/ Regionalverband FrankfurtRheinMain/
Mobiles Hessen 2020	Land Hessen
Flughafen - Terminal 3	Fraport AG
Flughafen - Ausbau Cargo City Süd	Fraport AG
Mobilitätsstrategie	Stadt Frankfurt am Main
Sicherung des Osthafens 2050+	Stadt Frankfurt am Main
Betriebliches Mobilitätsmanagement	IVM, IHK & Wirtschaftsförderung
Mobilitätsmanagementkonzepte in der Stadtentwicklung	traffiQ

Alle Maßnahmen oder Projekte leisten erhebliche Beiträge dazu, dass die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur im Rhein-Maingebiet verbessert wird bzw. gehalten werden kann. Durch die Maßnahmen/Projekte wird die Attraktivität als auch die Wettbewerbsfähigkeit des (Industrie)Standortes nachhaltig gesteigert. Sie sind nicht unmittelbar im Rahmen der Erstellung des „Masterplans Industrie“ konzipiert und/oder gestartet worden. Dennoch leisten sie einen spürbaren Beitrag für die Logistik im Bereich der industriellen Produktion. Damit sind sie Bestandteil der Untersuchungen der Arbeitsgruppe Logistik und werden daher im Ergebnisbericht berücksichtigt.

Als Ergebnis fokussiert die Arbeitsgruppe die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Infrastruktur, die Steigerung der Effizienz der erbrachten Transportleistungen bei gleichzeitiger Beachtung des Themas Nachhaltigkeit und die stärkere interkommunale Zusammenarbeit bei der Erbringung von Logistikdienstleistungen bzw. im Rahmen von logistischen Expansionsvorhaben.

Mit Blick auf die zunehmende Nachfrage nach Transportleistungen ist der Erhalt der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur kein Ziel, welches lediglich durch entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Ausbau der Infrastruktur erreicht wird. Vielmehr geht es darum, der steigenden Belastung durch die Zunahme des Verkehrs- bzw. der Transportabwicklungen so zu begegnen, dass die positiven Ergebnisse der Bewertung der Logistikinfrastruktur als auch des Verkehrsnetzes im Rahmen der Industriestudie dauerhaft gehalten werden können.

Ein besonderer Meilenstein kommt hierbei dem städtischen Konzept „Sicherung des Osthafens 2050+“ zu. Hiermit wurde Verladern als auch dem Transportgewerbe im Osthafen ein langfristiger Planungshorizont geschaffen. Mit dem Beschluss des Magistrats erhalten die dort angesiedelten Logistik- und Industriebetriebe dauerhaft die Möglichkeit, ihre Dienstleistungen und Produktionen in Frankfurt zu halten und zu modernisieren. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die heranrückende Wohnbebauung zu richten, welches die im Hafen ansässigen Betriebe in ihrer Unternehmung einschränken bzw. bedrohen könnte. Begleitet werden muss dieser Prozess von einer Ertüchtigung der Infrastruktur im Hafengebiet. Dies betrifft sowohl das teilweise sanierungsbedürftige Straßennetz im Osthafen als auch die Verstärkung der Verladekapazitäten.

Insbesondere das Straßennetz bedarf im gesamten Stadtgebiet entsprechender Investitionen (z.B. Straßen- oder Brückensanierung) durch die öffentliche Hand, aber vor allem auch intelligenter Lösungen wie z.B. die Nutzung von Telematiksystemen und IT-Anwendungen, da kaum Flächen für neue Straßenbauvorhaben oder zusätzliche flächenverbrauchende Infrastrukturprojekte in Frankfurt am Main zur Verfügung stehen. Ein Vorhaben im Bereich der Straßeninfrastruktur, welches die Investition ausschließlich in „Steine“ analog eines neu zu schaffenden Gewerbegebietes auf der grünen Wiese vorsieht, stellt damit für die Stadt Frankfurt keine Alternative aufgrund mangelnder Verkehrsflächen dar. Vielmehr bedarf es eines langfristigen Planes, der die Sanierung bzw. eine qualifizierende Ertüchtigung bestehender Infrastruktureinrichtungen vorsieht. Ergänzt werden diese Investitionen durch kluge Telematik- und Verkehrssteuerungssysteme, die es dem straßengebundenen Gütertransport erlauben, die bestmögliche Ausnutzung umzusetzen. Da dieses Ziel bereits für das gesamtstädtische Verkehrs- als auch Transportwesen definiert ist, bedarf es keiner besonderen Herausstellung im Rahmen des Masterplans Industrie, obwohl es für das produzierende Gewerbe von existenzieller Bedeutung ist. Das Ziel ist fortlaufend zu verfolgen. Dringende Handlungsbedarfe im Rahmen der Erhaltung der Infrastruktur sind kurzfristig umzusetzen. Eine übergeordnete Rolle wird dabei auf die Erhaltung der bestehenden Infrastruktur (z.B. Sanierungsprogramm für Brücken im Stadtgebiet oder Fahrbahnerneuerung im Frankfurter Osthafen) zukommen. Hier sieht die Arbeitsgruppe aufgrund der Erfahrungen im gesamten Bundesgebiet ein hohes finanzielles als auch stauverursachendes Risiko, welchem nur durch konsequente Verfolgung von Sanierungsmaßnahmen entgegengewirkt werden kann.

Langfristig muss die stärkere intermodale Nutzung der vorhandenen Transportmedien (Straße/Wasser/ Schiene) planerisch angestrebt und umgesetzt werden, damit eine weitere Entlastung des Straßenverkehrs im Zulauf zum Stadtgebiet erreicht werden kann. Die Konzeption entsprechender Projekte im Bereich der Wirtschaftsverkehre und die Nutzung alternativer Antriebe, besonders auf der „letzten Meile“ im lokalen Radius, unterstützen die Wirkung auf eine bürger-freundliche Flächenausnutzung und einen umweltfreundlichen Warentransport innerhalb des Stadtgebietes. Die Stadt Frankfurt am Main hat in ihrem Masterplan „100% Klimaschutz“ oder im Rahmen des „Regionalen Energiekonzeptes“, das derzeit mit gemeinsam mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain erarbeitet wird, bereits erste

Maßnahmen skizziert. Ähnliches empfiehlt die EU in ihrem „Weißbuch Verkehr 2011“. Die darin angestrebten Ziele wie Erreichung einer im wesentlichen CO2-freien Stadtlogistik in größeren städtischen Zentren oder auch das Vorhaben, dass 30 % des Straßengüterverkehrs über 300 km bis 2030 auf andere Verkehrsträger wie Eisenbahn- oder Schiffsverkehr verlagert werden sollen (mehr als 50 % bis 2050), stellt die logistischen Infrastruktur-einrichtungen als auch die Transporteure vor große Herausforderungen. Hierzu zählt, entsprechende Umschlagkapazitäten in Frankfurt am Main in Betrieb zu nehmen und gleichzeitig mit alternativen CO2-freien Antrieben, welche aktuell im Markt für das Transportgewerbe noch nicht verfügbar sind, wirtschaftlich zu betreiben. Die umzusetzenden Maßnahmen sind in einem langfristigen Zeithorizont zu betrachten, wobei bereits mit einzelnen Teilmaßnahmen kurzfristig erste Wirkungen und Erfolge erreicht werden können. Seitens der Stadt Frankfurt am Main müssen daher entsprechende Rahmen-bedingungen geschaffen werden, um neue Geschäfts- bzw. Logistikkonzepte in der innerstädtischen Logistik testen zu können. Der Einsatz alternative Antriebe muss durch entsprechende „Incentives“ unterstützt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Logistikunternehmen zu gewährleisten. Hierzu sollten Möglichkeiten der Beteiligung an Bundes oder Europäischen Projekten geprüft werden, damit die betroffenen Unternehmen die erhöhten Investitionskosten zu mindestens anteilig kompensieren können.

Zur Logistik zählt die Arbeitsgruppe auch die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Durch den Frankfurter Flughafen bietet der Standort den Unternehmen eine Erreichbarkeit aus allen Erdteilen, die ihres Gleichen sucht und optimale Bedingungen für Dienstreisen bietet. Bedarf besteht allerdings aus Sicht der Arbeitsgruppe bei der interregionalen Mobilität. Hierzu zählt die Arbeits-gruppe die Ertüchtigung des ÖPNV in Rhein-Main-Gebiet. Eine leistungsfähige ÖPNV-Infrastruktur ist notwendig, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz erreichen können. Insbesondere vor dem Hintergrund der immer stärker zunehmenden Belastungen durch den Verkehr im Allgemeinen, soll der Nutzung des ÖPNV und des Fahrrades für den Weg zur Arbeit Priorität eingeräumt werden. Projekte wie die Regional-Tangente-West oder Nordmainische S-Bahn werden erheblich dazu beitragen, dass neue Flächen für die Erweiterung der industriellen Aktivitäten ausgewiesen werden können, da sie neue Stadtgebiete mit dem schienengebundenen ÖPNV erschließen. Daher sind Ergänzungen der aktuell bestehen S-Bahninfrastruktur für das betriebliche Mobilitätsmanagement der Unternehmen existenziell, weil sie besonders im Bereich der Blaumannarbeitsplätze oft die einzige Alternative darstellen, den Arbeitsplatz kostengünstig zu erreichen. Eine Ausweisung von zusätzlichen/neuen Gewerbeflächen im Stadtgebiet von Frankfurt am Main muss daher immer in direkten zeitlichen Einklang mit dem Anschluss der jeweiligen Gebiete an einen leistungsfähigen ÖPNV-Anschluss sowie die Schaffung entsprechender Angebote für den Radverkehr einhergehen. Mit Blick auf die steigende Attraktivität und Akzeptanz des Fahrrades als Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit ist bei den Unternehmen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass entsprechende Stellplätze auf dem Firmengelände werden und das Fahrrad Bestandteil des betrieblichen Mobilitätsmanagements wird. Aus planerischer Sicht müssen Maßnahmen wie „Bike&Ride-Anlagen“ oder Radschnellwege in den kommunalen Infrastrukturausbau einfließen.

Der Ansatz der Stadt Frankfurt am Main, das Mobilitätsmanagement als Bestandteil der Stadtplanung zukünftig bereits in der Planungsphase von Unternehmensansiedlungen oder bei der Ausweisung neuer gewerblich genutzter Areale als Steuerungsinstrument der betrieblichen Mobilitätsströme einzusetzen, ist ein effizienter und nachhaltiger Ansatz. Dieser Ansatz sollte daher auch bei allen künftigen Expansions- und Ansiedlungsvorhaben als fester Planungsbestandteil eingesetzt werden. Das betriebliche Mobilitätsmanagement bietet für bereits ansässige Industriebetriebe hohe Potentiale, auf aktuell bestehende Defizite wie z.B. den Mangel an Mitarbeiterparkplätzen oder die geringe Nutzung des ÖPNV/Fahrrads durch die Mitarbeiter, zu reagieren und in diesem Bereich Kosteneinsparungspotentiale in den Betrieben zu generieren. Außerdem tragen solche Maßnahmen im erheblichen Grad zur Zufriedenheit der Mitarbeiter mit ihrem Arbeitgeber bei.

Arbeitsgruppe Logistik

3. MASSNAHMEN

3.1. INITIIERUNG SYNCHROMODALER PILOTPROJEKTE ZUR VERLAGERUNG AUF BINNENSCHIFFBASIERTE TRANSPORTKETTEN

Die Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf das Wasser bietet große Potenziale, Transporte sowohl effizienter als auch nachhaltiger abzubilden. Die Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main mit ihrer Lage am Main und den großen Häfen im Frankfurter Osten als auch in Hanau verfügt damit über exzellente Voraussetzungen, Güterverkehre von und in die Stadt verstärkt per Schiff abzubilden. Teile der Industriebetriebe in der Region könnten für den Transport ihrer Produkte somit das Schiff sinnvoll nutzen, da diese Erzeugnisse in vielen Fällen über Seehäfen global verschifft bzw. zu den Betrieben in den Städten angeliefert werden. Daher sollen zunächst in Frankfurt am Main Pilotprojekte initiiert werden, die eine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Wasserstraße fördern. Im Rahmen eines ersten Forschungsprojektes, welches durch die HOLM-Richtlinie im Rahmen der Hessischen Innovationförderung im Jahre 2014 unterstützt wurde, konnten große Potenziale an Warenströmen zwischen Frankfurt am Main und den ARA-Häfen (Sammelbezeichnung für die Häfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam) identifiziert werden, die eine Verkehrsverlagerung auf das Schiff möglich machen. Allerdings zeigten die Ergebnisse der Studie auch unterschiedliche Hemmnisse bei den Unternehmen auf und dass nicht alle Güter vom Lkw auf das Binnenschiff sinnvoll verlagerbar sind. Aus diesem Grund sollen über ein Folgeprojekt die vom Lkw auf das Binnenschiff verlagerbaren Güter, deren Mengen sowie die in der Vorstudie identifizierten Unternehmen eingebunden werden, um mit den Häfen Frankfurt und Rotterdam konkrete Verladepotenziale zu ermitteln und entsprechende Maßnahmen zu pilotieren. Durch die Verlagerung vom Lkw auf das Binnenschiff sollen erzielbare Beiträge zur Verringerung der Umweltbelastungen, des Energieverbrauchs und der Kosten mittels einer transportkettenspezifischen Kennzahlenbewertung aufgezeigt werden.

3.2. NUTZUNG VON ALTERNATIVEN ANTRIEBEN IM INNERSTÄDTISCHEN GÜTERTRANSPORT

Vorgaben der Europäischen Union, des Landes Hessen oder die Klimaschutzziele der Stadt Frankfurt am Main werden für den Gütertransport und die Wirtschaftsverkehre dazu führen, dass die Wirtschaftsverkehre in den Städten in den kommenden Jahren so umgestellt werden müssen, dass sie (teilweise) emissionsfrei abgewickelt werden können. Im Weißbuch der EU für den Bereich Verkehr wird als Zieldatum für einen emissionsfreien Verkehr das Jahr 2030 empfohlen. Im Rückschluss bedeutet das für das Transportgewerbe, dass binnen der nächsten 15 Jahre neue Antriebstechnologien eingeführt werden müssen, die bis dato im Markt nicht verfügbar sind und über die bisher auch nur geringe Piloterfahrungen vorliegen. Um die Frankfurter Transportwirtschaft bei der Einführung dieser Technologien zu unterstützen, sollen unterschiedliche Projektkonsortien aus öffentlicher Verwaltung, dem Transportgewerbe und Industriebetrieben gegründet werden, welche in Pilotvorhaben die Anwendung urbaner emissionsfreier Logistikverkehre testen. Neben dem Einsatz entsprechender Fahrzeuge ist dabei auch die notwendige Infrastruktur für die Betankung dieser Fahrzeuge zu errichten. Dies gilt für alle bisher am Markt verfügbaren (pilotierten) alternativen Antriebsformen wie den batterieelektrischen Antrieb, die Brennstoffzellentechnologie oder LNG (Liquid Natural Gas), da die dafür benötigte Betankungsinfrastruktur derzeit noch hohe Investitionskosten nach sich zieht. Zur Finanzierung der Pilotprojekte sollen Bundes- oder EU-Mittel hinzugezogen werden.

3.3. LKW-LOTSE ALS MOBILTELEFON APP

Der LKW-Lotse ist ein internetbasierter Routenplaner für LKW und unter www.lkw-lotse.de kostenlos nutzbar. Der LKW-Lotse wurde von der IVM (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) entwickelt und veröffentlicht. Er berücksichtigt beim Routing von Güterverkehren neben den relevanten LKW-Beschränkungen auch ein LKW-Empfehlungsnetz, auf dem in der Regel mit LKW behinderungsfrei gefahren werden kann und das die verträgliche Abwicklung der Verkehre ermöglicht.

Im Alltag verlassen sich viele LKW-Fahrer immer noch auf die kostengünstigeren PKW-Navigationsgeräte und sehen sich daher oft mit Durchfahrtsverboten, Gewichtsbeschränkungen und engen Gassen konfrontiert. Dies führt dann häufig zu verkehrsbehindernden und gefährlichen Wendemanövern oder unnötigen Schwerverkehren in verkehrsberuhigten Zonen.

Der LKW-Lotse ermöglicht eine „echte“ kostenlose LKW-Navigation, die bereits praktisch nutzbar ist. So können zum Beispiel „Disponenten in Fahraufträgen sichere und verträgliche Routen vorgeben, die mithilfe des LKW-Lotsen generiert werden. Zudem kann die digitale Karte wie die andernorts verfügbaren LKW-Stadtpläne genutzt werden, mit dem Vorteil, dass der LKW-Lotse Sie auch über die Stadtgrenzen hinaus durch die gesamte Region Frankfurt-Rhein-Main leitet.

Die Arbeitsgruppe Logistik hält die intensivere Nutzung des Lotsen bei versendenden Unternehmen und Speditionen für sehr sinnvoll, da das Systems die effiziente Nutzung des Frankfurter Straßenraums im Güterverkehr ermöglicht. Damit zukünftig noch mehr LKW-Fahrer das System nutzen, soll zur weiteren Verbreitung eine App entwickelt werden, mit der LKW-Fahrer den Lotsen auf ihrem Handy nutzen können. In diesem Zusammenhang sollten auch Möglichkeiten überprüft werden, wie an neuralgischen Verkehrsknoten oder Einfallsstraßen auf das System hingewiesen werden kann.

Arbeitsgruppenteilnehmer:

Ansgar Roese – Leiter Kompetenzzentrum Logistik & Mobilität – Wirtschaftsförderung Frankfurt

Axel Fleischer – Leiter Referat Mobilitäts- und Verkehrsplanung – Stadt Frankfurt am Main

Ernst Kleinwächter – Bereichsleiter Mobilität – Regionalverband FrankfurtRheinMain

Dr. Christian Langhagen-Rohrbach – Referatsleiter Mobilität, Logistik & Binnenschifffahrt – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Bianca Martin – Abteilungsleiterin Inhalte & Projekte – House of Logistics and Mobility (HOLM) GmbH

Kai-Uwe Tebbe – Geschäftsbereichsleiter Chemielogistik BD – Infraserv Logistics GmbH

Dr. Alexander Theiss – Geschäftsführer Standortpolitik – IHK Frankfurt am Main

Michael Werm – Verkaufsleiter – Dachser GmbH & CO. KG Frankfurt – Rhein-Main

WERKSTATT-BERICHT

ARBEITSGRUPPE ATTRAKTIVITÄT DES INDUSTRIEPLATZES:

KOMMUNIKATION UND POSITIONIERUNG

INHALT

1. AUSGANGSSITUATION 33

2. BEITRAG EINES POSITIVEN INDUSTRIEBILDES ZUR ENTWICKLUNG DES INDUSTRIESTANDORTES / ZIELE 33

3. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN 33
3.1. Schaffung einer Koordinierungsstelle Industrieplatz Frankfurt 34
3.2. Kommunikationsplattform als Dach aller industrieplatzbezogenen Kommunikationsmaßnahmen 34
3.2.1. Dachmarke mit auswechselbarem Partnerlogo 35
3.2.2. Internetportal als Dachplattform für beteiligte Partner 35
3.3. Entwicklung und Durchführung neuer, zielgruppenspezifischer Maßnahmen 35

ANHANG A: Wofür steht der Industriestandort Frankfurt? Der Markenkern 36

ANHANG B: Entwurf Beteiligungsmöglichkeiten für Unternehmen an einer Imageplattform für den Industrieplatz 40

ANHANG C: Zielgruppenspezifische Maßnahmen
C1. Zielgruppe Industrie: das Finden von Unterstützern 40
C2. Zielgruppe Presse 40
C3. Zielgruppe Öffentliche Hand 41
C4. Zielgruppe Arbeitnehmer 41
C5. Zielgruppe Bürger 41
C6. Zielgruppe Nachwuchs 41

ANHANG D: AG-Mitglieder 42

1. AUSGANGSSITUATION

Die Industriestudie Frankfurt am Main 2013 hat gezeigt, dass die Industrieunternehmen den Bereich der Kommunikation des Industriestandortes als eines der wichtigsten Handlungsfelder ansehen. In der begleitenden Umfrage zur Studie wurden die „fehlende Akzeptanz der Industrieunternehmen seitens der Stadtgesellschaft“ sowie die „mangelnde Wertschätzung der Politik für die Industrie“ kritisiert und demnach folgerichtig ein besonders hoher Handlungsbedarf gesehen.

Die Stadt Frankfurt hat zwar eine besonders gute Reputation als Wirtschaftsstandort, nicht jedoch als Industriestadt.

Die befragten Unternehmer vermissen laut Industriestudie insbesondere

- Eine positive und mediale Aufmerksamkeit
- Einen formal abgesicherten höheren Stellenwert der Industrie auf der politischen Agenda und in der Stadtplanung
- Einen festen Platz für das verarbeitende Gewerbe im Selbstbild der Stadt Frankfurt.

Trotz dieser von den Unternehmen geäußerten Wahrnehmung gibt es in Frankfurt und FrankfurtRheinMain bereits heute eine Vielzahl von Kommunikationsmaßnahmen für oder von der Industrie (siehe Tabelle im Anhang). Die Steigerung der Attraktivität des Industrieplatzes beginnt also mitnichten bei null. Vielmehr ist es die Aufgabe, die vielen bestehenden Aktivitäten besser zu koordinieren und damit gemeinsam schlagkräftiger zu machen. Die Akteure, die sich seit Jahren engagieren und teilweise äußerst erfolgreiche Formate auf den Weg gebracht haben, müssen mit eingebunden und weiterhin motiviert werden.

2. BEITRAG EINES POSITIVEN INDUSTRIEBILDES ZUR ENTWICKLUNG DES INDUSTRIESTANDORTES / ZIELE

Eine Steigerung des Industriebildes in der Stadt Frankfurt hat Auswirkungen auf nahezu alle Themenbereiche und Arbeitsgruppen, die im Rahmen des Masterplans Industrie bearbeitet werden. Beispielhaft seien hier nur einige Ziele genannt, die damit verbunden sind:

- Wahrnehmung als Industriestadt hilft bei der Ansiedlung neuer Unternehmen oder neuer Aufgabenbereiche innerhalb von ansässigen Konzernstandorten
- Stärkere Positionierung der Industriebetriebe bei der Suche nach Fachkräften und Auszubildenden auch in der Konkurrenz mit ansässigen Dienstleistungsbetrieben
- Größere Akzeptanz von benachbarter Wohnbevölkerung bei der Verlagerung und Erweiterung von Produktionsbetrieben, der Genehmigung von Neuanlagen oder temporären Bauarbeiten
- Größere Akzeptanz bei herannahender Wohnbevölkerung

3. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Arbeitsgruppen sollen jeweils etwa 3 Handlungsempfehlungen abgeben, die zur Verbesserung der Situation im jeweiligen Handlungsfeld beitragen.

Die Arbeitsgruppe fünf spricht 3 Handlungsempfehlungen aus:

1. Schaffung Koordinierungsstelle Industrieplatz Frankfurt
2. Kommunikationsplattform als Dach aller industrieplatzbezogenen Kommunikationsmaßnahmen
    a. Gewinnen von Unterstützern
    b. Gemeinsame Dachmarke / Logo
    c. Internetplattform
3. Entwicklung und Durchführung neuer zielgruppenspezifischer Maßnahmen

3.1. SCHAFFUNG EINER KOORDINIERUNGSSTELLE INDUSTRIEPLATZ FRANKFURT

Bei der Wirtschaftsförderung wird ein „Kompetenzzentrum Industrie“ eingerichtet. Dieses Zentrum fungiert als Ansprechpartner und Koordinator der industriepolitischen Aktivitäten der Stadt Frankfurt. Es ist sichtbares Zeichen der Wertschätzung, die die Stadt dem produzierenden Gewerbe entgegen bringt.

Die Aktivitäten im Bereich Kommunikation aber auch in den Bereichen der anderen Arbeitsgruppen müssen koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Hierfür werden erhebliche personelle Kapazitäten benötigt. Es gilt Unterstützer in der Stadt zu werben und auch Finanzmittel bei Sponsoren einzutreiben.

Daher muss das Kompetenzzentrum Industrie bei der Wirtschaftsförderung personell verstärkt werden um die Funktion einer Koordinierungsstelle wahrnehmen zu können.

Die Wirtschaftsförderung soll beauftragt werden, ein Konzept für eine solche Koordinierungsstelle auszuarbeiten.

3.2. KOMMUNIKATIONSPLATTFORM ALS DACH ALLER INDUSTRIEPLATZ-BEZOGENEN KOMMUNIKATIONS-MASSNAHMEN

Die Arbeitsgruppe schlägt die Schaffung einer Kommunikationsplattform vor, die die bestehenden und evtl. neue Kommunikationsmaßnahmen zum Industriestandort umfasst.

Unter der Kommunikationsplattform wird sowohl eine abgestimmte Vorgehensweise aller beteiligten Akteure als auch ein abgestimmtes Erscheinungsbild verstanden (Dachmarke).

Die Koordinierungsstelle Industrieplatz Frankfurt soll die Federführung der Kommunikationsplattform übernehmen.

Die Kommunikationsplattform sollte mit folgenden langfristigen Zielen ausgearbeitet werden:

- Image-Verbesserung der Industrie in Frankfurt
- Kommunikation darüber, dass Frankfurt ein guter Industrie-Standort für gute Arbeit ist (wertvolle und gute Industrie-Arbeitsplätze)
- Vertrauen und Wertschätzung erzeugen
- Frankfurt als Industriestandort etablieren
- Industrie als Motor des Wohlstands in der Stadt (Industrie ist Hauptgewerbesteuerzahler und Auftraggeber für ansässige Dienstleistungsunternehmen)

Folgende **Zielgruppen** sollen angesprochen werden:

- Bürger (Nachbarn)
- Öffentliche Hand (Verwaltung, Politik, Justiz)
- Wirtschaft (Industrie, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Abnehmer und Zulieferer)
- Presse
- Nachwuchs (Lehrer, Schüler, Studenten, Eltern, Fachkräfte)

Um die Ziele nachhaltig zu erreichen, sollen alle Maßnahmen möglichst **dialogorientiert** sein. Eine ehrliche Kommunikation greift auch Probleme und Herausforderungen des Industrieplatzes auf. Das Konzept soll sich also nicht auf klassische PR-Arbeit und Werbemedien beschränken, sondern seinen Schwerpunkt im Bereich Dialog mit der Bevölkerung und den angedachten Zielgruppen haben. Nur ein ausgeprägter Dialog kann nach Ansicht der AG-Teilnehmer zu einer Verankerung des Themas Industrie vor Ort führen.

Alle Maßnahmen und Kommunikationsinhalte sollen die Ziele und Argumente der Initiative Industrieplatz Hessen berücksichtigen. Die Botschaften sollten sich also nicht widersprechen sondern sollen sich gegenseitig stützen und verstärken.

Voraussetzung zur Erreichung der Ziele:
Nur wenn sich viele beteiligen und viele an einem Strang ziehen, können die Ziele erreicht werden. Die Durchführung der Maßnahmen erfordert die Bereitschaft von vielen Unternehmen und Institutionen sich durch Wort und Tat zu beteiligen und kostet Zeit und Geld.

Ein Grundkonzept zu einem möglichen Beteiligungsmodell findet sich im Anhang.

3.2.1. DACHMARKE MIT AUSWECHSELBAREM PARTNERLOGO

Neue und die zahlreichen bereits bestehenden Kommunikationsmaßnahmen der beteiligten Akteure sollen unter einer Dachmarke, einem Logo gebündelt werden.

Die Dachmarke soll für alle Maßnahmen im Rahmen des Masterplanprozesses sowie für alle Kommunikationsmaßnahmen der beteiligten Partner verwendet werden.

Die Dachmarke soll auch kombinierbar sein mit den Designs von Frankfurter Unternehmen und insbesondere KMU sowie verschiedenen Institutionen. Ziel ist es hierbei, den Unternehmen die Möglichkeit der Eigenwerbung mit dem Bekennen zum Standort zu ermöglichen.

3.2.2. INTERNETPORTAL ALS DACHPLATTFORM FÜR BETEILIGTE PARTNER

Die Webseite soll 4 Funktionen erfüllen:

a) **Gesicht geben, Image vermitteln, Informationen zum Industrieplatz bereitstellen**
Texte und Materialien bereitstellen
b) **Dialogplattform mit den Zielgruppen sein (nach außen)**
z.B. durch Kommentarfunktion, Fragefunktionen etc.
c) **Dialogplattform zu den Partnern / Unternehmen sein (nach innen)**
Zugangsbeschränkter Bereich, Protokolle und Hintergrundinfos zur Branche, zur Kampagne und zum Masterplanprozess bereitstellen
d) **Serviceleistungen für Partner bieten**
z.B. die Serviceleistung Nachrichten aus den Unternehmen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, Serviceleistung Einladungsvorlage, etc.

3.3. ENTWICKLUNG UND DURCHFÜHRUNG NEUER, ZIELGRUPPENSPEZIFISCHER MASSNAHMEN

Da die definierten Zielgruppen sehr unterschiedlich sind, sowohl was den Informationsbedarf als auch was die benötigte Ansprache betrifft, sollen neue, zusätzliche Kommunikationsmaßnahmen zielgruppenspezifisch entwickelt werden.

Einige Zielgruppen sind einfacher anzusprechen als andere, einige sind mengenmäßig größer, andere kleiner. Daher kann die Ansprache nicht gleichzeitig über alle Zielgruppen erfolgen. Für alle Zielgruppen existieren bereits vielfache Kommunikationsmaßnahmen verschiedener Akteure. Diese sollen weitergeführt werden, die Ansprache erfolgt daher weder gleichzeitig mit gleicher Intensität über alle Zielgruppen noch streng hintereinander in Phasen unterteilt.

Die Entwicklung der zielgruppenspezifischen Maßnahmen erfolgt in Abhängigkeit vom personellen und finanziellen Budget. Einige Ideen hierzu finden sich in Anhang C.

ANHANG A:
WOFÜR STEHT DER INDUSTRIESTANDORT FRANKFURT? DER MARKENKERN

Wofür steht der Industriestandort Frankfurt am Main? Was ist das Besondere an diesem Industriestandort? Können wir die Botschaft der Marke Industrie in Frankfurt mit einem oder wenigen Worten beschreiben?

Diese Frage wurde in der Sitzung des Beirates Industrie am 30.09.2014 diskutiert. Dabei wurden folgende Arbeitsschritte durchgeführt:

Schritt 1: Sammlung von möglichen Markenwerten

Zunächst werden mögliche Markenwerte in einem Brainstorming gesammelt. Diese wurden dann verdichtet, so dass 6 Werte definiert wurden, die den Industrieplatz Frankfurt am Main kennzeichnen:

Wofür steht der Industriestandort Frankfurt am Main?

(1) Top-Arbeitgeber/ -Arbeitnehmer/ -Ausbilder / Arbeit für alle
Die Industrie bietet attraktive, gut bezahlte Arbeitsplätze in Frankfurt an. Sie bietet auch sog. „Blaumann-arbeitsplätze“ und Arbeitsplätze, die für nicht-Akademiker geeignet sind.

Der Standort Frankfurt bietet den Unternehmen wiederum eine Vielzahl an sehr gut qualifizierten Fachkräften (z.B. aufgrund der vielen Hochschulen, der Vielzahl dualer Ausbildungsmöglichkeiten und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie des großen Einzugsbereichs der Stadt).

(2) Innovation / F+E und Produktion auf engstem Raum / Neue Industrie
In Frankfurt am Main finden Innovationen/ Forschung und Entwicklung und Produktion auf engstem Raum statt. Frankfurt ist Vorreiter im Bereich der neuen, innovativen Industrie.

(3) Erstklassige Infrastruktur (Industrieparks, Breitband, Verkehr)
Frankfurt hat eine erstklassige Verkehrsanbindung, ist Internethauptstadt. Die Industrieparks bieten für die Industrie eine einzigartige Infrastruktur.

(4) Enge Vernetzung Industrie und Dienstleistungen am Standort, breite Branchenstruktur
Industrie und Dienstleistung sind in Frankfurt aufs engste miteinander verwoben. Die Stadt ist branchenmäßig sehr breit aufgestellt, was ihre Stabilität befördert.

(5) Wohlstandsbringer und Zukunftsgarant
Die Industrie bringt Wohlstand für die Stadt und die Region (in Form von Gewerbesteuer, als Arbeitgeber, als Auftraggeber für Dienstleistungsbetriebe). Sie garantiert damit die Zukunft des Standortes.

Gleichzeitig entwickelt und produziert sie die Produkte der Zukunft.

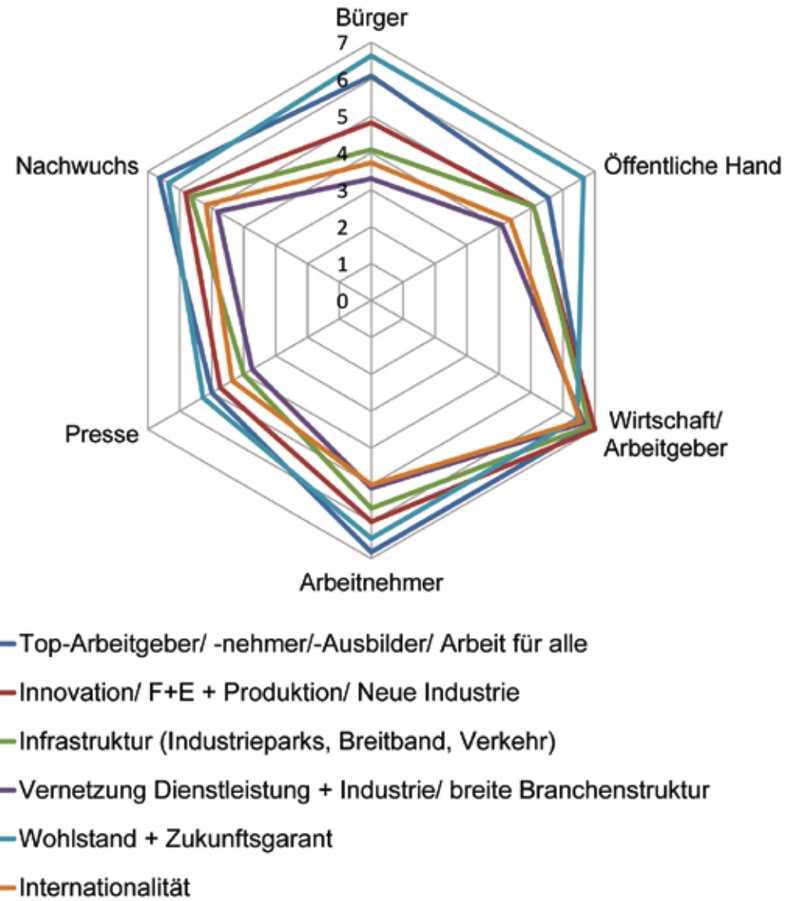
(6) Internationalität
Die Industrie in Frankfurt hat Geschäftsbeziehungen in die ganze Welt und ist mit dieser eng verbunden. Gleichzeitig finden sich Firmen und Personen aus der gesamten Welt in Frankfurt.

Schritt 2: Zielgruppenrelevanz

Für jede der 5 Zielgruppen wurden die gesammelten Markenwerte von jedem Beiratsmitglied nach Relevanz eingeordnet (Bewertung auf einer Skala von 1 = nicht relevant bis 7 = sehr relevant).

Arbeitsgruppe Attraktivität des Industrieplatzes: Kommunikation und Positionierung

Wie relevant sind die Markenwerte für die unterschiedlichen Zielgruppen?



Lesebeispiel: Für die Zielgruppe Bürger ist das Thema "Wohlstand + Zukunftsgarant" das wichtigste, gefolgt von "Top-Arbeitgeber/ -nehmer/-Ausbilder/ Arbeit für alle".

	Bürger	Öffentliche Hand	Wirtschaft/ Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Presse	Nachwuchs
Top-Arbeitgeber/ -nehmer/- Ausbilder/ Arbeit für alle	6,09	5,55	6,82	6,82	5,00	6,64
Innovation/ F+E + Produktion/ Neue Industrie	4,82	5,09	7,00	6,00	4,73	5,82
Infrastruktur (Industrieparks, Breitband, Verkehr)	4,09	5,09	6,82	5,64	4,00	5,64
Vernetzung Dienstleistung + Industrie/ breite Branchenstruktur	3,30	4,09	6,64	5,09	3,73	4,82
Wohlstand + Zukunftsgarant	6,64	6,64	6,45	6,45	5,27	6,36
Internationalität	3,73	4,36	6,55	5,00	4,36	5,18

Diese Werte geben einen Anhaltspunkt, bei welchen Kommunikationsmaßnahmen welche Botschaften besonders in den Vordergrund gerückt werden müssen. So soll z.B. bei Veranstaltungen mit der Bevölkerung der Aspekt der Vernetzung des Industriestandortes eine eher nachgeordnete Rolle spielen.

Schritt 3: Glaubwürdigkeit

Die Mitglieder des Beirates Industrie bewerteten die Markenwerte danach in einer Gruppendiskussion noch anhand ihrer Glaubwürdigkeit.

Die Fragen, die dabei im Vordergrund standen, waren:

„Welche Markenwerte können wir glaubhaft kommunizieren?“

„Welche unterscheiden uns von den relevanten Wettbewerbern?“

Die Bewertung nach folgendem Schema statt:
+++ = sehr glaubwürdig
++ = mittel
+ = weniger glaubwürdig

Bewertung:

- Top-Arbeitgeber/ -nehmer/-Ausbilder/ Arbeit für alle: ++
- Innovation/ F+E + Produktion/ Neue Industrie: +++
- Infrastruktur (Industrieparks, Breitband, Verkehr): +++
- Vernetzung Dienstleistung + Industrie/ breite Branchenstruktur: ++
- Wohlstand + Zukunftsgarant: nicht bewertet
- Internationalität: +++

ANHANG B:

ENTWURF BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR UNTERNEHMEN AN EINER IMAGEPLATTFORM FÜR DEN INDUSTRIEPLATZ

Eine Systematik zur Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten für Unternehmen und Organisationen könnte wie folgt aussehen:

Die bestehenden Formate sollten fortgeführt werden (siehe Tabelle).

(a) Unterstützung:

- Kostenfrei
- Sich zur Kampagne und den Zielen bekennen
- Namensnennung und Verlinkung auf Webseite bei gleichzeitiger Verlinkung auf Firmenhomepage
- Als Unterstützer genannt werden und als Testimonial, Podiumsteilnehmer etc. zur Verfügung stehen

(b) Partnerschaft
Wie Unterstützung und zusätzlich:

- Mit Logo auf Homepage
- Aufkleber
- Roll-up, um es im eigenen Unternehmen aufzustellen

(c) Sponsoring einzelne Aktion/ Veranstaltung
Wie Partnerschaft und zusätzlich:

- Exklusivdarstellung als Premiumpartner im Rahmen einer Aktion/ Veranstaltung
- Ggf. Auftritt als Redner/ Experte
- Ggf. Einladung eigener Kontakte zur Veranstaltung
- Ggf. Einbindung in Pressegespräche

Kosten: Individuell zu vereinbaren

ANHANG C:

ZIELGRUPPENSPEZIFISCHE MASSNAHMEN

C1. ZIELGRUPPE INDUSTRIE: DAS FINDEN VON UNTERSTÜTZERN

Es sollen möglichst viele Unternehmen und Interessengruppen in der Stadt als Unterstützter der Initiative gewonnen werden und sich als solche bekennen.

Neben den Unterstützern, die möglichst niedrigschwellig gewonnen werden sollen, soll auch ein Partnermodell für die Initiative entwickelt werden, um einzelne Projekte zu finanzieren.

Mögliche Maßnahmen:

- Anschreiben durch Wirtschaftsdezernent, IHK und HWK-Präsidenten
- Ansprache durch Beiratsmitglieder und „enge Verbündete“
- Entwicklung von Unterstützungspaketen
- Verbreitung des Logos und von Verlinkungen etc.

C2. ZIELGRUPPE PRESSE

Die Lokal- und Regionalpresse ist ein wichtiger Multiplikator zu allen Zielgruppen vor Ort. Daher soll sie möglichst bald und möglichst umfassend angesprochen werden.

Die Presse hat verschiedene Interessen, die angesprochen werden sollen:

- Die Presse will Informationen/ Zugang zu aktuellen Vorgängen in Frankfurter Unternehmen
- Sie will spannende, kuriose, außergewöhnliche Geschichten zu Unternehmen oder Menschen
- Sie will Zugang zu wichtigen oder spannenden Personen der Industrie

Mögliche Maßnahmen:

Die bestehenden Formate sollten fortgeführt werden (siehe Tabelle).

Weitere Maßnahmen:

- Die 5-Minuten-Präsentation: regelmäßig präsentiert sich ein Unternehmen der Presse. Kurz und prägnant.
- Exklusive Führungen: made in Frankfurt Unternehmensführungen nur für Pressevertreter, evtl. auch exklusiv für einzelne Medien
- Vermittlung von Einzelreportagen, Exklusivstorys, Interviews z.B. „Hinter den Kulissen: Industriearbeit in Frankfurt“; ...
- Vermittlung lokaler Experten für aktuelle überregionale Themen z.B. beim Einbringen von Gesetzentwürfen in Bund und EU. Was heißt das für uns vor Ort?

C3. ZIELGRUPPE ÖFFENTLICHE HAND

Mögliche Maßnahmen:

Die bestehenden Formate sollten fortgeführt werden (siehe Tabelle).

Weitere Maßnahmen:

- Industriegespräch 1x pro Jahr mit mehreren Dezernenten der Stadt und OB
- Einladungen an Fraktionen und Wirtschaftsausschuss aus Stadt und Land zu einzelnen Unternehmen
- Kurzpräsentation von einzelnen Unternehmen in Fraktionen und Ausschüssen

C4. ZIELGRUPPE ARBEITNEHMER

Mögliche Maßnahmen:

Die bestehenden Formate sollten fortgeführt werden (siehe Tabelle).

Weitere Maßnahmen:

- Informationen zum Standort auf Betriebsrats- und Gewerkschaftsversammlungen bzw. in entsprechenden Mitgliederzeitschriften und bei Tarifaktivitäten der Gewerkschaften
- Projekt „gute Arbeit“

C5. ZIELGRUPPE BÜRGER

Die besondere Herausforderung bei Maßnahmen mit der Zielgruppe Öffentlichkeit ist es, mit der Bevölkerung in einen Dialog einzusteigen, sich also nicht auf einseitige Kommunikationsmaßnahmen zu beschränken.

Die bestehenden Formate sollten fortgeführt werden (siehe Tabelle).

Weitere Maßnahmen:

- Ansprache von potenziellen Partnern:
  - Frankfurter Stadtevents: Förderung von Stadtführungen mit Industriebezug.
  - VHS Frankfurt: Betriebsbesichtigungen
  - Historisches Museum: Ausstellungsprojekt Industrie in Frankfurt
- Gewerbegebietsbezogene Tage der offenen Tür
- Benennung neuer Straßen mit Namen von in Frankfurt historisch wichtigen Industrievertretern (Anregung an die Vertreter in den Ortsbeiräten)
- Anlassbezogene Dialogforen mit der Bevölkerung, z.B. bei größeren Investitionsvorhaben/ Baumaßnahmen

C6. ZIELGRUPPE NACHWUCHS

Es wird verwiesen auf die Arbeitsgruppe „Fachkräfte“

Arbeitsgruppe Attraktivität des Industrieplatzes: Kommunikation und Positionierung

ANHANG D:
AG-MITGLIEDER

An diesem Papier und den Sitzungen der AG haben mitgewirkt:

Name	Voname	Firma
Avenarius	Friedrich	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
Bollin-Flade	Dagmar	Christian Bollin Armaturenfabrik
Dello	Katharina	Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH
Dr. Kassner	Michael	Siemens AG
Dr. Kirsch	Ulrich	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
Dr. Riess	Christof	Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
Erhard	Michael	IG Metall Bezirk Frankfurt
Fiedler	Harald	Deutscher Gewerkschaftsbund
Gaffal	Rüdiger	Siemens AG
Katic	Veronica	Stadt Frankfurt am Main / Presse- und Informationsamt
Lepka	Inga	Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
Müller	Michael	Infraserv Höchst
Münster	Nikolaus	Stadt Frankfurt am Main / Presse- und Informationsamt
Obermann	Anja	Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH
Oppermann	Christina	Infraserv Höchst
Osterloh	Detlev	IHK Frankfurt am Main
Steigleder	Thomas	IHK Frankfurt am Main
Prof. Utikal	Hannes	Provadis
Von Bebenburg	Sabine	KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH
Prof. Dreysse	DW	KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH

WERKSTATT-BERICHT

ARBEITSGRUPPE ARBEIT UND QUALIFIZIERUNG

MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE

Michael Erhardt, IG Metall, Verwaltungsstelle Frankfurt
Anne Friedrich, Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH
Gertrud Hirschhäuser, HESSENMETALL / Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft / VhU
Dr. Herbert Jacobs, Jugend- und Sozialamt Frankfurt am Main
Carsten Klug, Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH
Dr. Christa Larsen, IWAK Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur
Dr. Udo Lemke, Provadis Partner für Bildung und Beratung GmbH
Corinna Nachtwey, Frauenreferat Frankfurt am Main
Dr. Brigitte Scheuerle, IHK Frankfurt am Main
Bernd Sieber, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
Dr. Dieter Starke, Agentur für Arbeit Frankfurt am Main

INHALT

1. FACHKRÄFTESICHERUNG ALS ZUKUNFTSAUFGABE ZUR NACHHALTIGEN STÄRKUNG DES INDUSTRIESTANDORTS FRANKFURT AM MAIN 45

2. AUSGANGSSITUATION 46

Das Thema Fachkräftebedarf in der Frankfurter Industrie erfordert eine mehrdimensionale Betrachtungsperspektive 46

Trotz positiver demographischer Voraussetzungen werden zukünftig Herausforderungen bei der Fachkräftesicherung prognostiziert 46

Die Reichweite des industriellen Arbeitsmarktes ist regional und überregional 47

Mismatch zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage 47

Hohe Bedeutung der dualen Ausbildung für die Industrie 48

Existenz einer kaum mehr überschaubaren Vielzahl von (Weiter-)Bildungsangeboten 48

3. ZIELE 49

Duale Ausbildung in der Industrie stärken 49

Berufsberatung und Beschäftigungsförderung optimieren und transparenter gestalten 49

Arbeitskräftepotenziale qualifizieren und aktivieren 50

4. HANDLUNGSSCHWERPUNKTE UND MASSNAHMEN 52

Maßnahmenvorschlag 1: Imagekampagne „pro Industrie“ zur Stärkung der dualen Ausbildung 52

Maßnahmenvorschlag 2: Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in der Industrie 53

Maßnahmenvorschlag 3: Vernetzung der Arbeitsmarkt-Akteure und Vertiefung bestehender Lösungsansätze im Bereich der Beschäftigungsförderung 53

QUELLENVERZEICHNIS 55

ANHANG: MASSNAHMENVORSCHLÄGE IM ÜBERBLICK 56

1. FACHKRÄFTESICHERUNG ALS ZUKUNFTSAUFGABE ZUR NACHHALTIGEN STÄRKUNG DES INDUSTRIESTANDORTS FRANKFURT AM MAIN

Angesichts einer zunehmend digitalisierten und flexiblen Ökonomie erlangen Bildung und Wissen als Ressourcen für die Wirtschaft und als Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe des Einzelnen eine immer größere Bedeutung. So formuliert der aktuelle deutsche Bildungsbericht, dass „ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung [...] ein entscheidender Wettbewerbsfaktor und eine wichtige Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft“[1] ist. Lebensbegleitende Weiterbildung und Qualifizierung sind unverzichtbar für die aktuellen und zukünftigen Erfordernisse der Wissensgesellschaft und Arbeitswelt. Hinzu kommt, dass deutschlandweit auf Grund der demografischen Entwicklung eine deutliche Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials prognostiziert wird. Ohne eine aktive Gegensteuerung fehlen damit künftig jene Fachkräfte als Motor für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Deshalb ist die sichere Versorgung der Wirtschaft mit qualifizierten Fachkräften eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Der Strukturwandel in der Industrie hin zu immer komplexeren, hochtechnologischen und wissensintensiven Produktionsabläufen sowie die aktuellen Diskussionen um die Auswirkungen des demographischen Wandels und die Verschiebung früher Schulabgänge zu Gunsten weiterführender Bildungsabschlüsse führen auch hier zu tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt. Damit gewinnt der Zusammenhang von Arbeit und Qualifizierung ebenfalls zunehmend an Bedeutung.

Auch der Industriestandort Frankfurt am Main ist mit diesem ständigen Wandel seiner Rahmenbedingungen konfrontiert, die ihn immer wieder vor neue Herausforderungen stellen. Will sich Frankfurt am Main auch langfristig als innovatives Industrie-Zentrum behaupten, sind die Unternehmen und Handwerksbetriebe des produzierenden Gewerbes auf eine ausreichende Zahl qualifizierter Mitarbeiter angewiesen. Um die ansässigen Betriebe in diesem Aspekt der Planungssicherheit zu unterstützen und damit den Industriestandort Frankfurt zu sichern, kommt dem industriepolitischen Handlungsfeld „Arbeit und Qualifizierung“ ein zentraler Stellenwert zu. Dies bestätigen ebenfalls die Ergebnisse der Industriestudie Frankfurt am Main.[2]

Aus den vorgenannten Gründen befasste sich die Arbeitsgruppe „Arbeit und Qualifizierung“ des Masterplans Industrie konkret mit den Rahmenbedingungen und Perspektiven der Fachkräftesicherung am Industriestandort Frankfurt am Main. In sieben Sitzungen haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe das Handlungsfeld durchleuchtet. Aus der Analyse der Situation auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt sowie des Bildungsangebotes und berufsorientierter Fördermöglichkeiten werden industriepolitische Ziele und schließlich konkrete Maßnahmen abgeleitet. Diese sollen die Zukunftschancen der Bevölkerung verbessern sowie zu einer Sicherung von Fachkräften für die Industrieunternehmen und damit ihrer Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

1 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 40
2 vgl. Lindner, P. u.a. 2014

2. AUSGANGSSITUATION

Die Darstellung der Ausgangssituation zum Thema „Arbeit und Qualifizierung“ in Frankfurt am Main stützt sich auf intensive Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe. Dabei waren die Expertise der AG-Mitglieder und die Erfahrungen aus den Zuständigkeiten in ihrer jeweiligen Organisation von wesentlicher Bedeutung. Des Weiteren beziehen sich die als relevant betrachteten Sachverhalte auf die Ergebnisse der Industriestudie für Frankfurt am Main sowie auf verfügbare Untersuchungen, Statistiken und Berichte zur Thematik der Fachkräftesicherung und den örtlichen Qualifikationsangeboten. Das Thema Arbeit und Qualifizierung hat eine branchenübergreifende Reichweite, die nicht auf Frankfurts administrative Grenze beschränkt werden kann. Dennoch wurde der Fokus der Analyse auf den Industriestandort Frankfurt am Main gerichtet.

Das Thema Fachkräftebedarf in der Frankfurter Industrie erfordert eine mehrdimensionale Betrachtungsperspektive

Der in Deutschland von unterschiedlichen Forschungsinstituten prognostizierte und von einer wachsenden Anzahl von Unternehmen in einzelnen Branchen und Regionen beklagte Fachkräftemangel lässt sich auf Grund der Datenlage für Frankfurt am Main und insbesondere für die Industrie derzeit noch nicht flächendeckend und branchenübergreifend eindeutig belegen. Deshalb ist es notwendig, das Thema in seiner mittel- bis langfristigen Perspektive zu betrachten und Maßnahmen daraufhin auszurichten.

Auch innerhalb der Arbeitsgruppe wurden Existenz und Ausprägung des Fachkräftebedarfs unterschiedlich eingeschätzt. Dabei wurde deutlich, dass für den industriellen Sektor eine differenzierte Betrachtung nach Unternehmensgrößenklassen notwendig ist. So haben große Betriebe im Vergleich zu kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) trotz Rückgang der Bewerberzahl i.d.R. weniger Schwierigkeiten ausreichend Fachkräfte und Nachwuchs zu finden. KMU stehen in direkter Konkurrenz zu Großunternehmen, die aufgrund ihres Images, langfristig angelegter Personalstrategien und spezifischer Anreizsysteme (z.B. Lohnniveau, Übernahmegarantien oder Weiterbildungsangebote) Vorteile bei der Personalrekrutierung und -gewinnung haben.

Bei der Suche nach Lehrstellenbewerbern stehen die Frankfurter Industrieunternehmen ebenfalls in Konkurrenz zu Unternehmen der Finanz- und Versicherungsbranche. Die Frankfurter Industrie scheint nicht ausreichend als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden, was die Anwerbung von Fachkräften zusätzlich erschwert.

Auch die in der Industriestudie befragten Unternehmen sehen für Frankfurt am Main hohen Handlungsbedarf im Zusammenhang mit dem Angebot an Facharbeitern und Auszubildenden. Um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und auch halten zu können, spielen neben der unmittelbaren Attraktivität des Arbeitsplatzes auch Faktoren im Bereich des Wohn-, Lebens- und Arbeitsplatzumfeldes eine wichtige Rolle. Dazu zählen u.a. die Versorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum und Kindertagesstätten in Betriebsnähe, die ÖPNV-Anbindung des Arbeitsplatzes oder ein stärkeres Image von Frankfurt als Industriestandort.

Trotz positiver demographischer Voraussetzungen werden zukünftig Herausforderungen bei der Fachkräftesicherung prognostiziert

Der demographische Wandel macht auch vor Frankfurt am Main nicht Halt: das bedeutet, mittel- bis langfristig wird die Bevölkerung „weniger, älter und bunter“. Derzeit jedoch ist die Stadt durch ein anhaltendes Bevölkerungswachstum geprägt, das sich auch in den nächsten Jahren noch weiter fortsetzt. Somit wird der Bevölkerungsrückgang in Frankfurt am Main im Vergleich zu anderen deutschen Städten und Regionen quantitativ zunächst nicht spürbar sein.

Frankfurt am Main ist für seine Multikulturalität bekannt, die erheblich zur Attraktivität der Stadt für ihre Bürger sowie in- und ausländische Unternehmen beiträgt. Es ist zu erwarten, dass Frankfurt am Main auch in Zukunft noch „bunter“ wird. Für den Arbeitsmarkt bietet die steigende Zuwanderung aus dem Ausland, auch durch Asylsuchende, aus Sicht der Arbeitsgruppe zunehmend Möglichkeiten zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Diese genannten positiven demographischen Voraussetzungen legen die Vermutung nahe, dass der generell erwartete Fachkräftemangel in Frankfurt am Main weniger stark ausgeprägt sein wird. Dennoch zeichnen sich im Rahmen verschiedener Fachkräftemonitorings[3] für die nahe Zukunft deutliche Engpässe bei der Verfügbarkeit von Industrie-Facharbeitern in Frankfurt am Main ab. Bis zum Jahr 2030 werden sich diese danach deutlich erhöhen. So führt das Ausscheiden älterer Arbeitnehmer in der Industrie bereits in naher Zukunft zu einer höheren Nachfrage nach Fachkräften (Ersatzbedarf). Dies unterstreicht die Bedeutung einer rechtzeitigen Auseinandersetzung mit der Nachwuchsförderung und nachhaltigen Fachkräftesicherung für die Industrie.

3 u.a IWAK Frankfurt 2014; IHK Frankfurt am Main 2014

Die Reichweite des industriellen Arbeitsmarktes ist regional und überregional

Die Einpendlerquote in Frankfurt am Main liegt unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei rund 65 %[4]. Im verarbeitenden Gewerbe liegt diese Quote mit 75 %[5] deutlich darüber. Diese Beschäftigten haben also ihren Wohnort überdurchschnittlich häufig außerhalb Frankfurts. Eine stichprobenartige Erhebung innerhalb der AG[6] unterstreicht ebenfalls die größtenteils überregionalen Herkunftsgebiete (z.T. in bis zu 150 km Entfernung) der Auszubildenden. Rund 62 % davon pendeln auch noch während der Ausbildung nach Frankfurt am Main ein.[7] Unter den Auszubildenden in Frankfurter IHK-Unternehmen wohnen sogar nur etwa 20 % in der Stadt.

Gleichzeitig weist Frankfurt am Main mit 7,3 % im Vergleich zum Landesdurchschnitt (5,6 %)[8] eine erhöhte Arbeitslosenquote auf. Bei den Industriebeschäftigten ist die Arbeitslosenquote mit rund 15 %[9] sogar mehr als doppelt so hoch wie der kommunale Durchschnitt aller Branchen. Hinzu kommt, dass sich unter den Frankfurter Arbeitslosen ein hoher Anteil Geringqualifizierter, Älterer sowie Personen mit Migrationshintergrund findet. Dies zeigt, dass die Frankfurter Wohnbevölkerung eine unterdurchschnittliche Teilhabe an der ökonomischen Standortgunst besitzt.

Die aufgezeigten Sachverhalte lassen darauf schließen, dass die Frankfurter Industrieunternehmen ihre Mitarbeiter und Auszubildenden bevorzugt von außerhalb Frankfurts gewinnen. Angesichts des hochpreisigen Marktes für Wohnimmobilien kommt deshalb für viele von ihnen das Wohnen in der Stadt nicht in Frage. Hinzu kommt, dass für die Unterbringung minderjähriger Auszubildender eine Betreuungspflicht besteht und gleichzeitig außer dem Kolping-Haus kein Wohnheim für Auszubildende mit einem Betreuungsangebot existiert. Auch die Industriestudie für Frankfurt am Main macht deutlich, dass die befragten Unternehmen die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum gleichbedeutend mit einem ausreichenden Angebot an Auszubildenden und Facharbeitern und als Voraussetzung zur Fachkräftesicherung am Standort sehen.

Mismatch zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage

Wie bereits erwähnt, sind die Einschätzungen darüber, ob in Frankfurt am Main in einigen Industrie-Branchen bereits ein Fachkräftemangel besteht oder in naher Zukunft zu erwarten sein wird, z.T. voneinander abweichend. Offensichtlich scheinen jedoch viele Arbeitgeber und Arbeitssuchende nicht den Weg zueinander zu finden.

So bestehen in Frankfurt am Main, wie oben beschrieben, eine erhöhte Arbeitslosigkeit und immer mehr Jugendliche befinden sich im Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf. Gleichzeitig beklagen Unternehmen, nicht ausreichend Fachkräfte und Auszubildende zu finden, haben teilweise sogar unbesetzte Stellen.[10] Die beschriebene Problematik betrifft vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Die Gründe dafür werden sowohl quantitativ mit einem Rückgang der Bewerbungen als auch qualitativ mit einem zunehmenden Mangel an Fachkenntnissen und Engagement eingeschätzt. Besonders bei Jugendlichen beobachten Unternehmen verstärkt eine fehlende Ausbildungsreife durch Defizite im nicht-kognitiven Bereich und in der Persönlichkeitsstruktur.

Veränderungen von Berufs- und Anforderungsprofilen aufgrund von Innovationen und zunehmender Digitalisierung hin zu einer Industrie 4.0 werden diesen Trend eines Auseinanderdriftens von Angebot und Nachfrage nach geeigneten Arbeitskräften zukünftig weiter verstärken. Eine Herausforderung besteht dabei in der ständigen Abstimmung und Rückkopplung zwischen Unternehmen und dem Ausbildungsmarkt.

4 Stadt Frankfurt am Main 2014: 84 (Bezugsdatum 30.06.2014)
5 Agentur für Arbeit Frankfurt a.M. 2014 (Bezugsdatum 30.06.2014)
6 Sonderauswertungen von Provadis Partner für Bildung und Beratung GmbH, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Continental Teves AG & Co. oHG
7 Stadt Frankfurt am Main 2014: 65
8 Bundesagentur für Arbeit 2014 (Bezugsdatum Juni 2014)
9 Agentur für Arbeit Frankfurt a.M. 2014 (Bezugsdatum 30.06.2014)
10 Nach Angaben der Agentur für Arbeit haben im Jahr 2013 in Frankfurt am Main 8,6 % der Lehrstellenbewerber keinen Ausbildungsplatz erhalten, gleichzeitig gab es auf Unternehmensseite rund 6 % unbesetzte Lehrstellen (Stadt Frankfurt am Main 2014: 63).

Hohe Bedeutung der dualen Ausbildung für die Industrie

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland gilt mit seiner Kombination aus betrieblicher und schulischer Ausbildung als sehr erfolgreich und erhält zunehmend internationale Anerkennung. Insgesamt befinden sich in Frankfurt am Main derzeit ca. 20.000 Menschen in Ausbildung, davon rund 1.200 im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe). Im Jahr 2013 wurden rund 5.600 Ausbildungsverträge abgeschlossen.[11] Dementsprechend werden in der Frankfurter Industrie Auszubildende und qualifizierte Facharbeiter nachgefragt und besitzen einen hohen Stellenwert. So haben beispielsweise von den aktuell gut 20.000 Festangestellten im Industriepark Höchst rund 80 % eine duale Ausbildung absolviert.

Verschiedene Prognosemodelle sagen vorher, dass sich der Bedarf an qualifizierten Fachkräften mit einer Berufsausbildung im Zuge zunehmend innovativer Produktionsprozesse und Technisierung in der Frankfurter Industrie in den nächsten Jahren deutlich erhöhen wird. Gleichzeitig werden hier Engpässe, besonders im gewerblich-technischen Berufen, erwartet.

Dieser bundesweite Trend wird teilweise auf eine sog. „Akademisierungswelle“ zurückgeführt, denn inzwischen gibt es in Deutschland fast so viele Studien- wie Berufsanfänger. Auch Haupt- und Realschüler streben immer häufiger eine weiterführende Schulausbildung anstelle einer Berufsausbildung an. In Frankfurt am Main beginnen nach Einschätzung der Arbeitsgruppe lediglich rund ein Viertel dieser Schulabgänger eine duale Ausbildung. Die Frage nach dem Verbleib der übrigen Schulabsolventen sollte dringend geklärt werden. Nur so können die Chancen, die sich aus dieser Gruppe für die Fachkräftesicherung ergeben frühzeitig angegangen und genutzt werden.

Die Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen, das längere Verbleiben im Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf und die steigende Zahl Studierender verstärken den Rückgang Auszubildender, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dies macht deutlich, dass im Zuge der Fachkräftesicherung in der Industrie der Fokus nicht nur auf dem akademischen Bereich, sondern primär auf dem Sektor der beruflichen dualen Ausbildung liegen sollte.

Existenz einer kaum mehr überschaubaren Vielzahl von (Weiter-) Bildungsangeboten

In Frankfurt am Main gibt es ein vielfältiges Angebot an Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung. Auf kommunaler Ebene wurden im Jahr 2012 über 150 Einzelmaßnahmen verschiedener Träger mit über 18 Mio. € gefördert.[12] Zusätzlich wurden einzelne Projekte durch den Bund, das Land Hessen, den Europäischen Sozialfonds (ESF) und involvierte Betriebe mitfinanziert. Die Hauptzuständigkeit liegt dabei beim Jugend- und Sozialamt mit einem Schwerpunkt auf Zielgruppen, die bisher nicht oder nur partiell in den Erwerbsprozess eingebunden oder geringer qualifiziert sind. Eine „Übersicht der Angebote und Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsende ohne Ausbildung und Arbeit“ hat die Gesellschaft für Jugendbeschäftigung e.V. herausgegeben.[13] Maßnahmen anderer Zielgruppen sind hier nicht aufgeführt.

Im August 2013 wurde das „Gesamtkonzept Fachkräftesicherung Hessen“ durch die Landesregierung (Wirtschafts- und Sozialministerium) verabschiedet. Ziele des Konzepts sind die Mobilisierung des noch nicht ausgeschöpften inländischen Erwerbspersonen-Potenzials und eine größere Attraktivität Hessens für ausländische Fachkräfte. Dabei gibt es drei strategische Handlungsfelder: Aus- und Weiterbildung, potenzialorientierte Arbeitsmarktpolitik, Internationalisierung als Standortfaktor. Es wurde ein ressortübergreifender Katalog von ca. 180 laufenden und neu hinzugekommenen Maßnahmen aufgestellt, die bis 2018 umgesetzt werden sollen.[14]

Trotz des komplexen und umfassenden, meist zielgruppenorientierten, Angebots an (Weiterbildungs-) Maßnahmen in Frankfurt am Main existiert kein systematisches Informationsmanagement als Anlaufstelle und zur Übersicht und über die verschiedenen Träger, Einzelmaßnahmen und Ansprechpartner. Ebenso fehlt eine unabhängige Plattform zur Vernetzung der Arbeitsmarktakteure und zum informellen Austausch über ihre Tätigkeitsbereiche und mögliche Kooperationen.

11 Stadt Frankfurt am Main 2014: 64
12 Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2013
13 Gesellschaft für Jugendbeschäftigung e.V. (gjb) 2012
14 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2013

3. ZIELE

Die Erwerbs- und Bildungspotenziale der Menschen rücken immer stärker in den Fokus einer nachhaltigen Industriestandortpolitik. Nur wenn es den Unternehmen möglich ist, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen, können sie sich im internationalen Wettbewerb behaupten und zusätzliche Wertschöpfungseffekte erzielen. Deshalb steht das Anliegen der Fachkräftesicherung für die Frankfurter Industrie unumstritten als Leitvorstellung übergeordnet über den nachfolgenden Zielen.

Duale Ausbildung in der Industrie stärken

Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass die Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Fachkräftesicherung in der Industrie ist. Dabei ist es wichtig, die Wahrnehmung der Industrie in Frankfurt am Main zu erhöhen sowie die Vielfalt der Industrieberufe und individuellen Entwicklungsmöglichkeiten als attraktive Alternative zu einem Studium aufzuzeigen. Dies sollte durch eine umfassende Aufklärung und Information über industrielle Ausbildungsinhalte und berufliche Tätigkeitsfelder, über Berufsperspektiven sowie Weiterbildungs-, Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten erfolgen. Dabei ist eine zielgruppenspezifische Ansprache notwendig.

Dem Übergang Schule-Beruf kommt bei der Realisierung des vorgenannten Ziels eine erhebliche Bedeutung zu. Für die erfolgreiche Bewältigung von Übergängen zwischen Schule, Berufsausbildung und Beruf empfiehlt die Arbeitsgruppe eine frühzeitige und systematische Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen. Das Interesse für technische und handwerkliche Berufe sollte bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig geweckt und spielerisch-experimentell verankert werden. Dabei wäre es zielführend, das Fach Technik oder MINT-Initiativen auch schon im Lehrplan der Grundschule zu verankern. Die Vernetzung der bestehenden MINT-Initiativen auf Landesebene wäre dabei eine sinnvolle Ergänzung. Eine fundierte Berufsorientierung sollte auch den Weg einer dualen Ausbildung und die sich daraus ergebenden Karriere-Möglichkeiten in der Industrie aufzeigen.

Für diese Heranführung an eine berufliche Perspektive in der Industrie wäre eine gezielte und verbindlich angeordnete Qualifizierung der Lehrkräfte über die branchenspezifischen Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsinhalte wichtig. Um dies zu erreichen, formuliert die Arbeitsgruppe die Forderung, dass sich 75 % aller Frankfurter Schulen bis zum Jahr 2016 um das Gütesiegel „Berufs- und Studienorientierung Hessen“ beworben haben sollen und dafür entsprechende Personal-Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. Das Gütesiegel wird an Schulen vergeben, die eine vorbildliche Berufsorientierung mit Förderung der Ausbildungsreife nach den OloV[15]-Qualitätsstandards nachweisen.

Neben der Schule sind auch die Industrieunternehmen gefordert, mehr Eigeninitiative bei der Suche und Gewinnung von adäquatem beruflichem Nachwuchs zu zeigen. Sie müssen verstärkt für eine Ausbildung in ihrem Unternehmen werben, auf sich aufmerksam machen und sich auch für neue Zielgruppen öffnen.

Schließlich wird im Zusammenhang mit dem Ziel der Stärkung der dualen Ausbildung in der Industrie nochmals auf die im vorigen Kapitel thematisierten Rahmenbedingungen des Frankfurter Wohnungsmarktes eingegangen. Die Forderung von Industrieunternehmen nach einer Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Mitarbeiter und Auszubildende ist eine Voraussetzung für einen attraktiven Arbeitsstandort. Wenn diese Bedingungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, ist die allgemein geforderte Mobilität dieser Zielgruppe schwer realisierbar. Deshalb steht die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnangebot in engem Zusammenhang mit der Leitvorstellung der Fachkräftesicherung.

Berufsberatung und Beschäftigungsförderung optimieren und transparenter gestalten

Auch außerhalb von Schulen ist eine Optimierung der Berufsberatung und Beschäftigungsförderung erforderlich. Dabei geht es nicht um eine Ausweitung des bestehenden Angebotes, vielmehr besteht aus Sicht der Arbeitsgruppe eine der zentralen Aufgaben darin, Transparenz über die vorhandenen Aus- und Weiterbildungsangebote zu schaffen.

Besonders die Berufs- und Weiterbildungsberater sollten über das vielfältige Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Arbeitsschwerpunkte und Zuständigkeiten der verschiedenen Träger in Frankfurt am Main informiert sein. Es wäre zielführend, wenn dieses Fachpersonal neben dem Angebot an Maßnahmen auch

15 OloV steht für die hessenweite Strategie „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule-Beruf“.

die Nachfrage nach Arbeitskräften überschaut. Dazu müssen Unternehmen ihre Anforderungen an Auszubildende und Facharbeiter frühzeitig bekannt machen. Denn Beschäftigungsförderung und Ausbildungsberatung sollten sich verstärkt auf Branchen und Berufe konzentrieren, bei denen zukünftig Beschäftigungspotenzial zu erwarten ist. Zu diesem Gesamtüberblick über den Ausbildungs- und Beschäftigungsmarkt können regelmäßige Schulungen sowie ein kontinuierlicher und intensiver Austausch mit anderen Arbeitsmarktakteuren und Unternehmensvertretern beitragen.

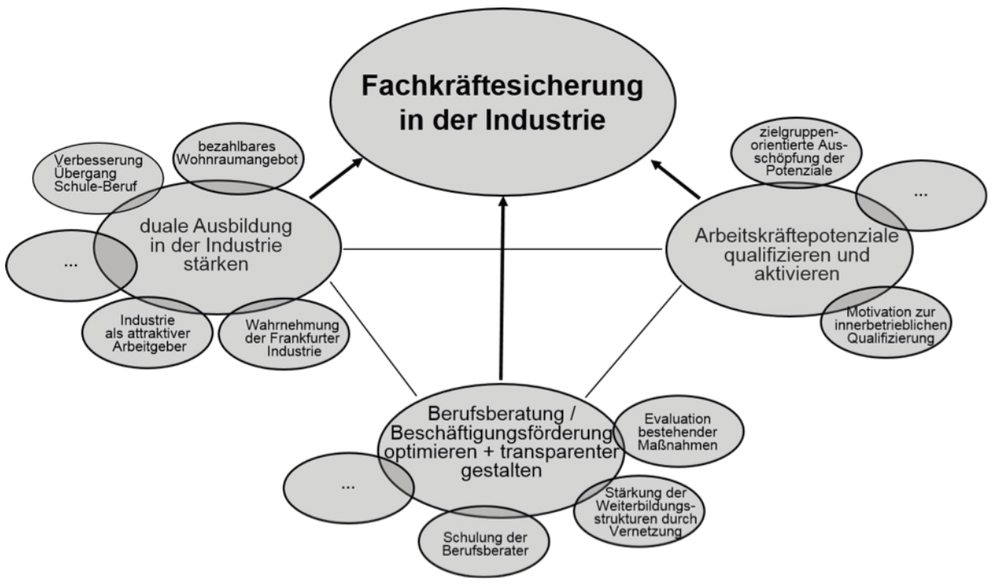
Mit der angestrebten Stärkung der örtlichen Weiterbildungsstrukturen sind aus Sicht der Arbeitsgruppe neue Kooperationsformen der beteiligten Akteure erforderlich. So sollte deren Expertise vor Ort bei der künftigen Planung einer stärker vernetzten Bildungsträgerlandschaft aktiv einbezogen werden. Ebenso fordern die Mitglieder der Arbeitsgruppe nachdrücklich eine Evaluation der bestehenden Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigungsförderung. Ausgehend davon sollte laufend geprüft werden, welche existierenden Bundes- und Landesprojekte auf Frankfurt am Main übertragen werden können.

Innerhalb der Arbeitsgruppe wurde intensiv über die Einrichtung eines Informationsmanagements in Form einer neutralen Anlaufstelle zur Übersicht über die lokalen Akteure und Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung diskutiert. Vorstellbar wäre hier die Zusammenführung der einzelnen Ausbildungsdatenbanken zu einer Meta-Datenbank für Frankfurt am Main oder eine mit Personal ausgestattete qualifizierte Beratungsstelle. Dieses Instrument wurde jedoch von den AG-Mitgliedern als zu umfangreich und im Rahmen des Masterplans Industrie nicht realisierbar eingeschätzt. Es hätte jedoch eine gesamtstädtische Bedeutung über das verarbeitende Gewerbe hinaus und wäre für alle Branchen relevant. Deshalb wird an dieser Stelle die mittelfristige Forderung nach Einrichtung eines solchen Informationsmanagements zur Stärkung des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Frankfurt am Main aufrechterhalten.

Arbeitskräftepotenziale qualifizieren und aktivieren

In Frankfurt am Main sollten die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale besser ausgeschöpft werden. Dabei stehen vor allem vier Strategiebereiche im Vordergrund,

Abb. 1: Ziele und Leitvorstellungen der Arbeitsgruppe „Arbeit und Qualifizierung“



die eng miteinander verwoben sein sollten: Qualifizierung und Nachqualifizierung[16], Aktivierung, Anwerbung sowie Ausweitung der Beschäftigung. Die Zielgruppen solcher Maßnahmen sind branchenübergreifend und unterscheiden sich in Frankfurt am Main i.d.R. nicht von anderen deutschen Großstädten. So sieht die Arbeitsgruppe bei nachfolgenden Personengruppen Potenzial, um diese stärker in Beschäftigung zu integrieren und damit auch zur Fachkräftesicherung in der Industrie beizutragen:

- Nach wie vor ist der Anteil von *Frauen* in Industrieberufen deutlich unterrepräsentiert. Dabei wird bei dieser Gruppe ein hohes Potenzial für die Fachkräftesicherung gesehen. Deshalb gilt es, Frauen noch stärker für MINT-Fächer und -Berufe zu begeistern und zu gewinnen. Durch passgenaue Qualifizierung und auf diese Zielgruppe zugeschnittene Arbeitsmodelle, wie beispielsweise flexible und Teilzeit-Arbeit oder Kinderbetreuungsangebote, könnten Frauen wieder für den Arbeitsmarkt aktiviert und eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit erreicht werden.

- Die Ausweitung der Lebensarbeitszeit und Bindung *älterer Arbeitnehmer* erfordern eine demographiebewusste und lebensphasenbezogene Personalpolitik. Dazu tragen auch altersgerechte Arbeitsbedingungen sowie Anreizsysteme bei, wie beispielsweise ein gezieltes Gesundheitsmanagement. Unter dem Motto des „lebenslangen Lernens“ kann die Beschäftigungsfähigkeit dieser Zielgruppe erhalten bleiben und der Erfahrungsschatz und das Wissen an jüngere Mitarbeiter weitergegeben werden.

- Bei *Personen ohne Schulabschluss oder Ausbildung* sieht die Arbeitsgruppe das primäre Ziel, diese in Ausbildung zu bringen und auch zu halten. Dabei wird eine kontinuierliche Begleitung der meist Jugendlichen als wichtig eingeschätzt, um einen Abbruch der Ausbildung zu verhindern. Als Folge der zunehmenden „Akademisierung“ gibt es zudem immer mehr *Studierende in Bachelorstudiengängen, die keinen Abschluss erzielen*. Diese Zielgruppe könnten ebenfalls für eine Berufsausbildung in der Industrie gewonnen werden. Die Schwierigkeit besteht darin, diese Personen zu identifizieren und anzusprechen. Insgesamt werden eine Verbindung und ein besserer Übergang von universitärer und betrieblicher Ausbildung als Zukunftsmodelle gesehen.

- Eine weitere Zielgruppe sind Personen mit *Migrationshintergrund ohne anerkannte oder nachgefragte Bildungs-/Berufsabschlüsse*. Fast die Hälfte der Frankfurter sind Ausländer (26,8 %) oder haben einen Migrationshintergrund (21,8 %) und die Stadt verzeichnet derzeit einen jährlichen Wanderungsgewinn aus dem Ausland von rund 9.500 Personen.[17] Darin wird ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung gesehen. Die aktuelle Zuwanderungswelle durch Asylsuchende mit einer recht hohen Qualifizierung sollte dafür frühzeitig und systematisch genutzt werden. Frankfurt am Main muss diese Chance als Wettbewerbsvorteil durch die Entwicklung gezielter Integrationsmaßnahmen ergreifen.

Neben dem Angebot an Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durch öffentliche und private Träger sind die Unternehmen aufgefordert, sich bei der Fachkräftesicherung in der Industrie aktiv einzubringen. Dabei ist ein Ziel aus Sicht der Arbeitsgruppe, die Unternehmen für die Qualifizierung von Mitarbeitern und die Sicherung vorhandener Arbeitskräfte zu sensibilisieren und sie bei der Umsetzung verstärkt zu unterstützen.

Dies betrifft sowohl die Inanspruchnahme bestehender Maßnahmen auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene, als auch die Ausschöpfung innerbetrieblicher Arbeitskräfte-Ressourcen wie z.B. An- und Ungelernte, die mit entsprechenden Maßnahmen nachqualifiziert werden und damit anspruchsvollere, auf das Unternehmen angepasste, Tätigkeiten übernehmen können.

Den Unternehmen wird empfohlen, bei der Suche nach Personal neben den traditionellen Auswahlverfahren nach Qualifikation auch für alternative Kriterien, wie beispielsweise die Motivation oder Persönlichkeitsentwicklung von Bewerbern, offen zu sein. Bei der Zielgruppe der schwer vermittelbaren Jugendlichen sollten Anreizsysteme geschaffen werden, beispielsweise durch die Anrechnung eines Praktikums auf eine nachfolgende Ausbildung. Die Unternehmen sollten zudem ermutigt werden, sich auf Jugendliche ohne Abschluss einzulassen, auch wenn diese möglicherweise ein höheres Engagement bei der Ausbildung erfordern. Dabei wird geraten, die bestehenden unterstützenden Angebote zu nutzen.

16 Nachqualifizierung steht für eine strategische innerbetriebliche Qualifizierung un- und angelernter Mitarbeiter.
17 Stadt Frankfurt am Main 2014: 15, 34

4. HANDLUNGSSCHWERPUNKTE UND MASSNAHMEN

Auf Grundlage der intensiven Diskussionen und Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe zur Ausgangssituation in Frankfurt am Main und den angestrebten Zielen erfolgt in einem dritten Schritt die Formulierung der Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen im Bereich „Arbeit und Qualifizierung". Obwohl das Arbeitsgruppenthema insgesamt eine branchenübergreifende Bedeutung und überregionale Reichweite hat, wird der Fokus dabei auf solche Maßnahmen gelegt, die auf die Industrie zugeschnitten und im Rahmen des Masterplan Industrie kommunal umsetzbar sind. Dies erklärt auch, weshalb beispielsweise der wichtige schulische Bereich im nachfolgend vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog nicht aufgeführt ist. Ihm wird jedoch – ebenso wie anderen Maßnahmenvorschlägen – insofern Rechnung getragen, als realisierbare Einzelmaßnahmen im Kapitel 3 als „Forderungen" benannt werden, deren mittelfristige Umsetzung seitens der Arbeitsgruppe dringend empfohlen wird.

MASSNAHMENVORSCHLAG 1:
Imagekampagne „pro Industrie" zur Stärkung der dualen Ausbildung

Der Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main ist überwiegend als Zentrum der Finanz- und Versicherungsbranche, als Logistikhub, Messeplatz und durch seinen Flughafen bekannt. Die Industrie der Stadt wird demgegenüber weniger intensiv wahrgenommen. Dabei ist sie Motor für Innovationen und wirtschaftliches Wachstum. Die Industrie trägt den größten Anteil an den Gewerbesteuereinnahmen der Stadt und nimmt im Vergleich zu anderen deutschen Städten mit der höchsten Bruttowertschöpfung je Einwohner eine Spitzenposition in der Produktivität ein. Industrielle Produktion wird noch häufig mit Schmutz, Gestank, monotoner Fließbandarbeit und geringen Verdienstmöglichkeiten assoziiert. Dabei steht Industrie heute vielmehr für hochmoderne Technologien, interessante und vielfältige Berufsfelder und Entwicklungsmöglichkeiten.

Weil die industrielle Arbeitswelt auch unter jungen Menschen häufig unter den genannten Vorbehalten wahrgenommen wird, kommt objektiven Informationen eine große Bedeutung für das Anliegen der Fachkräftesicherung zu. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, Jugendlichen die Möglichkeiten aufzuzeigen, die ihnen eine Karriere in der Industrie bieten kann. Hierfür wird vorgeschlagen, im Rahmen einer Imagekampagne zur Stärkung der dualen Ausbildung in der Industrie beizutragen und deren Attraktivität als zukünftigen Arbeitgeber zu vermitteln. Diese strategische Kommunikation nach außen soll mittel- bis langfristig neben dem Beitrag zur Fachkräftesicherung nachhaltig zur Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen und zum Wohlstand der Bevölkerung beitragen.

Die Zielgruppen dieser Kampagne sind breit gestreut. Wie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt, sind die Kanäle zur Information über und Motivation zu einer Ausbildung in der Industrie ebenso vielfältig wie die Personen, für die für eine Ausbildung gewonnen werden sollen.

Primäre Zielgruppe sind *Schüler und Jugendliche*, die auf die Ausbildungsmöglichkeiten in der Industrie aufmerksam gemacht werden sollen. Diesen sowie *Studienabbrechern* sollte eine Berufsausbildung als reizvolle Alternative zu einem Studium aufgezeigt werden. Da der Frauenanteil in der Industrie deutlich gesteigert werden kann, wird in der Zielgruppe der *Mädchen und Frauen* ein hohes Fachkräftepotenzial gesehen. Um auch *Personen mit Migrationshintergrund* mit und ohne Berufsausbildung gezielt anzusprechen, soll sich die Kampagne an die Zielpersonen auch in anderen Sprachen je nach deren Herkunftsländern wenden.

Eine weitere relevante Zielgruppe sind *Eltern*. Diese haben bis zu 70 % Einfluss auf die Schul- und Ausbildungswahl ihrer Kinder. Die Ansprache sollte sich bereits an Eltern von Grundschülern wenden. Auch Eltern mit Migrationshintergrund sollten in verschiedenen Sprachen angesprochen und über das System der dualen Ausbildung informiert werden. Wie im vorigen Kapitel dargestellt, sind *Lehrer* ein wichtiger Multiplikator und Motivator zur dualen Ausbildung und sollten daher gezielt über die Ausbildungs- und Berufsinhalte sowie Zukunftschancen aufgeklärt sein. Sie können erheblich dazu beitragen, die Anzahl Jugendlicher im Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf zu minimieren. Auch *Unternehmen* werden als Zielgruppe für die Imagekampagne angesehen. Sie sollen motiviert werden, junge Menschen auszubilden.

Nach den Vorstellungen der Arbeitsgruppe soll eine Consulting- oder Werbe-Agentur für die Durchführung der Imagekampagne „pro Industrie" beauftragt werden und Vorschläge zu verschiedenen zielgruppenspezifischen Aktionen machen. Dabei ist eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung" nötig. Konkret wurde angeregt, Auszubildende aus verschiedenen Frankfurter Industrieunternehmen als „Azubi-Botschafter" zu gewinnen, die in Realschulen und Gymnasien über ihre Ausbildung und gesammelten Erfahrungen berichten.[18] Auch die Aufstiegswege und Verdienstmöglichkeiten in der Industrie könnten mit Testimonials dargestellt werden. Mit der gleichen Zielsetzung ließe sich der Karriere-Weg erfolgreicher Frankfurter Bürger ausgehend von einer industriellen Berufsausbildung vermitteln.

MASSNAHMENVORSCHLAG 2:
Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in der Industrie

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass für die Stärkung des Industriestandorts Frankfurt am Main vielschichtige Anstrengungen unternommen werden müssen, um Arbeitskräfte nach Frankfurt am Main zu locken und sie hier zu halten. Besonders zur Gewinnung von Auszubildenden für die Industrie ist die Attraktivitätssteigerung Frankfurts durch ein ausreichendes Angebot an Wohnraum eine grundlegende Voraussetzung. Damit würde die Stadt die zunehmend geforderte Arbeits-Mobilität für Jugendliche erleichtern und interessanter machen.

Deshalb sieht die Arbeitsgruppe in der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszu-bildende eine Maßnahme, die im Rahmen der Neugestaltung der kommunalen Industriepolitik umgesetzt werden sollte. Das im November 2014 auf Initiative von Gewerkschaften, Mieterinitiativen, -vereinen, -verbänden, Kirchen und Sozialverbänden unter dem Motto „Wohnen muss bezahlbar sein!" gestartete Bündnis für Frankfurt am Main zeigt, dass dieses Ziel von einer breiten Basis getragen wird und unterstreicht die Notwendigkeit der Maßnahme.

Es wird vorgeschlagen, diese Maßnahme als Pilotprojekt zu realisieren. In der Arbeitsgruppe wurden zwei alternative Vorgehensweisen diskutiert: Die Errichtung eines Azubi-Wohnheims oder die Unterstützung Auszubildender bei der Wohnungssuche auf dem freien Markt.

Bei der freien Wohnungssuche ist vorstellbar, dass Auszubildende mit Hilfe eines Stipendienprogramms finanzielle Unterstützung erhalten. Die Stadt Eschborn beispielsweise bietet entsprechende Stipendien für angehende Erzieher/Erzieherinnen an. Ebenfalls angesprochen wurden Projekte temporärer Wohnpartnerschaften von Studenten und älteren Menschen (z.B. Wohnen gegen Hilfe).

Im Zusammenhang mit der Errichtung eines Azubi-Wohnheims wurden verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung diskutiert. Dabei wäre die Kooperation mit einem Studentenwohnheim vorstellbar, indem z.B. dort eine Etage angemietet werden könnte. Als weitere Alternative wird die Wohnheimerrichtung durch einen privaten Projektentwickler in „Public Private Partnership" (PPP) gesehen. Eine solche Konstruktion wurde beispielsweise in Idstein für ein Studentenwohnheim gefunden. Das Angebot soll sich zunächst im Rahmen des Masterplans Industrie an Lehrlinge der Frankfurter Industrie richten. Eine Kooperation mit anderen Branchen und eine Öffnung für weitere Auszubildende sind dabei nicht ausgeschlossen. Wichtig für die Lage des Wohnheims sind eine gute ÖPNV-Anbindung und ein sozialverträgliches Umfeld. An solch einem Projekt sollten sich aus Sicht der Mehrheit der Arbeitsgruppe neben dem Investor und der Stadt Frankfurt am Main auch die Kammern, Gewerkschaften und interessierte Industrieunternehmen finanziell beteiligen. Eine Förderung durch das Land Hessen oder die KfW sind zu prüfen. Dabei ist eine langfristige Abnahme von Wohnungen bzw. Zimmern durch die Frankfurter Unternehmen sicherzustellen. Für den Fall, dass das Wohnheim nicht mehr in Anspruch genommen werden sollte, kann davon ausgegangen werden, dass in Frankfurt am Main aufgrund der Wohnungsknappheit Zimmer oder kleine Appartements jederzeit auf dem freien Markt nachgefragt werden. Diese Investition ist also langfristig und nachhaltig.

MASSNAHMENVORSCHLAG 3:
Vernetzung der Arbeitsmarkt-Akteure und Vertiefung bestehender Lösungsansätze im Bereich der Beschäftigungsförderung

Das Angebot an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in Frankfurt am Main trägt aufgrund seiner Vielfalt positiv zur Zukunftsfähigkeit der Bürger und Unternehmen in Frankfurter am Main bei. Es ermöglicht den Beschäftigten und Arbeitssuchenden, ihre Beschäftigungsfähigkeit über den Lebensverlauf zu erhalten und ihre Beschäftigungsoptionen zu erhöhen. Daneben dienen die Maßnahmen der Ausschöpfung der Potenziale bislang nicht oder nur partiell in den Erwerbsprozess eingebundener Personengruppen und tragen damit zum allgemeinen Wohlstand der Bevölkerung bei. Für die

18 Mit dem „Frankfurter Hauptschulprojekt" wird aus Sicht der Arbeitsgruppe die Berufsberatung an Hauptschulen abgedeckt.

Unternehmen besteht die strategische Bedeutung darin, mit möglichst qualifizierten Mitarbeitern ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit angesichts der demographischen und technologischen Veränderungen zu sichern.

Allerdings fehlt sowohl für Personen, die an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme interessiert sind als auch für Unternehmen, die ihre Mitarbeiter qualifizieren möchten, eine gesamtheitliche und klare Übersicht über die vorhanden Angebote, Träger und Ansprechpartner. Während der Arbeitsgruppensitzungen wurde deutlich, dass sich auch die AG-Mitglieder als Vertreter verschiedener Institutionen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes einen stärkeren Informationsaustausch über die jeweiligen Aktivitäten und Aufgabenschwerpunkte für eine effizientere Arbeit wünschen.

Mit einer stärkeren Vernetzung der beteiligten Akteure lässt sich ein besserer Zugang zum komplexen System der Bildungsangebote erreichen. Langfristig sollen die kommunalen Aus- und Weiterbildungsstrukturen optimiert und die Maßnahmen geschärft, gebündelt und mit neuem Leben gefüllt werden. Voraussetzung dafür ist eine Evaluation der bestehenden Maßnahmen auf Doppelungen, Effizienz und Zielerreichung.

Als Plattform für diesen Austausch soll das bestehende „Netzwerk Jugend und Arbeit Frankfurt“ dienen. Das Netzwerk wird derzeit vom Dezernat für Bildung und Frauen getragen und dient als „Forum für fachliche Diskussionen, Abstimmung von wesentlichen Positionen, Weiterentwicklung und Bearbeitung inhaltlicher und organisatorischer Fragen. […] Eine Aufgabe ist die Entwicklung und Abstimmung von neuen Konzepten und Maßnahmen. […] Das Netzwerk moderiert den Prozess, entwickelt Entscheidungshilfen, berät die Entscheider/innen und berichtet über den Stand der Entwicklung und über die Ergebnisse.“[19]

Das Netzwerk wurde Mitte der 1990er Jahre aufgrund des damals kriselnden Ausbildungsmarkts mit dem Ziel der beruflichen Integration von der städtischen Wirtschaftsförderung initiiert. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen „vom Mangel an Ausbildungsplätzen zum Mangel an Auszubildenden und Fachkräften“ ist aus Sicht der Arbeitsgruppenmitglieder eine neue Akzentuierung des Netzwerks notwendig. Der Schwerpunkt sollte dabei auf der Optimierung der bestehenden Weiterbildungsstrukturen in Frankfurt am Main liegen unter dem Motto „das Vorhandene stärken!“. Dabei muss dringend geklärt werden, warum nur ein Viertel der Frankfurter Jugendlichen zu Frankfurter Auszubildenden wird und welchen Weg die übrigen drei Viertel einschlagen.

Die Arbeitsgruppe sieht die Notwendigkeit, sich neben der Zielgruppe der Schulabgänger auch um die Weiterbildung und Qualifizierung von Beschäftigten bzw. Arbeitssuchenden in Frankfurt am Main zu kümmern. Die Expertise zu diesen Fachthemen ist im „Netzwerk Jugend und Arbeit“ zu finden, das namentlich auf die Integration junger Menschen angelegt ist. Um es stärker mit den Themen Qualifizierung für den Arbeitsmarkt und Weiterbildung für Beschäftigte verknüpfen zu können, wird eine Umbenennung des Netzwerkes in „Netzwerk für Fachkräfteentwicklung“ und die erneute organisatorische und inhaltliche Anbindung an die Wirtschaftsförderung Frankfurt empfohlen. Mit einer schlankeren Besetzung durch die Reduzierung der Vertreter städtischer Ämter und eine dynamischeren Moderation soll das Netzwerk neu belebt werden.

19 Netzwerkservicestelle Berufliche Bildung Hessen (o.J.)

QUELLENVERZEICHNIS

Agentur für Arbeit Frankfurt a.M. (2014): SVB in Frankfurt am Main nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, unterteilt in Betriebsgrößenklassen. Sonderauswertung. Frankfurt am Main.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderung. Bielefeld.

Bundesagentur für Arbeit (2014): Statistik nach Regionen. Berichtsmonat Juni 2014 – Frankfurt am Main, Stadt. Internet: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Hessen/Frankfurt-am-Main-Stadt-Nav.html?year_month=201406 (07.01.2015).

Gesellschaft für Jugendbeschäftigung e.V. (gjb) (Hrsg.) (2012): Übersicht der Angebote und Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung und Arbeit. Netzwerk Jugend und Arbeit Frankfurt am Main. Frankfurt am Main.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2013): Gesamtkonzept Fachkräftesicherung Hessen“. Wiesbaden.

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (2014): Fachkräftemonitor Hessen. Internet: http://www.fachkraefte-hessen.de/ (01.04.2014).

IWAK Frankfurt Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur, Zentrum der Goethe-Universität Frankfurt (2014): Prognose der Beschäftigten (SvB und GeB) am Arbeitsort (AO) bis 2018. Sonderauswertung aus dem Projekt regio pro regionale Beschäftigungs- und Berufsprognosen. Frankfurt am Main.

Lindner, P. u.a. (2014): Industriestudie Frankfurt am Main 2013. Frankfurt am Main.

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (2013): Bericht zur Situation auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt – kommunale Beschäftigungsförderung. Frankfurt am Main.

Netzwerkservicestelle Berufliche Bildung Hessen (o.J.): Netzwerk Jugend und Arbeit Frankfurt – NJAF. Internet: http://netzwerkatlas.wb-hessen.de/index.php?id =798&netzwerkid=49 (12.01.2015).

Stadt Frankfurt am Main – Der Magistrat – Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hrsg.) (2014): Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2014. Frankfurt am Main.

ANHANG: MASSNAHMENVORSCHLÄGE IM ÜBERBLICK

Maßnahme	Ziele	Zielgruppen	Umsetzung
Imagekampagne „pro Industrie“	• Stärkung der dualen Ausbildung in der Industrie – verbesserte öffentliche Wahrnehmung der Frankfurter Industrie – Attraktivitätssteigerung von Industrie-Berufen – Optimierung des Übergangs Schule-Beruf	• Schüler / Jugendliche, Mädchen / Frauen, Personen mit Migrationshintergrund, Studienabbrecher, … • Lehrer, Eltern • Industrieunternehmen (Personalabteilung, Geschäftsleitung)	• Abstimmung / Kooperation mit AG „Attraktivität der Industrie“ • Beauftragung einer Consulting- / Werbeagentur • Vorschläge für Aktionen – Aufstiegswege / Verdienstmöglichkeiten in der dualen Ausbildung mit Testimonials / erfolgreichen Frankfurter Bürgern darstellen – Auszubildende als „Azubi-Botschafter“ in Realschulen und Gymnasien – gezielte Ansprache von Eltern; Eltern als Vorbild für andere Eltern
Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in der Industrie	• Ausbildung in Frankfurter Industrie für Jugendliche attraktiver machen	• Ausbildungssuchende • Auszubildende in der Industrie	Pilotprojekt a) Unterstützung bei der Wohnungssuche auf dem freien Markt (Stipendienprogramm) b) Azubi-Wohnheim • Entwicklung mit privatem Projektentwickler (PPP) • Beteiligte: Stadt Frankfurt am Main, Industrieunternehmen, Gewerkschaften, Kammern, Projektentwickler, u.a.
Vernetzung der Arbeitsmarkt-Akteure und Vertiefung der bestehenden Lösungsansätze im Bereich der Beschäftigungsförderung	• Zugang zu vernetztem System der Bildungsangebote • Transparenz durch Kommunikation (Maßnahmen, Zuständigkeiten, Ansprechpartner) • Vertiefung und Optimierung der bestehenden Weiterbildungsstrukturen – Evaluation bestehender Maßnahmen (Effizienz) – Schärfung und Bündelung	• Arbeitsmarktakteure	• bestehendes „Netzwerk Jugend- und Arbeit“ als Plattform für Austausch nutzen • neue Akzentuierung notwendig (Motto: „Das Vorhandene stärken!“) • Umbenennung in „Netzwerk für Fachkräfteentwicklung“ • schlankere Besetzung, dynamischere Moderation (Vorschlag: Wirtschaftsförderung Frankfurt)

WERKSTATT-BERICHT

ARBEITSGRUPPE VERWALTUNGSPROZESSE UND BEHÖRDENSERVICE

1. AUSGANGSSITUATION

Eine funktionierende Verwaltung und ein moderner, auf die Anliegen der Unternehmen ausgerichteter Behördenservice stellen für viele Unternehmen einen bedeutenden Standortfaktor dar, da sie die Standortzufriedenheit insgesamt erhöhen. Eine serviceorientierte Bürokratie, die verlässlich und schnell Unternehmen bei ihren jeweiligen Anliegen unterstützt, fördert unmittelbar die Planungs- und Investitionssicherheit der Unternehmen. Sie trägt auch auf Unternehmensseite zu einer Reduzierung von Kosten bei und ist damit eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und innovativen Industriestandort. Die städtische Verwaltung übernimmt demnach eine wesentliche Rolle, die städtische Wertschätzung gegenüber der Industrie zum Ausdruck zu bringen. Dies wiederum steigert das positive Image der Stadt Frankfurt am Main.

In Frankfurt am Main konnten in den vergangenen Jahren wesentliche Verbesserungen erzielt werden. So wurden Genehmigungsverfahren seitens der städtischen Ämter deutlich beschleunigt, Verfahrensabläufe vereinfacht und durch einen modernen Internetauftritt die Information und Transparenz von Zuständigkeiten und Abläufen verbessert.

Die Industriestudie hat dennoch darauf hingewiesen, dass der Informationsbedarf hinsichtlich rechtlicher Regelungen, Verfahrensweisen und Dauer von Genehmigungsprozessen sowie städtischen Entwicklungskonzepten bei vielen Industriebetrieben immer noch hoch ist.

Eine bessere Kenntnis der Verwaltungsabläufe würde zum besseren Verständnis bei den Unternehmen beitragen, um Anforderungen der Verwaltung nachvollziehen zu können. Gelingt es, diesen Informationsrückstand aufzuholen oder ggf. einheitliche Ansprechpartner zu benennen, so könnte der Abstimmungsaufwand zwischen beteiligten Ämtern im Interesse der Unternehmensproduktivität optimiert bzw. einzureichende Unterlagen anforderungsgerechter vorgelegt werden.

Ein besonderer Handlungsbedarf wird in den folgenden Bereichen gesehen:

- Information und Transparenz über Zuständigkeiten, Verwaltungsabläufe und behördliche Genehmigungen
- Effizienz von Verwaltungsprozessen und im Behördenservice
- Stärkere Abstimmung zwischen den Ämtern
- Interesse und Wertschätzung städtischer Ämter gegenüber Unternehmen
- Partizipation von Unternehmen an Prozessen der Stadtentwicklung

Die Stadtverwaltung hat ein großes Verständnis für die Erwartungen der Unternehmen, kann diesen allerdings nur im Rahmen der Gesetzgebung und geltenden Rechtsprechung entgegenkommen. Eine funktionierende Verwaltung ist selbst an rechtlich-institutionelle Rahmenbedingungen gebunden, die verlässliche Regeln sowie eine klare Zuordnung von Kompetenzen, Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnissen erfordern.

Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten kommunalen Verwaltungshandelns strebt die Stadt Frankfurt am Main bereits eine weitere Verbesserung der Verwaltungsprozesse und des Behördenservice an. Die Stadtverwaltung überarbeitet im Rahmen ihrer E-Government-Strategie zurzeit mehrere Verwaltungsprozesse, hat insgesamt einen Reformprozess in verschiedenen Bereichen angestoßen und will künftig noch stärker Prozesse fokussieren, die für die Verbesserung der Standortbedingungen von Industrieunternehmen maßgeblich sind.

2. ZIELE

Die Verwaltungsprozesse und der Behördenservice der Stadt Frankfurt am Main sollten noch stärker als bisher daraufhin ausgerichtet werden, eine Dienstleisterfunktion für die Industrie zur Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmen- und Standortbedingungen zu erfüllen.

Dabei bedarf es eines kontinuierlichen Qualitätsmanagements, welches sämtliche Verfahren und Dienstleistungen der Stadt Frankfurt am Main mit Unternehmensbezug regelmäßig auf ihre Prozessqualität prüft und weiterentwickelt. Prüfkriterien sollten unter anderem die Faktoren Zeit, Ressourceneffizienz, Transparenz sowie proaktive Kommunikation von Seiten der Verwaltung sein.

Die Stadt Frankfurt am Main besitzt auf dem Handlungsfeld Verwaltungsprozesse und Behördenservice zahlreiche Möglichkeiten, sich positiv von anderen Kommunen abzuheben und sich einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil zu erarbeiten. Hierzu müssen bestehende Prozesse allerdings kontinuierlich überprüft und ggf. verbessert werden.

Insbesondere ämterübergreifende Abstimmungsprozesse bedürfen aus Sicht der Unternehmen einer tiefergehenden Analyse, um aktuell auftretende Schnittstellenproblematiken zu erkennen und im Sinne der Steigerung der Dienstleistungsqualität zu optimieren.

Dabei gilt es auch, auf neue Standortherausforderungen von Unternehmen zu reagieren und flexibel administrative Lösungen zu erarbeiten oder bestehende Verwaltungsprozesse auf die Bedürfnisse der Industrie auszurichten, sei es beispielsweise im Zuge des Ausbaus der digitalen Infrastruktur oder bei der Vermeidung von Nachbarschaftskonflikten im Stadtteil.

Unterschieden nach der Fristigkeit sollten folgende Verwaltungsprozesse tiefergehend evaluiert und Verbesserungen hinsichtlich Zeit, Ressourceneffizienz, Transparenz und proaktiver Kommunikation angestrebt werden:

LANGFRISTIGE PLANUNGEN DER STADT FRANKFURT AM MAIN IM ÖFFENTLICHEN RAUM:

Hierzu zählen sämtliche Planungen mit einem sehr langen Zeitbezug, bei denen die Stadt Frankfurt am Main ihren Spielraum zur Gestaltung von Stadtentwicklung und Infrastruktur ausübt. In diesen Prozessen ist es für die Industrie wünschenswert, ihre Interessenlagen grundsätzlich in die Planungen der Stadt einbringen und langfristige Bedarfe aufzeigen zu können. Zu den Bereichen gehören u.a.:

- IB-Plan-Verfahren
- übergreifende Verkehrs- und Mobilitätsplanung
- Digitale Erschließung (Netzausbau)

MITTELFRISTIGE PLANUNGEN SOWIE REALISIERUNG VON INFRASTRUKTURPROJEKTEN UND -MASSNAHMEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM:

Hierbei handelt es sich um Maßnahmen der Stadt Frankfurt am Main sowie weiteren Trägern von Infrastrukturanlagen, deren Realisierung in einem absehbaren Zeitraum bevorsteht und eine unmittelbare Betroffenheit bei den ansässigen Unternehmen auslöst. Im Zuge dieser Maßnahmen wird von der Industrie insbesondere eine proaktive Informationspolitik seitens der Stadt gewünscht, damit anliegende Unternehmen ihre operative Tätigkeit auf etwaige Beeinträchtigungen ausrichten können. Ferner wird eine verbesserte Abstimmung von Infrastrukturprojekten und -maßnahmen verschiedener Träger untereinander gefordert, um Umfeldbelastungen zu minimieren. Ebenso ist es aus Sicht der Industrie im Verlauf der Realisierung von Maßnahmen erforderlich, eine unterstützende Kommunikationspolitik zu den anliegenden Unternehmen aufrechtzuerhalten. Zu solchen Maßnahmen gehören:

- Straßenbaumaßnahmen
- Weitere Baumaßnahmen (zum Beispiel Kanalbau, Verlegung von Datenkabeln etc.)

Auch Genehmigungsverfahren mit individuellem Unternehmensbezug bedürfen aus Sicht der Industrie einer kontinuierlichen Analyse hinsichtlich Verfahrensdauer, Schnittstellenproblematiken bei ämterübergreifenden Abstimmungen, Transparenz sowie der Gestaltungsmöglichkeiten hin zu elektronischen E-Government-Prozessen. Dazu zählen unter anderem die folgenden Verwaltungsprozesse:

- Baugenehmigungsverfahren
- Brandschutzrechtliche Genehmigungsverfahren
- Genehmigungsverfahren zur Sondernutzung des öffentlichen Raumes
- Straßenrechtliche Genehmigungsverfahren

Die zukünftigen Maßnahmen auf dem Handlungsfeld Verwaltungsprozesse und Behördenservice sollten auch unterstützend wirken, Projektvorschläge aus anderen industriepolitischen Handlungsfeldern zu realisieren.

Arbeitsgruppe Verwaltungsprozesse und Behördenservice

3. HANDLUNGS-EMPFEHLUNGEN

PROJEKTVORSCHLAG 1: Einrichtung „Ständiger Expertenrunden“

Um die Verwaltungsprozesse und den Behördenservice stetig zu verbessern, sollten Expertenrunden eingerichtet werden, die kontinuierlich am Qualitätsmanagement ausgewählter Bereiche arbeiten.

Diese Expertenrunden sollten je nach Themenauswahl die Standortherausforderungen der Unternehmen und das ausgezeichnete Know-how der Verwaltung zusammenbringen, um so gemeinsam vernetzte Lösungen zu erarbeiten. Weiterhin sollte besonderes Augenmerk auf die ämterübergreifende Zusammenarbeit gelegt werden, zum Beispiel durch die Bündelung der Genehmigungsverfahren.

Die Stadt Frankfurt am Main besitzt auf dem Handlungsfeld Verwaltungsprozesse und Behördenservice zahlreiche Möglichkeiten, sich positiv von anderen Kommunen abzuheben und sich einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil zu erarbeiten. Hierzu müssen bestehende Prozesse allerdings kontinuierlich überprüft und ggf. verbessert werden.

Die Einrichtung „Ständige Expertenrunden“ soll dazu beitragen, den Dialog zwischen der Industrie und der Stadt Frankfurt am Main zu intensivieren und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für den Industriestandort zu schaffen.

Im Rahmen der E-Government-Strategie der Stadt Frankfurt am Main sollten unternehmensbezogene Verwaltungsprozesse entsprechend fokussiert werden.

PROJEKTVORSCHLAG 2: Moderation von Umfeldkonflikten

Die Handlungsmöglichkeiten der städtischen Verwaltung bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Lösung von Umfeldkonflikten von Industrieunternehmen sollten geprüft werden.

Typische Umfeldkonflikte sollten identifiziert und ämterübergreifend Lösungen erarbeitet werden, um eine Standardisierung von Konfliktbefriedungsmaßnahmen im Rahmen des kommunalen Regelwerks zu erreichen.

Zusätzlich sollte die Entwicklung einer ämterübergreifenden elektronischen Kommunikationsplattform zur Information und Beteiligung von Unternehmen an langfristigen Planungen der Stadt dazu beitragen, das Entstehen von Umfeldkonflikten zu vermeiden.

PROJEKTVORSCHLAG 3: Intensivierung der öffentlichen Kommunikation

Im Zuge der Realisierung von Infrastrukturprojekten bzw. -maßnahmen im öffentlichen Raum sollte die Kommunikation von Seiten der Stadt Frankfurt am Main in institutionalisierten Verfahren entwickelt werden.

Hierzu sollte geprüft werden, ob bestehende elektronische Plattformen wie „Frankfurt fragt mich“ auf die Belange von Unternehmen erweitert werden können.

Dabei könnte es oberstes Ziel sein, einen einheitlichen Kommunikationsprozess und eine proaktive, effektive Information der betroffenen Unternehmen über Dauer, Umfang und Ziel anstehender Maßnahmen zu institutionalisieren sowie die Ansprechpartner im Zuge der Realisierung zu fixieren

ARBEITSGRUPPENTEILNEHMER:

Herr Stadtrat Markus Frank, Stadt Frankfurt am Main
Frau Andrea Brandl, Stadt Frankfurt am Main
Frau Ines Grübner, Wirtschaftsförderung Frankfurt
Herr Hans-Jürgen Guth, Wirtschaftsförderung Frankfurt
Herr Dr. Bernd Rentmeister, Wirtschaftsförderung Frankfurt
Herr Dr. Christof Riess, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
Herr Ralf Sagroll, Stadt Frankfurt am Main
Frau Carmen Tontsch, IHK Frankfurt am Main

WERKSTATT-BERICHT

ARBEITSGRUPPE INNOVATION, ARBEITSPLÄTZE UND WERTSCHÖPFUNG DER ZUKUNFT

INHALT

FAZIT DER ARBEITSGRUPPE INNOVATION IM ÜBERBLICK 63
Welche Veränderungen entstehen am Industriestandort Frankfurt am Main? 63
Welche Chancen ergeben sich daraus für den Industriestandort Frankfurt am Main 63

DISKUSSIONSERGEBNISSE DER ARBEITSGRUPPE INNOVATION 64
Wie wird Innovation definiert, wie entstehen künftig Innovationen und von wem? 64
Was versteht man unter Industrie 4.0? 65
Welche Branchen gehören zu einer Neuen Industrie in Frankfurt am Main? 65
Welche Folgen haben die neuen Produktionsprozesse auf Frankfurt am Main? 66

NEUE INDUSTRIE IN FRANKFURT AM MAIN – RAHMENBEDINGUNGEN UND PROJEKTVORSCHLÄGE 68

PROJEKTVORSCHLAG 1: Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main 69

PROJEKTVORSCHLAG 2: FUTURE LAB 71

PROJEKTVORSCHLAG 3: Digitales Gewerbegebiet 72

ANHANG 74
Befragung der Teilnehmer der Arbeitsgruppe Innovation – Auszug der Ergebnisse und Priorisierung der Projektvorschläge 74

TEILNEHMER DER ARBEITSGRUPPE 77

NEUE INDUSTRIE IN FRANKFURT AM MAIN

FAZIT DER ARBEITSGRUPPE INNOVATION IM ÜBERBLICK

WELCHE VERÄNDERUNGEN ENTSTEHEN AM INDUSTRIESTANDORT FRANKFURT AM MAIN?

Der Industriestandort Frankfurt am Main steht wie so oft in den letzten Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Anders als früher geht es jedoch diesmal weniger um Umstrukturierungen oder Verlagerungen mit der Folge von Arbeitsplatzabbau sondern vorrangig um neue Produktionsprozesse, Automatisierung und Flexibilisierung. Hinzu kommen Herausforderungen wie Fachkräftemangel und steigende Energiekosten. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sind gerade die international tätigen Unternehmen dabei, Strategien einzuführen, um die Produktionsprozesse weiter zu automatisieren und in globale Netzwerke einzubinden, sich enger mit industrienahen Dienstleistern zu vernetzen sowie energie- und ressourceneffizienter zu produzieren. Die Vision ist, Produktionsprozesse künftig sowohl firmenintern als auch weltweit vernetzt über Internet zu steuern (Stichwort: **Industrie 4.0**).

Industrie 4.0 könnte – so die Annahmen – **Wertschöpfung und Arbeitsplätze generieren und ressourceneffizienter sein. Und darüber hinaus könnten die neuen Produktionsprozesse aufgrund der vermehrten Dienstleistungstätigkeiten eher mit dem urbanen Umfeld harmonieren (Stichwort: Urban Production)**. Durch Industrie 4.0 ergeben sich Veränderungen unter anderem bei der Innovationstätigkeit, für die Zusammenarbeit von Unternehmen, die Branchenstruktur, Tätigkeiten und Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte. Auch ist damit zu rechnen, dass sich die Standortanforderungen und der Flächenbedarf ändern werden.

WELCHE CHANCEN ERGEBEN SICH DARAUS FÜR DEN INDUSTRIESTANDORT FRANKFURT AM MAIN?

Die Arbeitsgruppe Innovation hat diese Themen aufgegriffen und zieht aus ihren Arbeitsergebnissen folgende Schlussfolgerungen: **Frankfurt am Main hat gute Voraussetzungen, um auch für die Neue Industrie[1] ein attraktiver Standort zu sein. Frankfurt am Main könnte sogar aufgrund seiner aktuellen Stärken eine Vorreiterrolle als Standort für Neue Industrie einnehmen und seine Position als internationaler Wirtschaftsstandort weiter ausbauen.** Sind doch die Voraussetzungen günstig: eine innovative Branchenstruktur mit international ausgerichteten Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, sehr gute Infrastrukturausstattung für Kommunikation und internationale Mobilität mit Flughafen, Autobahnen, öffentlichem Personen- und Güterverkehr, Hafen sowie gut ausgebildeten Arbeitskräften. Zudem steht die Vielzahl von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Frankfurt am Main und der Region für qualifizierte Ausbildung und für Kooperationsmöglichkeiten. Und nicht zuletzt bieten Stadt und die umgebende Region eine hohe Lebensqualität.

Jedoch sind die **Erhaltung des Industriestandortes** oder gar eine **Vorreiterrolle als Standort für Neue Industrie keine Selbstläufer.** Bedarf es doch eines eindeutigen Bekenntnisses zur Industrie durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer klaren langfristigen Strategie und deren Umsetzung.

1 Der Begriff „Neue Industrie“ wird speziell für den Masterplan Industrie eingeführt und beschreibt die besondere Ausprägung und Branchenstruktur der Industrie 4.0 in Frankfurt am Main

DISKUSSIONSERGEBNISSE DER ARBEITSGRUPPE INNOVATION

Die Arbeitsgruppe hat sich in einem ersten Schritt mit der **Definition von Innovationen** und ihrem Entstehen beschäftigt. Als weitere Grundlage setzte sich die Arbeitsgruppe mit **Neuer Industrie** oder **Industrie 4.0** auseinander.

In einem zweiten Schritt wurde diskutiert, welche **Branchen** zu einer Neuen Industrie in Frankfurt am Main gehören, und es wurden die **Folgen** der Einführung von neuen Produktionsprozessen für Frankfurt am Main beleuchtet.

Abschließend wurde der Frage nachgegangen, wie die **Rahmenbedingungen** gestaltet werden müssen, um Industriebetrieben hier am Standort eine gute Basis für ihre Wirtschaftstätigkeit und Wertschöpfung zu geben. Die Diskussionsergebnisse wurden mithilfe einer schriftlichen Befragung der Teilnehmer strukturiert und priorisiert. Sie mündeten im nächsten Schritt in **Handlungsempfehlungen** und **Projektideen**.

Nachfolgend werden die wichtigsten Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe vorgestellt.

WIE WIRD INNOVATION DEFINIERT, WIE ENTSTEHEN KÜNFTIG INNOVATIONEN UND VON WEM?

Die Arbeitsgruppe hat folgende Definition vorgenommen: **Innovation ist eine Erneuerung, die ökonomisch und / oder gesellschaftlich Nutzen stiftet.** Es geht darum, Ideen marktfähig zu machen: von der Vision zum Produkt.

In früheren Zeiten entstanden Innovationen vorwiegend durch die Ideen Einzelner, zum Beispiel Carl Benz (Motorwagen) oder Josephine Cochrane (Geschirrspüler). Heute verlassen sich Unternehmen zunehmend nicht nur auf ihre eigene Innovationskraft sondern verstärkt auf die Integration und Nutzung externer Informationen und Kompetenzen. So entstehen Innovationen zumeist in **komplexen Netzwerken** von Kunden, Forschung, Industrie, Design, Kommunikation, Finanzinstituten/ Venture Capital, BMBF/EU-Förderprogrammen und anderen. Stichworte hierfür sind „Cross Innovation“ oder „Open Innovation“.

Eine Vielzahl von Unternehmen nutzt heute auch „Crowd Innovation“ (von crowdsourcing innovation) – eine neue Form gemeinschaftlicher und offener Innovationsansätze. Das Wissen vieler führt zu marktorientierteren und kreativeren Ideen. Damit einher geht ein Paradigmenwechsel, der die **Integration von Kunden / Kundenwünschen** zu einer elementaren Voraussetzung für erfolgreiches Innovieren werden lässt.

In der Wissensgesellschaft gewinnen zudem **gesellschaftliche oder soziale Innovationen** an Bedeutung. Gemeint sind insbesondere neue Organisationsformen, neue Kommunikationskulturen, neue Regulierungen oder neue Lebensstile, die Probleme besser lösen als frühere Praktiken. Sie sind es deshalb wert, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden. Beispiele sind Umweltbewegung, Elternzeit, Wissensbilanz, E-Government, Mediationsverfahren.

Eine der wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationen ist jedoch der Einzug der Digitalisierung und des Internets und damit verbunden der allgegenwärtigen Verfügbarkeit von Daten und Informationen in allen Arbeits- und Lebensbereichen. **Alles und Jeder wird global miteinander vernetzt sein – nicht nur in der Arbeitswelt sondern auch im Privatleben, zunehmend mit verwischenden Grenzen** – und mit tiefgreifenden Folgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. So haben beispielsweise Soziale Netzwerke zu einer gänzlich veränderten Kommunikation geführt. Und die internetbasierte Industrie 4.0 wird zu neuen Produktionsprozessen führen – dazu mehr im nächsten Abschnitt.

Arbeitsgruppe Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft

WAS VERSTEHT MAN UNTER INDUSTRIE 4.0?

Innerhalb von Produktionsunternehmen sollen Entwicklungs-, Produktions- und Logistikprozesse zwischen Menschen, Maschinen und Systemen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) künftig vernetzt ablaufen. Diese unter dem Begriff **Industrie 4.0** beschriebene Neue Industrie beinhaltet eine weitere Digitalisierung, Automatisierung und Flexibilisierung der gesamten Wertschöpfungskette.

Die Auslöser hierfür sind: die steigende Komplexität der Produkte und Prozesse und immer kürzere Produkt-, Technologie- und Innovationszyklen. Hinzu kommen der Wunsch der Kunden nach **individuellen Produkten und Dienstleistungen** sowie das Bedürfnis nach besseren **Lösungen für komplexe Probleme**. Die Produktion mithilfe Industrie 4.0-Methoden ermöglicht es den Unternehmen, Wertschöpfungsnetze (regional und global) mit Zulieferern und Kooperationspartnern ebenso wie die internen Produktionsprozesse effizienter zu organisieren und zu steuern. Dies beinhaltet auch die direkte Vernetzung von Maschinen und Produktionsanlagen, global und über die jeweilige Betriebsstätte hinaus. Ziel ist es, schneller als bisher mit wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen auf den Markt zu kommen.

Diese Wertschöpfungsnetze umfassen **Produktionsunternehmen** wie auch **Dienstleistungsunternehmen** gleichermaßen. Hierzu mehr im folgenden Abschnitt.

WELCHE BRANCHEN GEHÖREN ZU EINER NEUEN INDUSTRIE IN FRANKFURT AM MAIN?

Insbesondere große und mittelständische Unternehmen arbeiten schon heute in multinationalen Netzwerken mit Partnern und Kunden. Zahlreiche Innovationen entstehen vernetzt. Warenbeschaffung, Beratung, Vertrieb, Marketing und Kundenservice werden über Netzwerke organisiert.

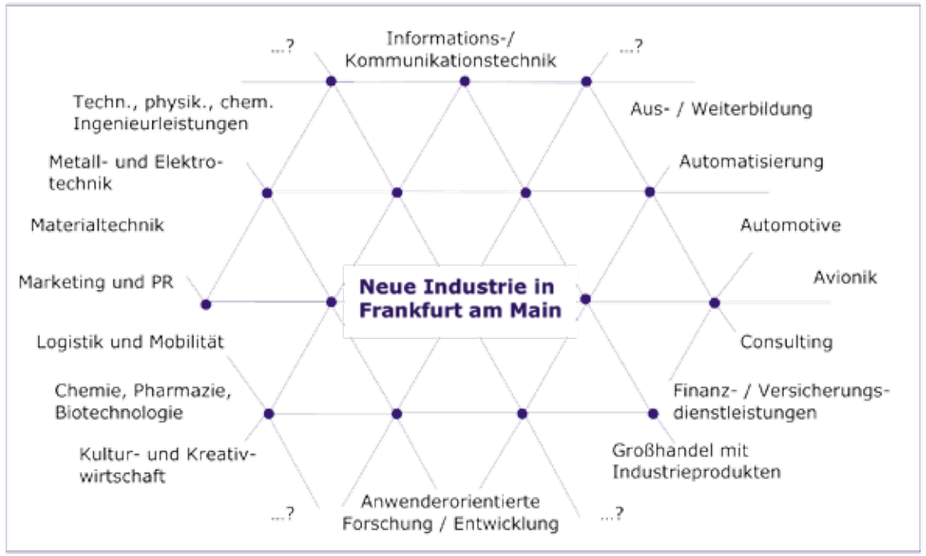
Gerade bei komplexen Produkten und vor allem bei Problemlösungen erfolgt die Zusammenarbeit in **branchenübergreifenden Wertschöpfungsnetzen** – also zwischen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen unterschiedlicher, bislang getrennt agierender Branchen. Dies betrifft alle nicht zum Kerngeschäft der Produktionsunternehmen gehörenden Tätigkeiten, vermehrt vor allem auch die Prozesssteuerung über Internet und damit alle IKT- und Automatisierungsdienstleistungen. **Mit der Folge, dass traditionelle Branchengrenzen verschwinden und Unternehmen gemeinsam an neuen Produkten und Problemlösungen arbeiten.** Zudem wird der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten im Produktionsprozess weiter wachsen.

Der Wirtschaftsstandort Frankfurt hat mit seiner innovativen dienstleistungsorientierten Branchenstruktur eine sehr gute Ausgangssituation, um wichtige Segmente für die neuen Anforderungen der Industrie bereitzustellen. Sind doch viele der relevanten Branchen in Frankfurt am Main, beziehungsweise in einem Radius von 100 km, vertreten.

Es kann die These gewagt werden, dass eine solche Branchenvielfalt nur in wenigen vergleichbaren Ballungsräumen anzutreffen ist, so dass Frankfurt am Main **sogar eine Vorreiterrolle als Standort für Neue Industrie einnehmen und seine Position als internationaler Industriestandort weiter ausbauen könnte. Damit könnte Frankfurt am Main neben seiner Positionierung als internationaler Finanzplatz und Verkehrsdrehscheibe eine neue Stärke gewinnen.**

In der nachfolgenden Grafik sind die wichtigsten ansässigen Branchen von Frankfurt am Main aus Forschung, Entwicklung, Produktion und industrienahen Dienstleistungen aufgeführt, die für die Wertschöpfungsnetze in der Neuen Industrie erforderlich sind. Künftig werden weitere Branchen hinzukommen, andere möglicherweise wegfallen oder neu strukturiert.

Wertschöpfungsnetze von Forschung, Entwicklung, Produktion und industrienahen Dienstleistungen in der Neuen Industrie in Frankfurt am Main



WELCHE FOLGEN HABEN DIE NEUEN PRODUKTIONSPROZESSE AUF FRANKFURT AM MAIN?

Die Arbeitsweisen in der Neuen Industrie haben nicht nur Folgen auf die Organisation und Steuerung innerhalb der Produktionsnetze sondern auch vielfältige Folgen für die Stadt – von den Standortanforderungen, dem Flächenbedarf bis hin zu den Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte. Nachfolgend werden einige der wichtigsten Folgen kurz skizziert.

- **Der Bedarf an IKT-Infrastruktur wächst**
  Nicht nur die Ausrüstungen müssen für die Neue Industrie entwickelt werden, eine große Nachfrage entsteht auch nach IKT-Systemen zur Produktionsplanung und -steuerung, für Vertrieb, Wissensmanagement und zur Datensicherheit. Vor allem aber müssen robuste, **sichere und leistungsfähige Kommunikationsnetze und Rechenzentren** bereitgestellt werden – ausgelöst durch die enorme Zunahme der Datenmengen und den Bedürfnissen nach einer Effizienzsteigerung.

Ziel muss es sein, die Vorreiterrolle, die Frankfurt am Main mit seiner IKT-Infrastruktur heute in Europa einnimmt, zu erhalten und auszubauen.

- **Die Ressourceneffizienz wird besser**
  Die vernetzte Produktion kann **ressourcen- und energieeffizienter** ausgeführt werden. So können Energie und Kosten durch exaktere Steuerung der Stoffströme und durch effizientes Energiemanagement eingespart werden, die Produktion kann durch neue Verfahren und Maschinen leiser oder seltene Rohstoffe können durch spezielle Recyclingverfahren ersetzt werden – um nur einige Beispiele zu nennen. Dies alles ist positiv zu werten angesichts des Klimawandels und der knapper werdenden Ressourcen.

  Konflikte mit störempfindlichen Nutzungen (zum Beispiel Wohnen) werden insgesamt geringer. Die Neue Industrie wird in Frankfurt am Main eher möglich sein als noch vor wenigen Jahren. Und nicht zuletzt gewinnt Frankfurt am Main dadurch bessere Voraussetzungen für das Vorhaben, eine **Green City** zu werden.

Ziel muss es sein, nachhaltige Energieangebote für die wachsenden Bedürfnisse bereitzustellen.

- **Die Qualifikationsanforderungen nehmen zu**
  Die Neue Industrie stellt veränderte Anforderungen an die Qualifikation von Mitarbeitern, die die Prozesse steuern und zunehmend zu Wissensarbeitern werden. Die **Ausbildungsprofile ändern sich.** Nachgefragt werden zunehmend MINT-Ausbildungen, zum Beispiel Automatisierungstechnik, Mechatronik und insbesondere IKT, Prozessmanagement, Distribution. Routinearbeiten und Arbeiten für angelernte Arbeiter hingegen werden zunehmend von Maschinen erledigt.

  Zudem sind Flexibilität, Teamfähigkeit, internationale Ausrichtung sowie Selbstorganisation wichtige Anforderungen an die Arbeitskräfte. Und da die Anforderungen sich ständig wandeln, wird eine **lebensbegleitende Weiterbildung** verlangt. Dies hat auch entsprechende Auswirkungen auf die Bildungs- und Weiterbildungsinfrastruktur.

Ziel muss es sein, die Aus- und Weiterbildungsangebote themenübergreifend und interdisziplinär auszurichten.

- **Das Verkehrsaufkommen wächst stetig**
  Das Verkehrsaufkommen wird weiter stetig wachsen, vor allem durch die **Zunahme des weltweiten Güterhandels**, der weltweit vernetzten Produktion und der zunehmenden globalen Ausweitung der Märkte. Zudem möchten nicht nur die Kunden kurzfristig nach der Bestellung beliefert werden, auch die Produktionsprozesse erfordern häufig eine Rund-um-die-Uhr-Belieferung an sieben Tagen in der Woche (24/7). Außerdem wird die zunehmende berufliche und private Reisetätigkeit zum steigenden Verkehrsaufkommen beitragen.

  Ziel muss es sein, gute Lösungen für die Mobilitätsfrage unter Berücksichtigung der Belange der Bevölkerung zu entwickeln und umzusetzen. Denn sie sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsraums Frankfurt-RheinMain.

- **Eine stärkere Nutzungsmischung ist möglich**
  Im Kontext der Neuen Industrie gewinnen **industrienahe Dienstleistungen** weiter an Bedeutung. Zu den industrienahen Dienstleistungen zählen beispielsweise IKT-Dienstleistungen oder technische Ingenieurleistungen. Diese Unternehmen sind oftmals außerhalb der eigentlichen Produktionsstätten tätig. Der Flächenbedarf richtet sich deshalb auch auf Büroflächen in Mischbaugebieten in urbanem Umfeld mit Nähe zu Restaurants, Einkaufsmöglichkeiten, Angeboten für Kinderbetreuung, Anbindung an den ÖPNV und einem leistungsfähigen Breitbandnetz. Zunehmend werden kleine flexible Einheiten nachgefragt, die den neuen Arbeitsformen Rechnung tragen. Vermehrt wird auch de-zentral gearbeitet – unterwegs, zu Hause, beim Kunden und Netzwerkpartner oder in Gruppen, die sich temporär und kurzzeitig zusammenfinden.

  Produktionsunternehmen wünschen preiswerte und verkehrsgünstige gewerbliche Bauflächen – möglichst in der Nähe zu verwandten Branchen oder zu **industrienahen Dienstleistern**. Die Flächen werden sowohl mit Produktions- als auch mit Lager-, Service- oder Bürogebäuden belegt. Gerade die größeren Produktionsunternehmen passen sich mit Um- oder Neubauten den vernetzten Produktionsprozessen an und organisieren die Abläufe neu. Wurde beispielsweise früher in Einzellaboren geforscht und entwickelt, geschieht dies heute in Gruppenlaboren.

  Insgesamt wird eine **stärkere Nutzungsmischung** möglich sein – nicht zuletzt durch eine höhere Umweltverträglichkeit in der Produktion, zum Beispiel geringere Geräuschemissionen und den strukturellen Wandel in der Industrie mit einer Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten. Diesen geänderten Flächenanforderungen der Neuen Industrie trägt das Baurecht bislang nicht Rechnung.

  Ziel muss es sein, die geltenden Standards des Baurechts an die Anforderungen der Neuen Industrie anzupassen. Eine entsprechende Einflussnahme beim Gesetzgeber kann beispielsweise über geeignete Stakeholder wie den Städtetag geschehen.

Das Fazit der Arbeitsgruppe Innovation: Die Neue Industrie kann und soll in Frankfurt am Main auch künftig einen bedeutenden Platz im Wirtschaftsgefüge einnehmen.

NEUE INDUSTRIE IN FRANKFURT AM MAIN – RAHMENBEDINGUNGEN UND PROJEKTVORSCHLÄGE

Die Arbeitsgruppe hat sich mit der Frage beschäftigt, welche Rahmenbedingungen in Frankfurt am Main geschaffen werden müssen, um als innovativer Industriestandort weiterhin attraktiv zu sein oder gar eine Vorreiterrolle als Standort für Neue Industrie einzunehmen. Daraus wurden Projektvorschläge abgeleitet, die zur Verbesserung der Rahmenbedingungen – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – in Frankfurt am Main dienen können. **Hierbei erfolgt eine Konzentration auf das lokal Machbare – personell wie auch finanziell.** Nachfolgend werden die aus der Sicht der Arbeitsgruppe wichtigen Rahmenbedingungen aufgeführt und drei Projektideen vorgestellt.

RAHMENBEDINGUNGEN UND PROJEKTVORSCHLÄGE FÜR DIE NEUE INDUSTRIE IN FRANKFURT AM MAIN

Folgende Rahmenbedingungen wurden als besonders wichtig erachtet:

- Klare Strategie für die Entwicklung des Industriestandorts verfolgen
- Image als Industriestandort aufbauen
- Digitale Infrastruktur weiter ausbauen und auf steigenden Bedarf der Industrie und industrienaher Branchen ausrichten
- Unterstützung von branchenübergreifenden Wertschöpfungsnetzen in der Produktentwicklung und im Produktionsprozess verstärken
- Innovationsplattformen aufbauen

Die Arbeitsgruppe hat daraus eine **Vielzahl von Projektideen** abgeleitet, darunter sind die Ansiedlung von angewandten Forschungszentren, beispielsweise FraunhoferInstituten, oder das Transparentmachen der Angebote der ansässigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Industrie bis hin zur Bereitstellung von flexiblen Flächenangeboten für die Industrie (Auszug der detaillierten und priorisierten Befragungsergebnisse siehe Anhang).

Als besonders wegweisend werden die folgenden drei Projekte angesehen:

- Verfolgen einer klaren Strategie für die Entwicklung des Industriestandorts und **Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main**
- Aufbau eines Future Labs zur Unterstützung von branchenübergreifenden Wertschöpfungsnetzen in der Produktentwicklung und im Produktionsprozess
- Ausbau der digitalen Infrastruktur im Hinblick auf den steigenden Bedarf der Industrie und anderer Branchen mit einem Pilotprojekt **Digitales Gewerbegebiet**

Ziel des Masterplans Industrie insgesamt und der Projektideen muss dabei sein, sie mit den Fachplanungen der anderen Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung abzustimmen und wenn möglich, Synergien herzustellen.

Die drei Projektvorschläge werden nachfolgend detailliert vorgestellt.

PROJEKTVORSCHLAG 1: MARKETING FÜR DEN INDUSTRIESTANDORT FRANKFURT AM MAIN

AUSGANGSSITUATION

Gemessen an der Wertschöpfung je Erwerbstätigen ist Frankfurt am Main auch im internationalen Maßstab ein Hochleistungsstandort. Diese Leistungsfähigkeit hat Frankfurt am Main unter anderem einer starken Industrie zu verdanken. Trotzdem wird die Stadt **eher als Standort des Finanzsektors, der Logistikwirtschaft, der Messe und der Dienstleistungswirtschaft** wahrgenommen.

Die zahlreichen Bemühungen des Magistrats, der Kammern und der Industrieverbände, das Image des Wirtschaftsstandortes Frankfurt zu erweitern, sind bislang ohne nachhaltigen Erfolg geblieben. **Angesichts der Bedeutung der Industrie für das Wirtschaftsgeschehen von Stadt und Region besteht Einigkeit, in den Anstrengungen zu einer solchen Imageerweiterung nicht nachzulassen, vielmehr sie zu verstärken.** Auch im globalen Kontext der Industrieentwicklung ist bedeutsam, dass mit dem Frankfurter Raum eine Kompetenzvermutung verbunden wird, dass hier eine moderne, innovative und leistungsstarke Industrie am Werken ist, die wesentliche Beiträge zur Lösung aktueller und zukünftiger Probleme der Menschheit im 21. Jahrhundert zu leisten in der Lage ist. Auch im Zusammenhang mit industriellen Spitzenleistungen ist Reputation eine immer wichtiger werdende Grundlage zukünftigen Geschäftserfolges. Das gilt für Unternehmen ebenso wie für die Industriestandorte.

Reputation ist darüber hinaus in zweierlei Hinsicht wichtig: Zum einen operieren hier konzernzugehörige Betriebe, deren Entscheidungszentrale außerhalb Frankfurts, teilweise im Ausland, sitzt. Diese Betriebe befinden sich konzernintern in Konkurrenz mit ihren Schwesterbetrieben. Beispiele von Unternehmen im Industriepark Höchst / Frankfurt zeigen, dass sie im konzerninternen Standortwettbewerb ihre Position nicht nur verteidigen, sondern sogar festigen konnten.

Zum anderen spielt die Kompetenzvermutung auch bei der Wahl des Arbeitgebers von Fachkräften eine wichtige Rolle. Zwar wirkt hier das allgemeine Stadtimage nicht unwesentlich mit, aber ausschlaggebend ist der Ruf des Unternehmens hinsichtlich Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit.

MASSNAHMEN / PROJEKTE

Imagearbeit ist Daueraufgabe! Wer das per Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen nicht verinnerlicht, sollte damit erst gar nicht anfangen.

Imagearbeit muss nach innen wie nach außen erfolgen.

Natürlich sind auch der Masterplan Industrie wie vorher das Industriepolitische Leitbild 1994 als solche auch Image schaffende Projekte, die nach innen wie nach außen wirken.

KOMMUNIKATION NACH INNEN

Die bisherigen Einzel-Aktivitäten zu Frankfurt als Industriestandort sind überwiegend **nach innen** gerichtet, zielen also auf die Industrie im Frankfurter Raum, die Bevölkerung und die lokalen Medien. Dazu zählen:

- Industrieabend (Wirtschaftsförderung-Stadt / IHK im Wechsel)
- Nacht der Industrie (IHK / Unternehmen)
- Industrieparkgespräch (Wirtschaftsförderung-Stadt / Infraserv)
- Branchengespräche (Wirtschaftsförderung-Stadt)
- Gespräche mit Industriegewerkschaften / Betriebsräten (Wirtschaftsförderung-Stadt / DGB)
- Tage der offenen Tür (Unternehmen)
- Wirtschaftstage in ausgewählten Stadtteilen (Wirtschaftsförderung-Stadt / Kammern)
- Industriebezogene Vortragsveranstaltungen (IHK, Verbände und andere)

Darüber hinaus bemühen sich 19 Cluster- und Netzwerkinitiativen in Frankfurt am Main sowie 61 in der Region FrankfurtRheinMain um die Vernetzung von Unternehmen, Verbänden, Hochschulen und Forschungsinstituten und um Marketing nach innen und teilweise nach außen.

Diese Projekte sind schon aus Kontinuitätsgründen unbedingt fortzuführen, laufend auf Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen beziehungsweise wenn möglich und sinnvoll zu intensivieren und zu vernetzen.

KOMMUNIKATION NACH AUSSEN

Auch hier bestehen Defizite. Zwar wird in der Standortwerbung stets die Rolle als Industriestandort betont, aber diese These müsste stärker gefüttert werden. Es fehlen vor allem regelmäßige positive Erfolgsgeschichten der Industrie im Frankfurter Raum.

Bekannte Industriezentren profitieren von der Berichterstattung in der Wirtschaftspresse über die Entwicklung ihrer – oft großen – Industrieunternehmen. Beispiele: München mit Siemens und BMW, Stuttgart mit Mercedes / Daimler / Porsche und IBM, Mannheim mit BASF usw. Ähnliche Nachrichten, die es über die Industrie im Frankfurter Raum auch gibt, werden von der Berichterstattung über die Entwicklung des hiesigen Bankensektors, des Flughafens oder der Messe in der Imagewirkung überstrahlt.

Hilfreich wären auch Kongresse / Konferenzen zu aktuellen Entwicklungen der Industrie nach dem Motto: „Seht her, das wird in Frankfurt entwickelt."

ANSATZPUNKTE / MASSNAHMEN / PROJEKTE

Der **Masterplan Industrie** muss sowohl in seiner Entstehung und vor allem bei seiner Verabschiedung **offensiv kommuniziert** werden. Dass ein Wirtschaftszentrum wie Frankfurt am Main einen Masterplan zur Industrieentwicklung beschließt, hat Nachrichtenwert und reicht über die regionale Wahrnehmung hinaus. Die Nachricht, dass Frankfurt am Main als sogenanntes Finanz- und Dienstleistungszentrum einen solchen Masterplan in Kraft setzt, dürfte zumindest auf der nationalen Ebene für einen gewissen Aha-Effekt sorgen. Die überregionale Aufmerksamkeit ist für die Kommunikation der Umsetzung von Aktivitäten der verschiedenen Handlungsfelder zu nutzen. Hier ist vor allem das „Kompetenzzentrum Industrie" der Wirtschaftsförderung gefordert. Die anderen Stakeholder müssen aber in das gleiche Horn stoßen und in ihrem Wirkungskreis das Vorhaben kommunizieren. Instrumente sind die klassischen: Pressearbeit auf Bundesebene, Vorträge zum Thema Industriepolitik werden überall gehalten, da kann auch ein Vertreter aus dem Frankfurter Raum auftreten. Ebenfalls erforderlich ist, dass prominente Industrievertreter aus der Region sich positiv zu diesem Projekt äußern.

SCHAFFUNG VON REPUTATION

In der Industrie des Frankfurter Raums gibt es viele **Spitzenleistungen** und beachtliche Positionen am Weltmarkt. Diese sind selbst in Expertenkreisen viel zu wenig bekannt.

Bis vor wenigen Jahren gab es das Projekt der Initiative Wissensregion „**Perlen** der Wissensregion" mit prägnanten Darstellungen von innovativen Produkten und Dienstleistungen aus Wirtschaft und Wissenschaft. Dies sollte mit einem **industriellen Fokus wiederbelebt** werden. Erforderlich ist, einen **permanenten Nachrichtenstrom von Erfolgsgeschichten** aus der hiesigen Industrie zu erzeugen. Hierfür sollen aktuelle, sich anbahnende, aber auch frühere Erfolge dargestellt werden, um die Kontinuität aufzuzeigen. Der Ansatz wäre, einen ständigen Arbeitskreis von Vertretern der Kommunikationsabteilungen der Industrie zu installieren, der die „Munition" liefert. Wünschenswert wäre ein Redaktionsteam aus diesem Arbeitskreis Innovation, das die Erfolgsgeschichten aufbereitet. Die gewiss vorhandenen Spitzenleistungen und Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen und der Großindustrie müssen über die organisierten Industrievertreter identifiziert und für die Erfolgsgeschichten aufbereitet werden. Zusammen mit den Erfolgsgeschichten sollten auch die notwendigen Voraussetzungen industriellen Erfolges beschrieben werden (z. B. hochqualifizierte Arbeitskräfte, lebenswertes, attraktives Umfeld für Wohnen und Freizeit, Infrastruktur, Digitale Netzwerke, Flughafen, Autobahnknotenpunkt, MINT-Ausbildung, internationale Schulen, Akzeptanz der Bevölkerung).

In diesem Zusammenhang sind die PR-Potenziale des im 2. Projektvorschlag skizzierten FIL – Frankfurt Industry Lab zu nutzen. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Redaktionsteam und den FIL-Verantwortlichen fördert die Reputation des Frankfurter Raums als innovativer Industriestandort.

Wie die Erfahrung bei den „Perlen der Wissensregion" zeigt, haben die Unternehmen aus der Region großes Interesse, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen, denn sie profitieren unmittelbar davon. **Das Kompetenzzentrum Industrie und die IHK in Verbindung mit den Arbeitgeberverbänden sollten die koordinierende Funktion übernehmen.** Eine Plattform sollte in den Neuen Medien (business and social) installiert werden. Eine begleitende Pressearbeit und andere PR-Maßnahmen sind allerdings unverzichtbar.

Falls das Engagement der Industrieunternehmen nicht über die Informationslieferung hinaus reichen sollte, ist über eine qualifizierte personelle Verstärkung beim Kompetenzzentrum Industrie oder bei der IHK zu entscheiden.

PROJEKTVORSCHLAG 2: FUTURE LAB

WIE ES IST:

Die **Vernetzung** von Produktions-, Dienstleistungs- und Logistikprozessen sowie zwischen Menschen, Maschinen und Systemen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) nimmt immer stärker zu. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die steigende Komplexität der Produkte und Prozesse, immer kürzere Produkt-, Technologie- und Innovationszyklen sowie der Wunsch der Kunden nach individuellen Produkten und Dienstleistungen. Diese Wertschöpfungsnetze zwischen dem produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen gewinnen daher zunehmend an Bedeutung.

FrankfurtRheinMain bietet mit seinem breit aufgestellten industriellen Sektor, einer innovativen Dienstleistungsbranche sowie einer global agierenden Finanzwirtschaft beste Voraussetzungen, um **sich als Standort für Neue Industrie zu positionieren**.

Allerdings stellt die zyklische und zum Teil hochfrequente Arbeit in den Wertschöpfungsnetzen völlig neue Ansprüche an die Infrastruktur. So werden Räume benötigt, die ein flexibles projektbezogenes und damit zeitlich begrenztes Zusammenarbeiten unterschiedlichster Branchen und Disziplinen ermöglichen. Klassische Gründerzentren, Inkubatoren, Transferzentren oder ähnliches können diesen Bedarf nicht decken.

WIE ES SEIN SOLL:

FrankfurtRheinMain nimmt eine Vorreiterrolle als Standort für die Neue Industrie ein und baut seine Position als internationaler Industriestandort weiter aus.

WAS SOLL DER MASTERPLAN INDUSTRIE HIERZU BEITRAGEN:

Vorgabe
Es soll kein weiteres Gründerzentrum errichtet werden. Synergien zu bestehenden Einrichtungen und vorhandener Infrastruktur sollen genutzt werden.

Vorschlag

- Es soll eine Plattform zur Entwicklung und Realisierung von Ideen, Projekten und Geschäftsideen mit klarem kommerziellen Fokus für die Neue Industrie – das „**FIL – Frankfurt Industry Lab**" – ins Leben gerufen werden.
- Das FIL soll eine Workstation sein, die **projektbezogen eine Vernetzung** von Personen, Branchen, branchenbezogenen Netzwerkinitiativen und Disziplinen ermöglicht. Die klare zeitliche Begrenzung des Vorhabens ist zwingende Voraussetzung für die Nutzung des FIL.
- Dabei können **Projekte von Gründern und Unternehmen** (insbesondere KMU) aber auch von Hochschulen oder der Stadt (z. B. durch das Energiereferat im Rahmen des „Masterplan 100% Klimaschutz") eingebracht werden.
- Darüber hinaus leistet das FIL praktische Unterstützung für KMU bei deren Innovationsanstrengungen durch **Innovationsassistenten**. Die Innovationsassistenten operieren angebotsorientiert im Sinne einer aufsuchenden Beratung.
- **Angebunden an das FIZ** – Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie, kann das FIL die vorhandene Infrastruktur nutzen. Das FIZ kann darüber hinaus helfen, **Kontakte** zu den relevanten Akteuren aus Wirtschaft, Hochschulen und Forschung sowie Verwaltung zu knüpfen. Zudem kann es **Ressourcen** für die Organisation und Moderation der Projekte bereitstellen. Und es könnte in der Anlaufphase des FIL eine **Veranstaltungsreihe** zur Neuen Industrie organisieren.
- Durch seine klare Ausrichtung an den Erfordernissen und Ansprüchen des Marktes, steht das FIZ auch als **Garant für den kommerziellen Fokus des FILs**. Das FIZ erhält für die Umsetzung zusätzliches Personal. Die

PROJEKTVORSCHLAG 3: DIGITALES GEWERBEGEBIET

WIE ES IST:

Die Digitalisierung der Industrie ist im vollen Gange. Das Schlagwort von der Industrie 4.0 macht die Runde. Digitale Technologien verändern industrielle Produkte, deren Entwicklungen sowie die Produktionsprozesse und -systeme grundlegend. Darüber hinaus werden mit der Digitalisierung Innovation und Globalisierung rasant angetrieben und neue Geschäftsmodelle entwickelt.

Um die wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung nutzen zu können, muss die mobile und die leitungsgebundene **Breitbandinfrastruktur flächendeckend und leistungsfähig ausgebaut werden**. Sie muss in der Lage sein, den wachsenden Bedarf der Unternehmen in einem digitalisierten Umfeld zu decken. Heute beträgt die durchschnittliche Übertragungsgeschwindigkeit in Deutschland 16 MBit/s. In fünf Jahren wird mit 100 bis 120 MBit/s und in zehn Jahren sogar mit 300 bis 350 MBit/s gerechnet. Die Prognosen bleiben jedoch vage, da letztlich nicht abzuschätzen ist, welche Innovationspotenziale gehoben werden könnten, wenn ein hochleistungsfähiges Breitbandnetzwerk zur Verfügung stünde.

FrankfurtRheinMain steht hier im deutschlandweiten Vergleich sehr gut da. Doch sitzen die eigentlichen Wettbewerber in Japan, Korea, USA oder in den europäischen Nachbarstaaten im Norden beziehungsweise in Großbritannien. Dies hängt vor allem mit dem geringen Anteil an reinen Glasfaserleitungen (FTTB, FTTH) zusammen. So basieren etwa 65 % der in Japan, 60 % der in Südkorea und immerhin noch 32 % der in Schweden abgeschlossenen Breitbandverträge auf reinen **Glasfaser-Lösungen**.

Deutschland liegt hier aufgrund seiner Fokussierung auf DSL- und Koaxialkabel **mit 0,65 % im hinteren Feld**. Klar ist also: Wer stehen bleibt, fällt im internationalen Wettbewerb zwangsläufig zurück.

WIE ES SEIN SOLL:

Der Digital Hub FrankfurtRheinMain hat es in seiner Vision bereits klar formuliert: **FrankfurtRheinMain soll zum bedeutendsten digitalen Knotenpunkt in Europa werden.**

WAS SOLL DER MASTERPLAN INDUSTRIE HIERZU BEITRAGEN:

Vorgabe
Maßnahmen, die im Rahmen des Masterplans Industrie beschlossen und umgesetzt werden, müssen sich in die Strategie von Stadt und Region zum Ausbau der digitalen Infrastruktur einfügen und diese ergänzen.

Vorschlag
- Ein bestehendes **Gewerbegebiet** in Frankfurt wird als **Pilot** mit einer Infrastruktur ausgestattet, die eine Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 1 GB/s gewährleistet. Die dazu bereits initiierten Arbeiten und das Know how der AG „Digitale Infrastruktur" sind hinzuzuziehen.
- Es wird ein **gemeinsames Vorgehen** der mit dem Thema Breitband arbeitenden Gruppen angestrebt, wobei vor allem der Digital Hub FrankfurtRheinMain e. V. und andere Arbeitsgruppen des MPI (Digitale Infrastruktur und Energie) mit einbezogen werden.
- Bei der Entscheidung, welches Gewerbegebiet als 1 GB/s-Pilot entwickelt werden sollte, sollte nach Maßgabe einer bereits vorhandenen **substanziellen Nachfrage** entschieden werden. Das Pilotgebiet sollte auch über Flächen für Neuansiedlungen verfügen.
- Die **Finanzierung sollte als Kooperationsprojekt** von Unternehmen und öffentlicher Hand getragen werden. Hierzu wird das Referat IT, Technologiepolitik und -förderung des Hessischen Wirtschaftsministeriums angesprochen, zu dem seitens der Stadt und der Wirtschaftsförderung Kontakte bestehen. Es sollte zudem geprüft werden, inwieweit das Förderprogramm des Landes zum Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternets in Anspruch genommen werden kann.

Wirkung
- Frankfurt zeigt, dass die Stadt bereits heute die Voraussetzungen für die Anforderungen von morgen schafft und bleibt somit **Treiber im nationalen und internationalen Standortwettbewerb**.
- Frankfurt macht einen wichtigen Schritt hin zu einem modernen Industriestandort. **Innovationspotenziale**, die aus der Digitalisierung der Industrie (Industrie 4.0) erwachsen, **werden in Frankfurt** gehoben.
- Falls es gelingt, ein neues GI/GE-Gebiet mit einer nennenswert leistungsfähigen digitalen Infrastruktur zu realisieren oder ein bestehendes GI/GE-Gebiet entsprechend aufzurüsten, muss das offensiv **überregional und im Ausland** kommuniziert werden. Das ist eine standortbezogene Erfolgsgeschichte, und es ist die Grundlage für die Realisierung der Industrie 4.0.

Hauptakteure für die Kommunikation sind Stadt und Wirtschaftsförderung sowie der Digital Hub e. V.

Arbeitsgruppe Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft

ANHANG

BEFRAGUNG DER TEILNEHMER DER ARBEITSGRUPPE INNOVATION – AUSZUG DER ERGEBNISSE UND PRIORISIERUNG DER PROJEKTVORSCHLÄGE

Handlungsempfehlungen und Projekte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Industriestandorts Frankfurt am Main

Themengebiete	Handlungsempfehlungen mit den höchsten Prioritäten (<2) in der Befragung der Teilnehmer (9 Antworten) / Projekte	Priorität[1]	Handlungs-reichweite (lokal/ regional)[2]	kurz-, mittel-, langfristig[3]	umsetzende Akteure[4]	Finanzierung[5]
A Attraktivität von Stadt (und Region)	**– Klare Strategie für die Entwicklung des Industriestandorts verfolgen** **– Image als Industriestandort aufbauen** **– Werbung für die Bedeutung von Innovationen und Industrie machen**	**1,22**	lo			
	Projektvorschlag der AG **Werbung für den Industriestandort ausweiten und fokussieren:** - Frankfurt als Innovationsstandort platzieren, der Vernetzung fördert →Frankfurt steht für Vernetzung und Innovation (Unternehmen aus vielen Branchen sind vor Ort oder in der Region, industrienahe/technische Hochschul-, Ausbildungs- und Forschungsinstitute allerdings eher weniger) - Leistungen und Innovationskraft transparenter machen		re		F, IHK, U, G, A	
	- Veranstaltungen wie „Lange der Nacht der Industrie" fortsetzen; Anspruch: Wissenschaftliche Information und ÖA, stärker im Verbund verschiedener Beteiligter (Budgets dadurch einsparen) (→Verweis an AG Kommunikation)		lo		F, IHK, U, G, A	
	- Strategie für innovative Unternehmen erkennbar machen		re			

Themengebiete	Handlungsempfehlungen mit den höchsten Prioritäten (<2) in der Befragung der Teilnehmer (9 Antworten) / Projekte	Priorität[1]	Handlungs-reichweite (lokal/ regional)[2]	kurz-, mittel-, langfristig[3]	umsetzende Akteure[4]	Finanzierung[5]
A Attraktivität von Stadt (und Region) Fortsetzung	**Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen verbessern**					
	- Bestandspflege der ansässigen Unternehmen verstärken		lo			
	- Flexible Begleitung durch Genehmigungsbehörden einfordern		lo			
	- Flächennutzung neu denken (s. o.) – neue Flächenbedarfe durch neue Tätigkeiten erkennen und Flächen bis hin zu temporären Gebäuden anbieten		lo			
	- Effizientere Produktion cross-sektoral unterstützen →Netzwerke effizienter einsetzen, Weiterbildungsangebote ausbauen		lo			
	- Digitale Infrastruktur als Rückgrat für moderne Industrie weiter ausbauen		lo			
	Ansiedlungsstrategie für neue/innovative Industrieunternehmen entwickeln und umsetzen		lo			
	Weiteres - Masterplan Industrie als Leitlinie der Politik u. a. beschließen und befolgen		lo		F, IHK u. a.	
	Projektvorschlag der AG **Digitale Infrastruktur weiter ausbauen und auf steigenden Bedarf der Industrie und industrienaher Branchen ausrichten:** - Modellprojekt „Industriegebiet mit digitaler Zukunftsausrichtung" aufsetzen	**1,33**	lo	m	F, U	

Themengebiete	Handlungsempfehlungen mit den höchsten Prioritäten (<2) in der Befragung der Teilnehmer (9 Antworten) / Projekte	Priorität[1]	Handlungs-reichweite (lokal/ regional)[2]	kurz-, mittel-, langfristig[3]	umsetzende Akteure[4]	Finanzierung[5]
B Vernetzung der Akteure	**Unterstützung von branchenübergreifenden Wertschöpfungsnetzen in der Produktentwicklung und im Produktionsprozess verstärken (Kooperation von Kunden, FuE, Design, Produktion, Service, Logistik, Aus- und Weiterbildung, Kommunikation u. a., Stichworte Cross Innovation für Crossover-Märkte)** **Leistungen transparenter machen**	**1,33**				
	- Innovationsfelder/innovative cross-sektorale Branchen definieren →Fokus auf bestimmte Branchen legen, stärker auf Kundennutzen und Prob-					

	lemlösungen ausrichten (z. B. Lifestyle, personalisierte Medizin und Gesundheitsprodukte, automatisiertes Fahren)					
	- Kultur/Atmosphäre des cross-sektoralen Austauschs aufbauen, unternehmerisches Denken stärker leben und fördern, z. B. in Future Labs: Definition von Aufgabenstellungen/Problemen und Lösung im cross-sektoralen Austausch – zeitlich begrenzt, örtlich flexibel					
	- Netzwerkinitiativen bei der Veränderung in Richtung Wertschöpfungsnetze unterstützen					
	- Vorhaben und Ideen des Green City-Projektes der Stadt unterstützen und anreichern (z. B. bei Ressourcen- und Energieeffizienz, Verkehrsreduzierung)					
	Projektvorschlag der AG Innovationsplattform / Future Lab aufbauen	**1,78**	lo	k	F, IHK, U u. a.	
	- Innovationszentren nicht nur in Gebäuden denken / Inkubator-Konzept nicht weiter verfolgen					
	- Ansiedlung eines angewandten Forschungszentrums fördern, z. B. Fraunhofer-Institut					
Themengebiete	**Handlungsempfehlungen mit den höchsten Prioritäten (<2) in der Befragung der Teilnehmer (9 Antworten) / Projekte**	**Priorität[1]**	**Handlungsreichweite (lokal/ regional)[2]**	**kurz-, mittel-, langfristig[3]**	**umsetzende Akteure[4]**	**Finanzierung[5]**
C Innovationskraft	Praktische Unterstützung insbesondere für KMU durch qualifizierte Personen anbieten (Beispiel: Gewerbeberater der Wirtschaftsförderung Frankfurt)	**1,56**				
D Aus- und Weiterbildung	Angebote der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Industrie transparenter machen	**1,67**				

1	1 = sehr hohe Priorität, ist sehr wichtig, sollte unbedingt kurzfristig bearbeitet werden	2 = hohe Priorität, ist wichtig, sollte kurzfristig bearbeitet werden	3 = mittlere Priorität, sollte mittelfristig bearbeitet werden	4 = weniger hohe Priorität, sollte mittel- bis langfristig bearbeitet werden	5 = geringere Priorität, sollte langfristig bearbeitet werden		
2	lo = lokal	re = regional					
3	k = kurzfristig	m = mittelfristig	l = langfristig				
4	F = Stadt Frankfurt	IHK = Industrie- und Handelskammer	HWK = Handwerkskammer	U = Unternehmen	G = Gewerkschaften	S = Sonstige	A = Arbeitgeberverbände
5	F = Stadt Frankfurt	IHK = Industrie- und Handelskammer	HWK = Handwerkskammer	U = Unternehmen	G = Gewerkschaften	S = Sonstige	A = Arbeitgeberverbände

Teilnehmer der Arbeitsgruppe

Josef Bergmann, DGB Region Frankfurt-Rhein-Main
Adrian Burghardt, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
Jörg E. Feuchthofen, Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände e. V. (VhU)
Wiebke Fiebig, Energiereferat der Stadt Frankfurt am Main
Dr. Christian Garbe, FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH (AG-Leiter)
Dr. Klarissa Hofstetter, Hessische Staatskanzlei
Peter Kania
Andreas Knaust, Continental Teves AG & Co. oHG
Doris Krüger-Röth, Stadt- und Regionalentwicklung
Reiner Markert, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main
Andreas Metzner, Siemens Deutschland AG
Theo Rennkamp, Bayer CropScience AG
Dr. Thomas Steigleder, Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Prof. Dr. Uwe Walz, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Redaktion

Peter Kania
Doris Krüger-Röth, Stadt- und Regionalentwicklung
Dr. Thomas Steigleder, Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

IMPRESSUM

BEIRAT INDUSTRIE FRANKFURT AM MAIN
unter Vorsitz des Wirtschaftsdezernenten Markus Frank

HERAUSGEBER
Wirtschaftsförderung Frankfurt
– Frankfurt Economic Development – GmbH

Hanauer Landstraße 126 – 128
60314 Frankfurt
GERMANY

Telefon: +49 69 212 - 36209
Telefax: +49 69 212 - 98 - 00

E-Mail: info@frankfurt-business.net
Internet: www.frankfurt-business.net

Gesellschaft der Stadt Frankfurt am Main,
Amtsgericht Frankfurt, HRB 27722
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Oberbürgermeister
Peter Feldmann
Geschäftsführer: Oliver Schwebel

ANSPRECHPARTNER INDUSTRIE
Dr. Bernd Rentmeister,
Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

Anne Friedrich,
Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

GESTALTUNG
Standard Rad. GmbH, Frankfurt am Main

DRUCK
NINO Druck GmbH

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck oder Verbreitung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.
Frankfurt am Main, Stand: November 2015